

19 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/setzen-sie-die-negative-brille-ab-die-welt-ist-viel-besser-als-sie-glauben-ld.1692621>

KOMMENTAR

Setzen Sie die negative Brille ab – die Welt ist viel besser, als Sie glauben!

Kriege, Krisen, Katastrophen – junge Menschen blicken furchtsam in die Zukunft, Aktivistinnen rufen gar einen Gebärstreik aus. Dabei zeigt ein rationaler Blick auf die langfristigen Trends: Die Welt entwickelt sich in wichtigen Bereichen extrem positiv. Nur will das keiner sehen.

Judith Blage

113 Kommentare

19.07.2022, 05.30 Uhr



Haben Sie sich schon einmal bei einer Autofahrt durch die Innenstadt an einer 60 Jahre alten Karte orientiert? Nein? Sie hatten gewiss gute Gründe. Umso merkwürdiger, dass die meisten von uns in anderen Bereichen des Lebens mit völlig veralteten Wissensgrundlagen durch Beruf und Alltag navigieren. Sie treffen sogar Entscheidungen auf dieser Basis.

Sie befinden sich in allerbesten Gesellschaft, wenn Sie folgende Dinge für allgemeingültige Wahrheiten halten: Die Welt ist schlecht, früher war alles besser, und es wird immer schlimmer. Die Armut nimmt weiter zu, immer mehr Menschen hungern, die Weltbevölkerung explodiert, immer mehr bewaffnete Konflikte treten auf, die soziale und ökonomische Ungleichheit wächst. Dann noch das Gift im Essen, die Kinder verblöden vor den Smartphones. Und das alles wegen des Raubtierkapitalismus.

Dies ist nicht nur die Weltsicht jugendlicher Greta-Enthusiasten. So tiefschwarz nimmt die Mehrheit der Menschen die Welt wahr. Das zeigen Studienergebnisse des Gesundheitsökonomen Hans Rosling, der in 14 Ländern mehr als 12 000 Menschen zu ihrer Sicht auf spezifische Themen befragte.

In der Utopie der Urgrosseltern

Diese desaströse Weltsicht ist weit, weit entfernt von der Realität. Wer sich die Mühe macht und Statistiken der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen wälzt, der sieht: Die

Gegenwart ist mitnichten die schrecklichste Ära aller Zeiten. Trotz mancher Rückschläge entwickelt sich die Welt zum Besseren. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, war für unsere Urgrosseltern eine ferne Utopie.

Impfungen, Antibiotika, Antibabypille, Computer, moderne Pflanzenzucht – diese Erfindungen lösten soziale und demografische Revolutionen aus. Da sich der stetige Fortschritt am undeutlichen Rand unseres vom Zeitgeist verengten Blickfeldes abspielt, nehmen wir ihn kaum wahr. Erst in der Rückschau wird er offensichtlich. Das birgt jedoch Gefahren. Wer von falschen Fakten ausgeht, trifft möglicherweise fatale Entscheidungen.

So haben wohl die meisten Menschen nichts von der Revolution erfahren, die sich in den vergangenen 25 Jahren vollzogen hat: Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben müssen, hat sich [halbiert](#). Das hat kein Staatsoberhaupt verkündet, kaum ein CNN-Reporter ins Wohnzimmer posaunt, kein Influencer hat einen Podcast dazu gemacht. Es muss wohl kaum erwähnt werden, dass in Deutschland 94 Prozent der von Hans Rosling Befragten davon ausgingen, diese Zahl sei entweder gleich geblieben oder angewachsen.

Viele Klischees über die Welt sind falsch

Die Datenlage ist eindeutig: Auf fast allen Feldern wurden in den vergangenen Jahrzehnten sehr viele Fortschritte erzielt. Der Ökonom Max Roser forscht am wirtschaftswissenschaftlichen Institut der University of Oxford und hat sich die Mühe gemacht, grosse Mengen an Daten zu sammeln, zu bündeln und in Grafiken aufzubereiten. Das Ergebnis ist die Website «Our world in data», die eine detaillierte Übersicht über den Zustand und die Entwicklung der Welt gibt. Von den positiven Ergebnissen war Roser häufig selbst überrascht, denn sie dekonstruieren gängige Klischees.

So zeigen die [Daten](#) zum Hunger: Er ist zwar noch immer eines der grössten Probleme der Menschheit, jeder Zehnte ist unterernährt. Und aufgrund des Ukraine-Kriegs steigt die Zahl der Hungernden zurzeit kurzfristig wieder. Doch in den vergangenen Jahrzehnten wurde die Zahl der Hungernden stetig kleiner. Sie nahm nicht mit dem Wachstum der Weltbevölkerung zu, im Gegenteil. Da wir heute durch moderne Pflanzenzucht viel mehr Lebensmittel produzieren als noch vor 50 Jahren, konnten wir den Hunger durchaus zurückdrängen.

Die Welt wird auch nicht immer [ungleicher](#). Das wird zum Beispiel an der globalen Gesundheit deutlich, denn sie hat sich fast überall stark verbessert. Ein 1950 in Afrika zur Welt gekommener Mensch starb in einem Drittel der Fälle innerhalb der ersten fünf Lebensjahre. In Deutschland betrug diese Wahrscheinlichkeit damals nur sechs Prozent. Eine drastische Veränderung hat stattgefunden: Heute sterben auch in Afrika nur acht Prozent aller Kinder unter fünf Jahren.

Der Fortschritt existiert

Es gibt unzählige Beispiele für phantastische Entwicklungen: Die Zahl der Verkehrstoten sinkt seit Jahrzehnten, auch die Zahl der Todesfälle durch [Naturkatastrophen](#). Nahezu alle Kinder der Welt sind geimpft. Die [Lebenserwartung](#) steigt, Analphabetismus ist auf dem Rückzug, körperliche Gewalt in der Erziehung wandelte sich in den reichen Ländern vom Normalfall zur geächteten Ausnahme. Experten vermuten, dass unter anderem aus diesem Grund die Zahl der Gewalttaten in den westlichen Ländern gesunken ist, so wie die [Suizidrate](#).

Drei Viertel aller Menschen leben laut Rosling in Ländern mit mittlerem Einkommen – dass auf der Welt zwei unversöhnliche Blöcke von Reich und Arm gegeneinander antreten, ist also längst passé. Es ist auch ein Klischee, dass die Menschen in den reicheren Ländern unglücklicher sind als jene in ärmeren. Studien zeigen: Menschen, die mit guter medizinischer Versorgung, guter Ernährung und Perspektiven leben, sind sehr wohl [zufriedener](#).

Natürlich gibt es auch im 21. Jahrhundert Missstände zur Genüge. Der Krieg in der Ukraine gefährdet viele Menschen und verschlechtert die Versorgungslage hinsichtlich Nahrungsmitteln. Gerade hilft den Ukrainern die Information nichts, dass insgesamt betrachtet viel weniger [Kriege](#) und Genozide stattfinden als noch vor 30 Jahren. Und ein Teil unseres Wohlstands hat die Nebenwirkung, dass er das Klima verändert. Denn neue Lösungen produzieren nicht selten auch neue Probleme. Die Frage liegt auf der Hand: Kann der Klimawandel all diese positiven Entwicklungen wieder zunichtemachen?

Das könnte passieren. Aber wir haben das Problem erkannt, und die Geschichte zeigt: Veränderung zum Besseren ist möglich. Sie geschieht nur langsam. In der überwältigenden Mehrheit der Fälle ist sie getrieben durch menschliche Innovationskraft und durch die Wissenschaft. Eher nicht durch die häufig geforderte Rückkehr zur Natur oder zur Lebensweise vor der Industrialisierung. Es gibt gute Chancen, dass wir mit technischer Innovation den CO₂-Ausstoss in den Griff bekommen – auch wenn der wissenschaftliche und technologische Fortschritt derzeit noch zu langsam abläuft.

Verliebt in die Apokalypse

Objektiv betrachtet leben wir in einem Zeitalter von nie gekannter Leidfreiheit und seltenem Wohlbefinden. Doch warum nur fühlen wir das nicht? Weshalb sind junge Menschen so sehr in die Apokalypse verliebt und können es «nicht verantworten, in diese Welt Kinder zu setzen», wie Aktivistinnen des Birth Strike sagen?

Es mag daran liegen, dass das menschliche Hirn nicht dafür gemacht ist, langfristige Entwicklungen abzuwägen gegen momentane, beängstigende Eindrücke. Zusätzlich hat eine evolutionär bedingte Neigung unserer Psyche, Gefahren und Negatives stärker wahrzunehmen als Positives, den Menschen jahrtausendlang davor bewahrt, vom Säbelzahn tiger gefressen zu werden. Wir sind also biologisch gesehen von vornherein negativ gepolt.

Doch die Leistungen unserer Grosseltern nicht zu sehen und nicht zu registrieren, in was für einer Nirwana-artigen Ausnahmesituation der Geschichte wir unser Dasein führen dürfen, ist nicht nur ungerecht, sondern gefährlich.

Denn wer immer nur das Schlimmste erwartet, verbessert nichts. Und die Notwendigkeit, die Grundlagen für den erreichten Fortschritt zu erhalten, tritt in den Hintergrund. Viele junge Aktivisten fordern einen Systemwechsel. Gegen den Kapitalismus zu sein, mehr staatliche Regulierung zu fordern, ist in Mode. Die Demokratie spielt in den gängigen Narrationen der gegenwärtigen Aktivistebewegungen kaum eine Rolle. Aber sich von der Demokratie und der Marktwirtschaft zu entfernen, wäre wohl angesichts der Bilanz der Systeme eine fatale Entscheidung.

Bilanz des Kapitalismus ist nicht so schlecht

Zwar können Wissenschaft und technologischer Fortschritt theoretisch in verschiedenen Wirtschaftssystemen florieren. Doch bis anhin ist es in den liberalen Demokratien dieser Welt bei weitem am besten gelungen, nicht nur Innovationen hervorzubringen – sondern sie dem einzelnen Individuum auch zur Verfügung zu stellen.

Den Wert der Demokratie hervorzuheben, ist dringend nötig. Denn es ist fast eine Ironie, dass dies beinahe die einzige schlechte Nachricht zwischen all den guten ist: Seit gut fünf Jahren [sinkt](#) die

Zahl der Demokratien weltweit – zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Und viele bestehende Demokratien bauen eher ab oder sind bereits dysfunktional.

Es ist also enorm wichtig, ein Bewusstsein für die erreichten Meilensteine der Menschheit zu entwickeln und für deren Grundlagen. Der verstorbene Gesundheitsökonom Hans Rosling sah selbst das positiv: So wie wir lernen müssen, trotz unserer evolutionären Polung auf Fettes und Süßes in einer modernen Welt voller Burger und Törtchen klug den Einkaufswagen zu füllen. Genauso könnten wir lernen, all die negativen Informationen um uns herum in ein Verhältnis zu setzen.

Würden die Birth-Strike-Aktivistinnen ihre stark ideologisierte Sicht auf das Kinderkriegen also der Realität anpassen, so würden sie sich womöglich doch für Kinder entscheiden. Ihr Kind würde wohl in einer der besten Zeiten zur Welt kommen, die die Geschichte je gesehen hat.

19 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-will-anleihen-einzeln-laender-kaufen-ein-gefaehrlicher-weg-18181937.html?premium=0x37c7c3a6435f94e5d2f2e859a3ba6adf&GEPC=s5>

GELDPOLITIK AUS BRÜSSEL:

Die EZB gefährdet ihre Unabhängigkeit

VON FRIEDRICH HEINEMANN

-AKTUALISIERT AM 19.07.2022-07:24



Die EZB will Anleihen einzelner Länder kaufen, um Zinsunterschiede zu begrenzen. Ein gefährlicher Weg. Sie schwingt sich zur Richterin über gewählte Regierungen auf. Ein Gastbeitrag.

Die [Europäische Zentralbank](#) arbeitet mit Hochdruck an einem „Anti-Fragmentierungs-Instrument“. Mithilfe dieses Instruments will sie die Renditeabstände (Spreads) zwischen den Eurostaaten dauerhaft eingrenzen. Was lediglich nach einer technischen Erweiterung des EZB-Instrumentenkastens klingen mag, hat das Potential, die Verfassung der Eurozone auf Dauer zu verändern.

Der Maastrichter Euro-Ordnungsrahmen zielte ursprünglich darauf ab, Mitgliedstaaten durch den Druck der Märkte zu einem fiskalisch soliden Kurs zu zwingen. Länder mit übermäßigen Schulden sollten durch steigende Spreads diszipliniert werden. Zinsunterschiede zwischen den Eurostaaten waren aus der damaligen Perspektive kein Hindernis für eine wirksame Geldpolitik. Ganz im Gegenteil galten sie als Schutz für die EZB vor der Erpressbarkeit durch überschuldete Staaten.

EZB-Hilfe unter ehemals strikten Bedingungen

In der Euro-Schuldenkrise wurde deutlich, dass diese Marktdisziplin ihre Grenzen hat. Weil es in Krisenzeiten zur Panik an den Euro-Anleihemärkten kommen kann, sind Ausweitungen von Spreads sogar für solvente Länder und destruktive Kettenreaktionen möglich. Der damalige EZB-Präsident [Mario Draghi](#) hat 2012 mit seiner berühmten „Whatever it takes“-Rede der EZB die Rolle des Notfallkreditgebers für diese Fälle zugewiesen. Allerdings war Draghis Ansatz damals grundsätzlich anders als der von EZB-Chefin Christine Lagarde heute.

Die EZB hatte ihre Hilfe vor zehn Jahren noch an strikte Bedingungen geknüpft, deren Aushandlung sie der Politik überlassen hat. Nur solche Länder konnten auf Unterstützung durch EZB-Anleihekäufe hoffen, die sich zuvor durch ein Abkommen mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auf einschneidende Reform- und Konsolidierungsaufgaben verpflichtet hatten. Auf diese Weise sollte eine Gratwanderung gelingen. Der Marktmechanismus sollte prinzipiell intakt bleiben, dennoch sollten reformbereite Eurostaaten unter strengen Bedingungen in einer Krise auf Hilfe der EZB bauen können.

Der Gegensatz zum jetzt im Raum stehenden Anti-Fragmentierungs-Instrument könnte nicht größer sein. Der Gedanke, dass Renditeunterschiede eine hilfreiche Rolle zur Disziplinierung spielen könnten, ist weitgehend aus der EZB-Kommunikation verschwunden. Mit zunehmender Pauschalität werden die Zinsabstände zwischen Eurostaaten als inakzeptables Hindernis für die Geldpolitik geißelt. Ein Junktim der gezielten Anleihekäufe zu irgendwelchen verbindlichen Reform- und Konsolidierungspflichten der begünstigten Staaten ist nicht mehr vorgesehen.

Zudem bleiben die EU-Institutionen völlig außen vor, wenn über den Einsatz des neuen Instruments entschieden wird. Stattdessen würde der EZB-Rat in völliger Autonomie darüber bestimmen, ob er die Ausweitung der Spreads für ein bestimmtes Land für gerechtfertigt hält. Vage heißt es im EZB-Rat, dass es um die Eindämmung von Zinsabständen gehe, die „fundamental nicht gerechtfertigt“ seien. Was das aber exakt heißt, darüber schweigen sich EZB-Vertreter bis heute beharrlich aus.

Die EZB als politische Entscheidungsinstanz?

Die aktuelle italienische Regierungskrise kommt als Lehrstück gerade noch rechtzeitig, in welcher gefährliche Rolle sich der EZB-Rat damit begibt. In den vergangenen Tagen sind die Spreads für Italien-Anleihen angestiegen, weil die Märkte den Abgang Draghis als Ministerpräsident fürchten. Wie würde die EZB künftig mit ihrem Anti-Fragmentierungs-Instrument auf eine solche Entwicklung reagieren? Wäre Draghis Abgang eine fundamentale Verschlechterung, sodass sie eine Spread-Ausweitung zulassen würde? Oder macht sie es davon abhängig, welche Partei anschließend ans Ruder käme? Würde der EZB-Rat populistische Regierungen durch einen Entzug ihres Schutzes bestrafen, auch wenn sie mit Mehrheit gewählt werden? Oder würde die EZB auch die Anleihen eines populistisch regierten Landes bedingungslos kaufen? Müsste die EZB entscheiden, welche Partei als „populistisch“ zu klassifizieren ist? Würde die EZB einen Unterschied zwischen einem Links- und einem Rechtspopulisten machen? Würde sie etwa in Frankreich gegebenenfalls einem Jean-Luc Mélenchon Kredit einräumen, aber nicht Marine Le Pen, wenn jemand von beiden die nächste Präsidentschaftswahl gewinnt?

Wer diese Fragen durchdenkt, dem wird klar, dass die EZB mit dem Anti-Fragmentierungs-Instrument zur Instanz würde, die nationale Wahlergebnisse beurteilt und den Daumen über Regierungen hebt oder senkt. Anhänger einer unabhängigen Geldpolitik können dem EZB-Rat nur dringend von diesem Weg abraten. Entscheidungen darüber, welche Regierung auf europäische Solidarität bauen kann, dürfen nicht von geldpolitischen Technokraten getroffen werden. Diese stehen einzig den gewählten Politikern zu. Maßt sich der EZB-Rat die Entscheidungsgewalt darüber an, welche Regierung in der Eurozone Kredit verdient und welche nicht, verspielt er die Legitimität, auf der die Unabhängigkeit der EZB basiert. Es gibt einen Ausweg, der das Problem überzeugender lösen würde: die Rückbesinnung der EZB auf den Ansatz Draghis von 2012. EZB-Anleihekäufe gibt es in dieser Logik nur für Länder, die sich politisch ausgehandelten Bedingungen unterwerfen.

Friedrich Heinemann leitet am ZEW Mannheim den Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg.

18 juillet (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/politique/emmanuel-macron-veut-remettre-au-travail-une-france-qui-ny-croit-plus-la-chronique-deric-le-boucher>

Think again

«Emmanuel Macron veut remettre au travail une France qui n'y croit plus» – la chronique d'Eric le Boucher

Par [Eric Le Boucher](#)

17 juillet 2022 à 11h33

Les 35 heures, la crise financière, puis la crise Covid, et, plus profondément encore, le chômage permanent depuis presque cinquante ans, se sont incrustés dans les esprits. Au point d'engendrer le défaitisme chez presque tous et, chez beaucoup, une sorte de normalité du non-travail



©Jean-François Paga

« Remettre la France au travail » était le message principal de [l'interview du 14 juillet du président de la République](#). Parce que, raisonne-t-il, seule la production intérieure permet de créer de la valeur qu'il est ensuite possible de redistribuer. Parce que, pense-t-il, nos partenaires et concurrents sont plus nombreux à être actifs (taux d'emploi), travaillent plus (dans l'année) et [plus longtemps \(la retraite plus tardive\)](#).

Le malheur de ces évidences économiques, dont les noms sont croissance et [compétitivité](#), est qu'elles ne sont pas partagées par les Français. Les 35 heures, la crise financière puis la crise Covid en ont sapé les fondements. Et, plus profondément encore, [le chômage permanent](#) depuis presque cinquante ans s'est incrusté dans les esprits où il a engendré le défaitisme chez presque tous et, chez beaucoup, une sorte de normalité du non-travail, un mode de vie alliant un renoncement à « traverser la rue » pour trouver un emploi avec une grande habileté à jongler de l'alternance des mauvais boulots et des [indemnités chômage](#).

Pour une majorité de Français, le travail n'est plus la valeur qui structure la société, ils n'y croient plus. Ils ne pensent pas qu'il y a et qu'il y aura du travail pour tout le monde et qu'une bonne formation puisse donner à chacun un emploi à sa mesure. Pour les conforter dans ce pessimisme foncier, ils n'ont qu'à écouter les discours magiques des populistes

d'extrême droite et d'extrême gauche qui leur font croire que c'est à l'Etat de s'occuper d'eux et que gouvernement doit le faire encore et toujours plus.

Malaise national. Le regard négatif sur le travail se trouve au cœur du malaise national et il est [la cause du défaut de compréhension d'Emmanuel Macron par les Français](#) depuis cinq ans. Remettre la France au travail ? C'était son objectif premier en 2017 et cela le reste en 2022. Mais il bute sur le scepticisme ou le refus. Ou bien « c'est impossible » ou bien « il veut nous rouler, on va y perdre encore », ou bien les deux. Il bute et blesse ces Français qui se sont habitués au non-emploi et qu'il dérange profondément. Il remet en cause leur faux accommodement au chômage et met le doigt sur la responsabilité individuelle à « vivre de la solidarité nationale ».

Comment retourner cet état d'esprit pessimiste français ? Emmanuel Macron a choisi la seule médecine véritable : rétablir le plein-emploi. Mais il est seul. Il est significatif de voir comme ce but n'est repris par aucun autre parti et qu'il ne provoque aucun débat sur la scène nationale

Les 35 heures ont eu comme premier tort d'[affaiblir la compétitivité du pays](#), comme deuxième d'installer l'idée que le travail est en quantité finie qu'il faut partager et comme troisième, qu'au fond, la vraie vie est ailleurs, dans les loisirs, dans l'engagement associatif au mieux, dans le jeu avec les Assedic au pire. Le dur labeur, source de fierté paysanne et ouvrière, est une valeur qui a quitté la gauche et la moitié du pays avec elle.

[La crise financière de 2008](#) a provoqué, ensuite, un demi-tour sur place de l'idéologie nationale. D'une meilleure compréhension des mécanismes élémentaires de l'économie qui commençait enfin à s'installer avec l'euro (la fin de la dévaluation faisant saisir la fin des politiques de facilité), la chute de la finance a entraîné un réarmement de tous les accusateurs du libéralisme, devenu l'ultra-libéralisme, source de nos malheurs à tous. Il y a un coupable « facile ». La carte intellectuelle du pays a de nouveau glissé vers l'Etat salvateur.

[La crise Covid](#) est venue, enfin, contresigner ce demi-tour toute [avec le « quoi qu'il en coûte »](#). L'Etat que les courageux rigoristes disaient surendetté, voire ruiné, a trouvé d'un coup des centaines de milliards, le déficit a triplé et la dette a bondi pour sauver les ménages et les entreprises. Allez maintenant tenter d'expliquer que c'était exceptionnel... L'Etat a pu, alors pourquoi ne le pourrait-il pas encore ?

Grande démission. D'autres évolutions des esprits, dans tous les pays développés celles-là, jouent aussi contre le travail. [La Grande démission](#) comme on la nomme, c'est-à-dire la découverte lors de la pandémie que son salaire « ne vaut pas le coup » et qu'une autre vie, champêtre, serait plus attractive. L'individualisme tourné en « chacun pour soi » également. Le bien commun s'est évaporé, la solidarité ne joue qu'en ma faveur et la foi dans le dur labeur est devenue un archaïsme ridicule.

Cette France chômeuse, rabougrie, nombriliste, fondamentalement pessimiste, n'entend évidemment rien des évidences exactement contraires et optimistes d'Emmanuel Macron. Deux tiers des Français admettent éventuellement que certains des plus malins puissent faire des bonnes écoles et créer leur entreprise mais ils estiment ne pas en être. Macron n'est le Président que de ceux-là, il n'est pas le leur. Eux se débattent, se débrouillent d'une

vie insatisfaisante et en souffrent. Ils n'ont de salut que dans une aide de Paris, de Bruxelles, de la commune, recevoir une part de cet immense argent qu'il y a là-haut et qu'on leur compte trop chichement.

Les oppositions populistes critiqueront tous ses détails, hurleront contre l'idée même d'une remise au travail, maintiendront que c'est une arnaque. Ils veulent continuer à faire leurs choux gras du défaitisme. Retrouver le plein-emploi est pourtant possible

Comment retourner cet état d'esprit pessimiste français ? Emmanuel Macron a choisi la seule médecine véritable : [rétablir le plein-emploi](#). Mais il est seul. Il est significatif de voir comme ce but n'est repris par aucun autre parti et qu'il ne provoque aucun débat sur la scène nationale. Comme s'il n'existait pas. Comme si la France non seulement s'est habituée au chômage, mais pensait qu'il est impossible de le vaincre vraiment et surtout de le vaincre avec des « bons » emplois. C'est pourtant ce chômage surélevé chez elle depuis bientôt trois générations qui a tué le moral des familles françaises et le tue encore.

Accompagner les chômeurs vers l'emploi, [revoir le RSA](#), réformer Pôle Emploi, passer à un million d'apprentis, relancer la formation continue, trouver des formes d'emplois pour les seniors : il faut « aller vers le travail », a dit Emmanuel Macron et œuvrer, en parallèle, pour que le travail « paie mieux ».

Ce programme est le plus important pour que la France retrouve le moral et l'espoir. Mais le taux de chômage encore à 7,3 % (5 % en Allemagne) et le taux d'emploi trop faible donnent encore des arguments aux défaitistes. Les oppositions populistes critiqueront tous ses détails, hurleront contre l'idée même d'une remise au travail, maintiendront que c'est une arnaque. Ils veulent continuer à faire leurs choux gras du défaitisme. Retrouver le plein-emploi est pourtant possible, tous les autres pays y sont parvenus, mais il faudra encore du temps, des résultats, des batailles pour retourner l'état d'esprit des Français et leur rendre l'optimisme foncier que le chômage a détruit depuis 1975.

13 avril 2021 (Common Sense, Blog de Bari Weiss)

<https://www.commonsense.news/p/i-refuse-to-stand-by-while-my-students>

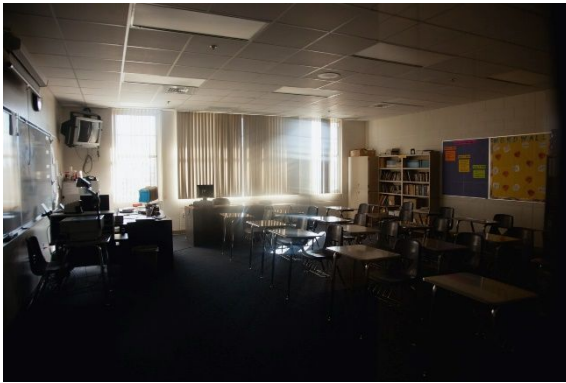
I Refuse to Stand By While My Students Are Indoctrinated

Children are afraid to challenge the repressive ideology that rules our school. That's why I am.



[Paul Rossi](#)

Apr 13, 2021



(PhotoAlto/Frederic Cirou)

I am a teacher at Grace Church High School in Manhattan. Ten years ago, I changed careers when I discovered how rewarding it is to help young people explore the truth and beauty of mathematics. I love my work.

As a teacher, my first obligation is to my students. But right now, my school is asking me to embrace “antiracism” training and pedagogy that I believe is deeply harmful to them and to any person who seeks to nurture the virtues of curiosity, empathy and understanding.

“Antiracist” training sounds righteous, but it is the opposite of truth in advertising. It requires teachers like myself to treat students differently on the basis of race. Furthermore, in order to maintain a united front for our students, teachers at Grace are directed to confine our doubts about this pedagogical framework to conversations with an in-house “Office of Community Engagement” for whom every significant objection leads to a foregone conclusion. Any doubting students are likewise “challenged” to reframe their views to conform to this orthodoxy.

I know that by attaching my name to this I'm risking not only my current job but my career as an educator, since most schools, both public and private, are now captive to this backward ideology. But witnessing the harmful impact it has on children, I can't stay silent.

My school, like so many others, induces students via shame and sophistry to identify primarily with their race before their individual identities are fully formed. Students are pressured to conform their opinions to those broadly associated with their race and gender and to minimize or dismiss individual experiences that don't match those assumptions. The morally compromised status of "oppressor" is assigned to one group of students based on their immutable characteristics. In the meantime, dependency, resentment and moral superiority are cultivated in students considered "oppressed."

All of this is done in the name of "equity," but it is the opposite of fair. In reality, all of this reinforces the worst impulses we have as human beings: our tendency toward tribalism and sectarianism that a truly liberal education is meant to transcend.

Recently, I raised questions about this ideology at a mandatory, whites-only student and faculty Zoom meeting. (Such racially segregated sessions are now commonplace at my school.) It was a bait-and-switch "self-care" seminar that labelled "objectivity," "individualism," "fear of open conflict," and even "a right to comfort" as characteristics of white supremacy. I doubted that these human attributes — many of them virtues reframed as vices — should be racialized in this way. In the Zoom chat, I also questioned whether one must define oneself in terms of a racial identity at all. My goal was to model for students that they should feel safe to question ideological assertions if they felt moved to do so.

It seemed like my questions broke the ice. Students and even a few teachers offered a broad range of questions and observations. Many students said it was a more productive and substantive discussion than they expected.

However, when my questions were shared outside this forum, violating the school norm of confidentiality, I was informed by the head of the high school that my philosophical challenges had caused "harm" to students, given that these topics were "life and death matters, about people's flesh and blood and bone." I was reprimanded for "acting like an independent agent of a set of principles or ideas or beliefs." And I was told that by doing so, I failed to serve the "greater good and the higher truth."

He further informed me that I had created "dissonance for vulnerable and unformed thinkers" and "neurological disturbance in students' beings and systems." The school's director of studies added that my remarks could even constitute harassment.

A few days later, the head of school ordered all high school advisors to read a public reprimand of my conduct out loud to every student in the school. It was a surreal experience, walking the halls alone and hearing the words emitting from each classroom:

“Events from last week compel us to underscore some aspects of our mission and share some thoughts about our community,” the statement began. “At independent schools, with their history of predominantly white populations, racism colludes with other forms of bias (sexism, classism, ableism and so much more) to undermine our stated ideals, and we must work hard to undo this history.”

Students from low-income families experience culture shock at our school. Racist incidents happen. And bias can influence relationships. All true. But addressing such problems with a call to “undo history” lacks any kind of limiting principle and pairs any allegation of bigotry with a priori guilt. My own contract for next year requires me to “participate in restorative practices designed by the Office of Community Engagement” in order to “heal my relationship with the students of color and other students in my classes.” The details of these practices remain unspecified until I agree to sign.

I asked my uncomfortable questions in the “self-care” meeting because I felt a duty to my students. I wanted to be a voice for the many students of different backgrounds who have approached me over the course of the past several years to express their frustration with indoctrination at our school, but are afraid to speak up.

They report that, in their classes and other discussions, they must never challenge any of the premises of our “antiracist” teachings, which are deeply informed by Critical Race Theory. These concerns are confirmed for me when I attend grade-level and all-school meetings about race or gender issues. There, I witness student after student sticking to a narrow script of acceptable responses. Teachers praise insights when they articulate the existing framework or expand it to apply to novel domains. Meantime, it is common for teachers to exhort students who remain silent that “we really need to hear from you.”

But what does speaking up mean in a context in which white students are asked to interrogate their “white saviorism,” but also “not make their antiracist practice about them”? We are compelling them to tiptoe through a minefield of double-binds. According to the school’s own standard for discursive violence, this constitutes abuse.

Every student at the school must also sign a “Student Life Agreement,” which requires them to aver that “the world as we understand it can be hard and extremely biased,” that they commit to “recognize and acknowledge their biases when we come to school, and interrupt those biases,” and accept that they will be “held accountable should they fall short of the agreement.” A recent faculty email chain received enthusiastic support for

recommending that we “‘officially’ flag students” who appear “resistant” to the “culture we are trying to establish.”

When I questioned what form this resistance takes, examples presented by a colleague included “persisting with a colorblind ideology,” “suggesting that we treat everyone with respect,” “a belief in meritocracy,” and “just silence.” In a special assembly in February 2019, our head of school said that the impact of words and images perceived as racist — regardless of intent — is akin to “using a gun or a knife to kill or injure someone.”

Imagine being a young person in this environment. Would you risk voicing your doubts, especially if you had never heard a single teacher question it?

Last fall, juniors and seniors in my Art of Persuasion class expressed dismay with the “Grace bubble” and sought to engage with a wider range of political viewpoints. Since the BLM protests often came up in our discussions, I thought of assigning Glenn Loury, a Brown University professor and public intellectual whose writings express a nuanced, center-right position on racial issues in America. Unfortunately, my administration put the kibosh on my proposal.

The head of the high school responded to me that “people like Loury’s lived experience—and therefore his derived social philosophy” made him an exception to the rule that black thinkers acknowledge structural racism as the paramount impediment in society. He added that “the moment we are in institutionally and culturally, does not lend itself to dispassionate discussion and debate,” and discussing Loury’s ideas would “only confuse and/or enflame students, both those in the class and others that hear about it outside of the class.” He preferred I assign “mainstream white conservatives,” effectively denying black students the opportunity to hear from a black professor who holds views that diverge from the orthodoxy pushed on them.

I find it self-evidently racist to filter the dissemination of an idea based on the race of the person who espouses it. I find the claim that exposing 11th and 12th graders to diverse views on an important societal issue will only “confuse” them to be characteristic of a fundamentalist religion, not an educational philosophy.

My administration says that these constraints on discourse are necessary to shield students from harm. But it is clear to me that these constraints serve primarily to shield their ideology from harm — at the cost of students’ psychological and intellectual development.

It was out of concern for my students that I spoke out in the “self-care” meeting, and it is out of that same concern that I write today. I am concerned for students who crave a broader range of viewpoints in class. I am concerned for students trained in “race explicit” seminars to accept some opinions as gospel, while discarding as immoral

disconfirming evidence. I am concerned for the dozens of students during my time at Grace who shared with me that they have been reproached by teachers for expressing views that are not aligned with the new ideology.

One current student paid me a visit a few weeks ago. He tapped faintly on my office door, anxiously looking both ways before entering. He said he had come to offer me words of support for speaking up at the meeting.

I thanked him for his comments, but asked him why he seemed so nervous. He told me he was worried that a particular teacher might notice this visit and “it would mean that I would get in trouble.” He reported to me that this teacher once gave him a lengthy “talking to” for voicing a conservative opinion in class. He then remembered with a sigh of relief that this teacher was absent that day. I looked him in the eyes. I told him he was a brave young man for coming to see me, and that he should be proud of that.

Then I sent him on his way. And I resolved to write this piece.

17 juillet (Common Sense, Bari Weiss)

<https://www.commonsense.news/p/the-war-on-the-west>

The War on the West

A conversation with Douglas Murray

[Bari Weiss](#)

Jul 17

We typically reserve Sundays for our favorite reading material. But today we encourage you to pop in your headphones, put on your sneakers, and go soak up the sun while listening to this conversation with the brilliant Douglas Murray.

Douglas is a writer. You can find his byline in The New York Post, where he has a regular column; The Spectator, where he is an associate editor; and also in The Wall Street Journal, The Sunday Times, The Sun and more. He is also the author of seven books, including his latest, the New York Times bestseller [The War on the West](#). (His friends wonder when he sleeps.)

Douglas is also, as you'll hear today, one of the most articulate and passionate defenders of the West and all it has given us: rights and freedoms unimaginable in so many other times and places, but also music and art and cities that elevate the soul.

We recorded the conversation a few weeks back in L.A., but as you'll see, the themes we discuss are ones that define our epoch. I always learn from Douglas and hope you enjoy listening to this conversation as much as I loved having it.

17 juillet (Atlantico)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/chute-de-la-population-en-europe-la-demographie-en-berne-un-mal-pire-que-le-dere>

CONSÉQUENCES ÉCONOMIQUES

Chute de la population en Europe : la démographie en berne, un mal pire que le dérèglement climatique ?

La croissance de la population mondiale a atteint son taux le plus bas depuis 1950. Elle a augmenté de moins de 1 % par an pour la première fois depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale en 2020 et 2021. La population totale de l'Europe a diminué pendant la pandémie de Covid-19, selon un rapport des Nations Unies.

[Laurent Chalard](#), [Eric Deschavanne](#) et [Michel Ruimy](#)

AJOUTER AU CLASSEURLECTURE ZEN

Chute de la population en Europe : la démographie en berne, un mal pire que le dérèglement climatique ?

avec [Laurent Chalard](#), [Eric Deschavanne](#) et [Michel Ruimy](#)

Atlantico : Alors que les activistes environnementaux appellent à plus d'actions politique afin de lutter contre le changement climatique, [le suicide démographique](#) semble menacer aussi l'économie européenne. Si l'on devait comparer l'intensité de la menace, qu'est-ce qui nous déstabilisera le plus entre le vieillissement de la population et [le dérèglement climatique](#) ?

Laurent Chalard : Il faut bien comprendre que le vieillissement démographique n'est pas forcément catastrophique. Il est lié à l'augmentation de l'espérance de vie, et donc à un vieillissement de la population, ce qui est un élément positif. Ce qui est problématique, c'est que les naissances diminuent au fur et à mesure des années car le taux de fécondité est inférieur au seuil de remplacement des générations. Pour certains pays européens, ce phénomène est observable depuis plus de 50 ans. Le Vieux Continent ne renouvelle plus ses générations, ce qui signifie que sans immigration massive, il y a un déficit naturel qui augmente d'années en années...

[Suite de l'article payant](#)

14 juillet (The Conversation)

<https://theconversation.com/comment-le-niveau-de-diplome-influence-la-crise-democratique-186346>

Comment le niveau de diplôme influence la crise démocratique

Publié: 14 juillet 2022, 23:04 CEST

auteur



1.

Vincent Tournier

Maître de conférence de science politique, Sciences Po Grenoble, Université Grenoble Alpes (UGA)

Déclaration d'intérêts

Vincent Tournier ne travaille pas, ne conseille pas, ne possède pas de parts, ne reçoit pas de fonds d'une organisation qui pourrait tirer profit de cet article, et n'a déclaré aucune autre affiliation que son organisme de recherche.

Partenaires

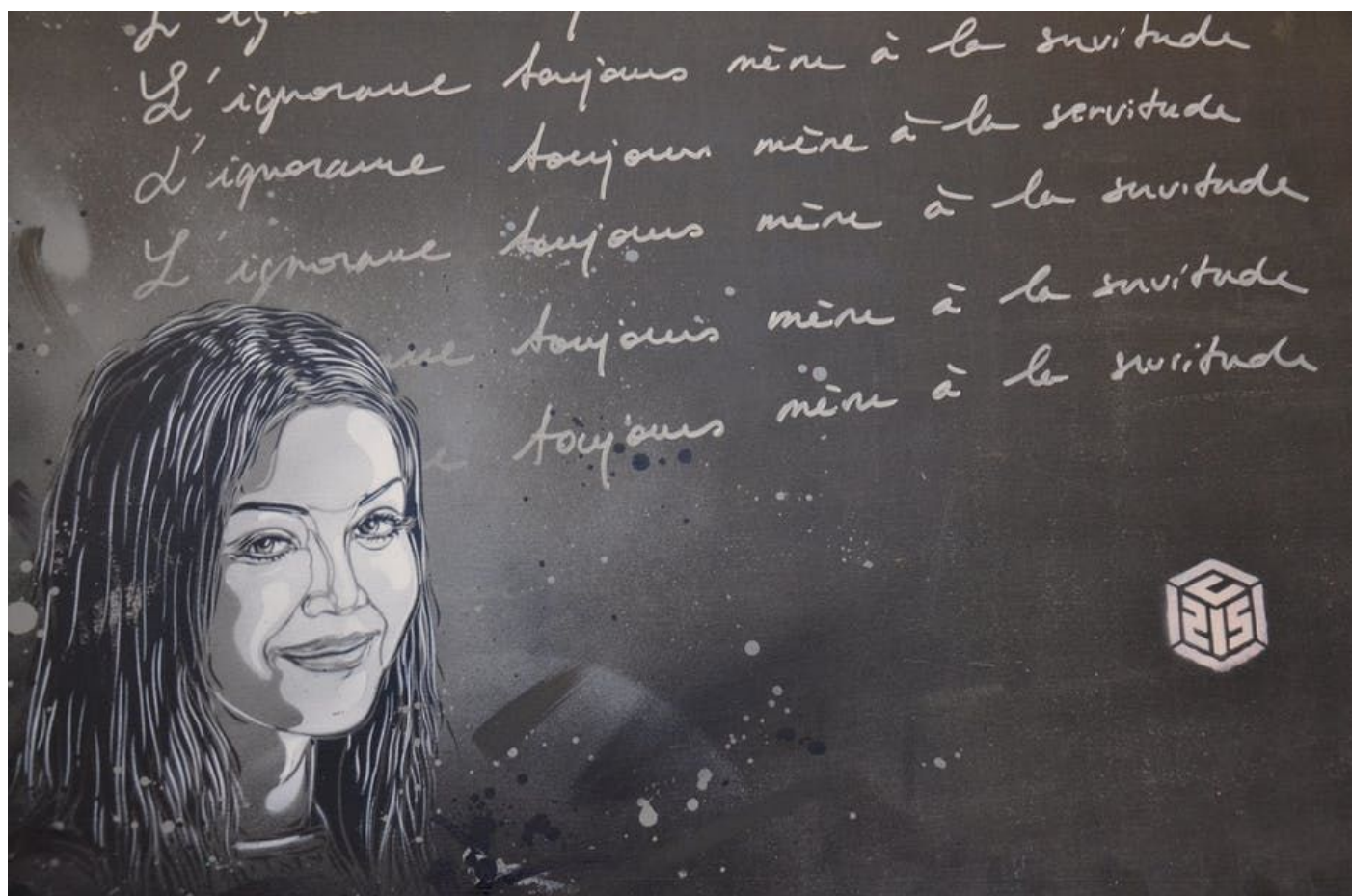
[Université Grenoble Alpes \(UGA\)](#) apporte des fonds en tant que membre fondateur de The Conversation FR.

[Voir les partenaires](#) de The Conversation France

Nous croyons à la libre circulation de l'information

Reproduisez nos articles gratuitement, sur papier ou en ligne, en utilisant notre licence Creative Commons.

Republier cet article



L'ignorance mène toujours à la servitude, expo de C215 "Douce France", Mairie de Paris 13, 2015. [Jeanne Menjoulet/Flickr](#), CC BY-NC-ND

[Adresse électronique](#)

[Twitter](#)15

[Facebook](#)118

[Linkedin](#)

[Imprimer](#)

Plusieurs indices attestent qu'il existe une profonde insatisfaction à l'égard de la démocratie en France : hausse de l'abstention, défiance envers les élites, renforcement des partis dits populistes, hausse de l'engagement protestataire, succès du complotisme.

Signe supplémentaire : depuis quelques années, des appels sont lancés en faveur d'une démocratie plus directe, que ce soit sous la forme de conférences de citoyens ou sous la forme de référendums d'initiative populaire, deux dispositifs pourtant très différents.

Comment expliquer cette situation ? Sans prétendre résoudre une question complexe, nous voudrions insister sur un facteur à la fois important et sous-estimé : le niveau d'éducation.

L'école, temple moderne

Le niveau d'éducation en France, comme dans beaucoup de pays, a fortement augmenté depuis 1945. Alors que seulement 5 % d'une classe

d'âge obtenait le baccalauréat en 1950, on est aujourd'hui aux alentours de 80 %, dont la moitié pour le bac général.

La voix de la recherche, tous les jours dans vos mails, gratuitement.

S'abonner

Une mutation d'une telle ampleur, que des observateurs comme Jean Fourastié ou Ronald Inglehart ont qualifié de « révolution silencieuse », est généralement perçue comme positive – et elle l'est dans une large mesure car une société éduquée est une société plus prospère.

De plus, l'éducation fait l'objet d'une forte valorisation, surtout en France où elle est considérée comme un legs glorieux de la Révolution et de la République.

À lire aussi : « Une jeunesse, des jeunesses » : Comment les jeunes réinventent-ils l'engagement politique ?

L'éducation, source de clivages

L'éducation n'a-t-elle cependant que des effets positifs ? Se pourrait-il que la massification des études et la diversification des niveaux scolaires soient aussi un facteur de fracturation ?

Il faut rendre hommage à la sociologie de Pierre Bourdieu qui a bien vu que le niveau d'éducation redessina la nature des classes sociales sous l'influence du capital culturel.

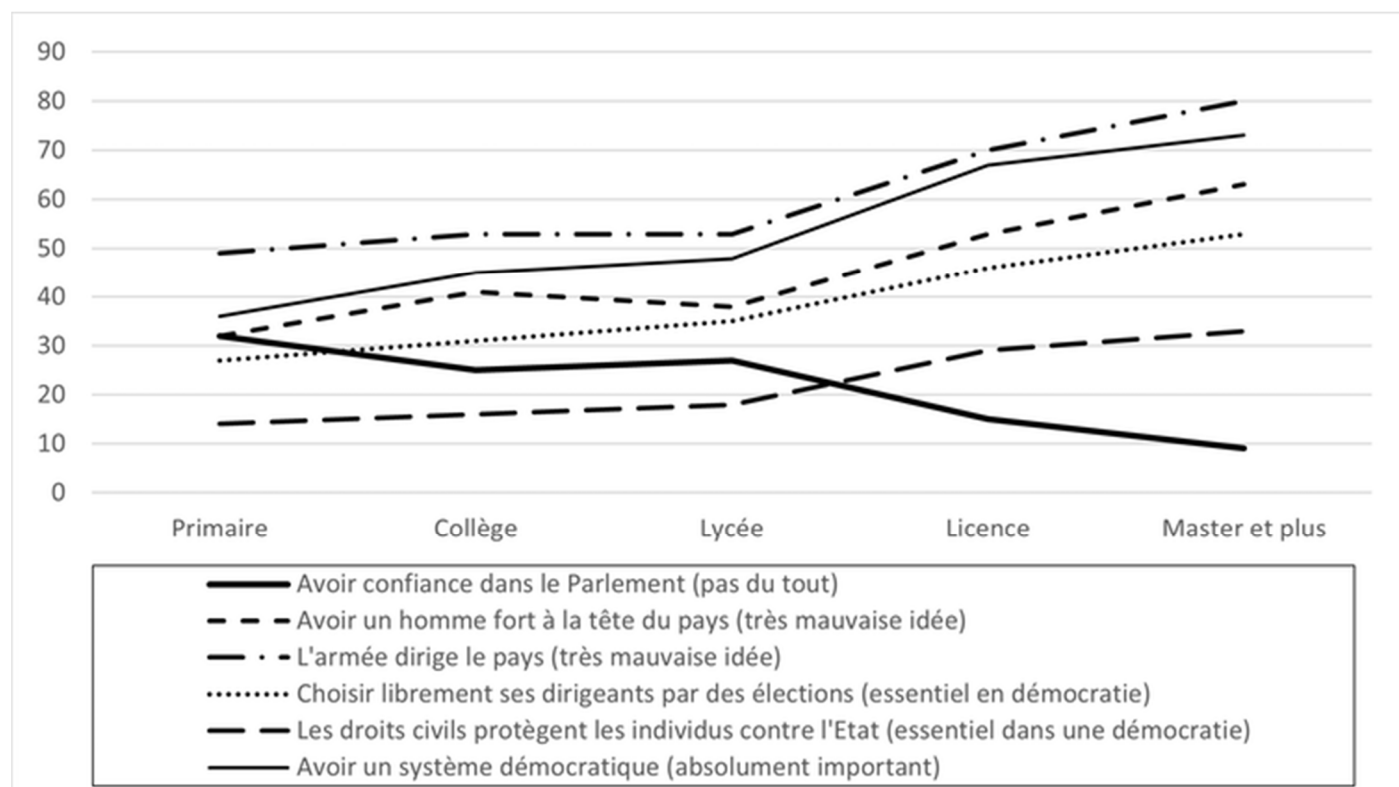
Par la suite, de nombreuses études sont venues confirmer que le niveau d'éducation exerce un fort impact sur la politisation, les connaissances politiques ou le sentiment de compétence politique. La participation électorale est également très influencée par le niveau d'éducation.

À lire aussi : « Jeunes de quartier » : « La politique elle se fait à côté »

Ce que montrent les résultats de l'enquête européenne sur les valeurs

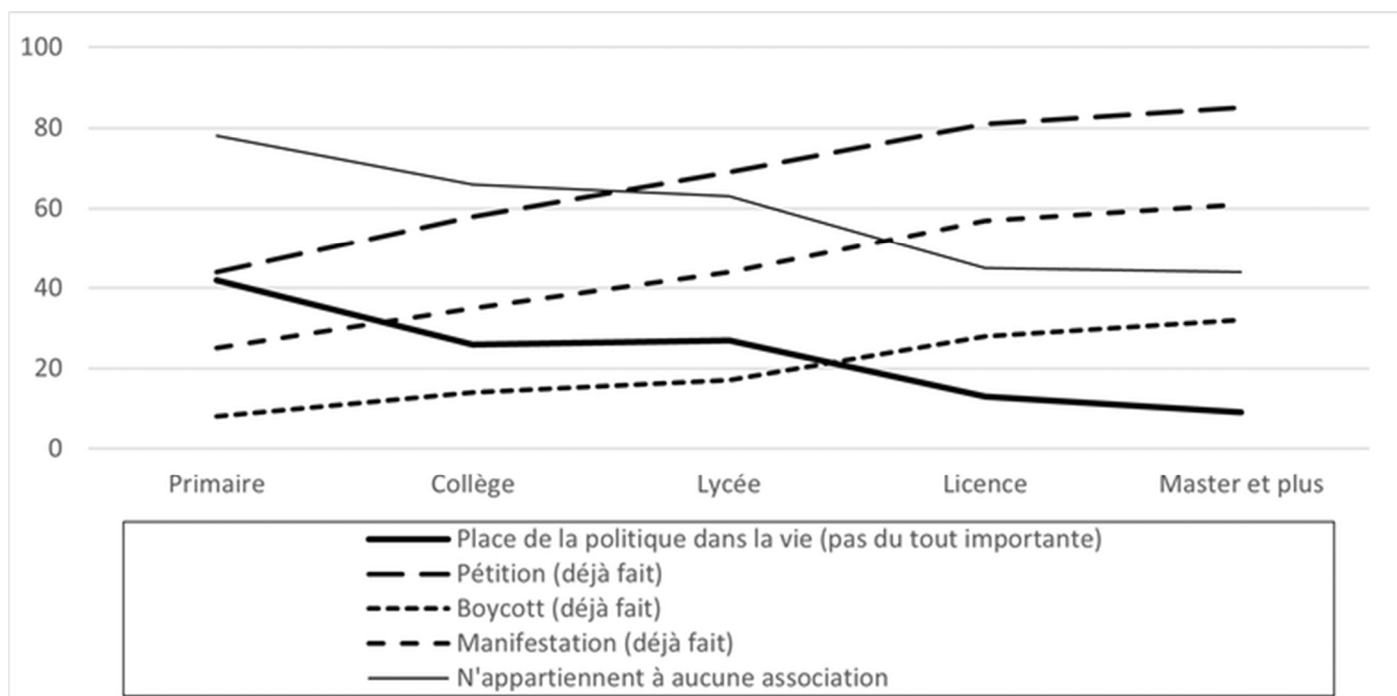
Les données de l'enquête européenne sur les valeurs (EVS) permettent de corroborer et d'approfondir ces constats sur l'impact politique de l'éducation.

Elles montrent en effet que l'attachement aux principes démocratiques augmente très sensiblement avec le niveau de diplôme (graphique 1). Moins on est diplômé, plus on accepte l'idée que le pays soit dirigé par un homme fort ou par l'armée (graphique 1). On note aussi que les droits individuels, qui ont pris beaucoup d'importance dans la définition de la démocratie, trouvent davantage de supporteurs dans les milieux diplômés que dans les milieux moins diplômés.



Graphique 1. Démocratie et autorité en fonction du niveau d'études (EVS France 2017). Lecture : moins de 40 % du niveau primaire dit que c'est « absolument important » d'avoir un système démocratique contre 73 % au niveau master. V.Tournier, Author provided

Si l'enquête ne fournit pas d'indicateurs directs sur la démocratie participative, elle inclut plusieurs questions sur l'engagement associatif ou sur la mobilisation protestataire qui renseignent par défaut sur le potentiel participatif des Français (graphique 2).



Graphique 2. Politisation et engagement politique en fonction du niveau d'études (EVS 2017). V. Tournier, Fourni par l'auteur

Là encore, le niveau d'éducation apparaît comme un facteur très discriminant, y compris pour la mobilisation protestataire dont on pouvait penser qu'elle serait plus élevée là où les besoins matériels sont plus importants.

Précisons que cet impact du niveau d'éducation se maintient lorsqu'on contrôle le diplôme par d'autres variables (sexe, âge, revenus ou échelle gauche-droite). De surcroît, les corrélations avec le niveau d'études ont tendance à augmenter au cours du temps, signe que le clivage s'accroît.

À lire aussi : L'égalité scolaire, un enjeu de survie pour la démocratie

Les diplômés, « gagnants » du système ?

Comment expliquer de telles différences ? On peut faire une hypothèse : si les diplômés soutiennent la démocratie, c'est tout simplement parce qu'ils y trouvent leur compte.

Les diplômés présentent en effet des intérêts particuliers. La réussite scolaire favorise une bonne estime de soi et le sentiment de maîtriser sa vie. Ayant confiance dans leurs capacités, les diplômés sont portés à revendiquer davantage de libertés dans leur choix de vie. Ils portent donc un regard positif sur les droits individuels, surtout lorsque ceux-ci leur permettent de renforcer leur autonomie. Ils voient la mobilité comme un idéal de vie, comme le montrent les études auprès des étudiants, tout en étant préoccupés par la qualité de leur cadre de vie.

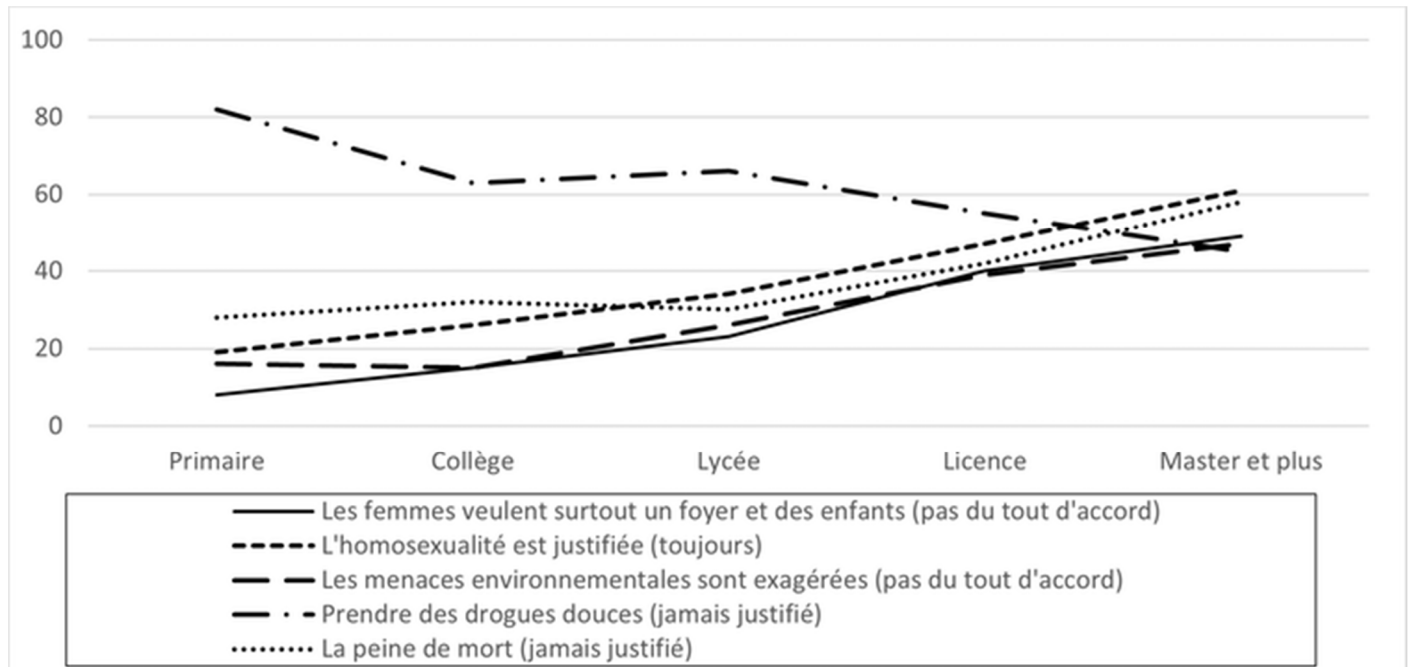
À lire aussi : Crise écologique : ces élèves ingénieurs qui veulent transformer leur métier

Ils ont aussi tendance à cultiver les valeurs que Ronald Inglehart qualifie de post-matérialistes : le féminisme, le multiculturalisme, l'environnementalisme, l'antiracisme ou le post-nationalisme.

Le contexte post-Guerre froide a amplifié les choses. La mondialisation et la technologie ont offert des possibilités inédites de circuler et d'échanger. Le développement de l'enseignement supérieur, poussé par la compétition entre les États, a permis aux idéaux post-modernes de mieux se réaliser, amplifiant la polarisation entre les winners et les losers de la globalisation ou entre les everywhere et les somewhere.

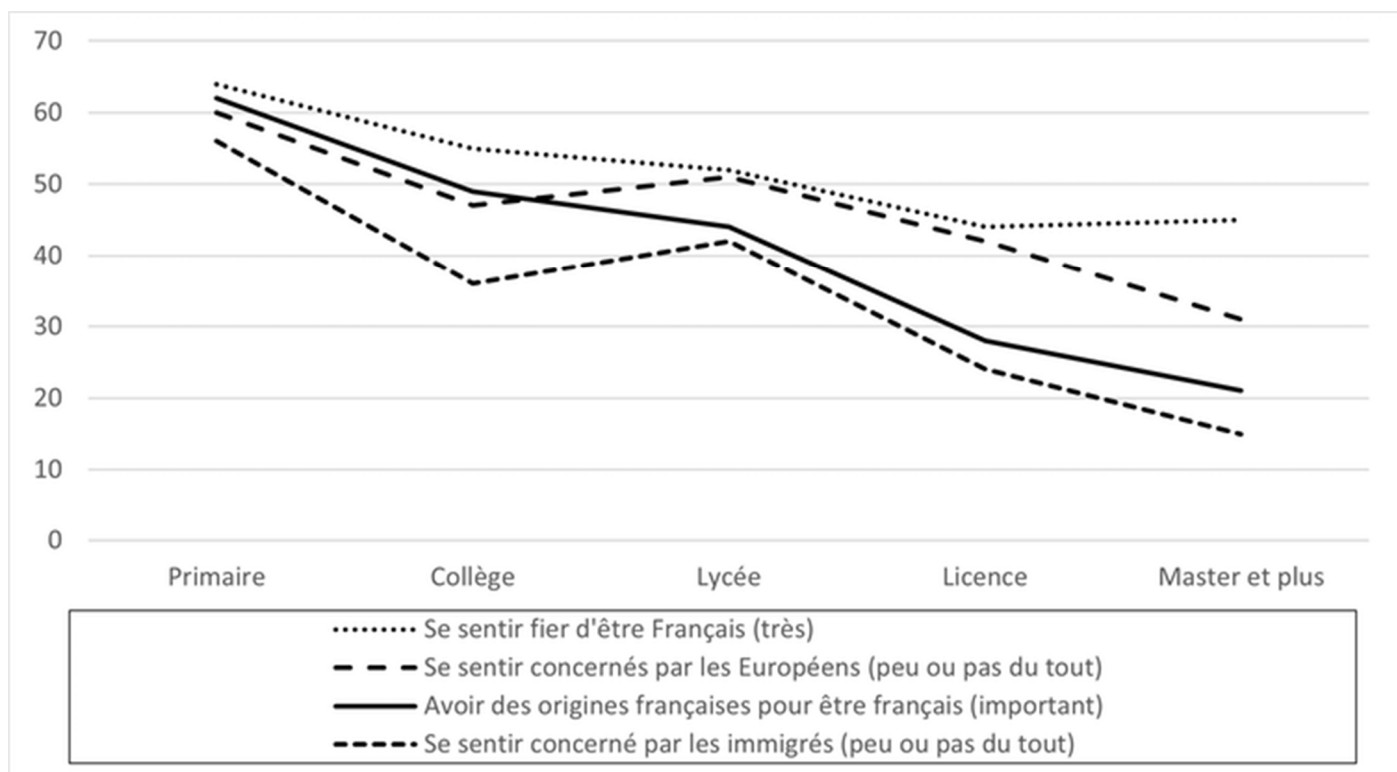
Niveau de diplôme et valeurs post-modernes

Tous ces éléments sont confirmés par l'enquête sur les valeurs. Plus le diplôme augmente, plus on est favorable à l'égalité entre les sexes, à l'homosexualité, aux drogues douces, à une politique pénale moins sévère et à la préservation de l'environnement (graphique 3).



Diverses opinions sociétales en fonction du niveau d'études (EVS 2017). Par exemple, 20 % des diplômés de primaires disent que « l'avortement est toujours justifié » contre 60 % des diplômés de master. V. Tournier, Fourni par l'auteur

De même, les diplômés sont nettement plus réticents à l'idée de se dire fiers d'être Français (graphique 4). Ils sont plus facilement concernés par le sort des Européens et des immigrés, et ils critiquent plus souvent la conception généalogique de la nation (avoir des ancêtres français), ce qui explique le discrédit qui frappe l'expression « Français de souche ».



Graphique 4. Rapport à la nation et à l'immigration en fonction du niveau d'études (EVS 2017). V. Tournier, Fourni par l'auteur

Crise démocratique... ou séparatisme politique ?

Or, avec la massification de l'enseignement supérieur, couplée à la place croissante du diplôme dans la stratification sociale, les diplômés se retrouvent en position de force pour défendre leurs intérêts. Ils parviennent d'autant mieux à faire valoir leurs préférences qu'ils sont bien représentés parmi les élites politiques), notamment dans le cas des élèves des grandes écoles.

Forts de leur capacité de mobilisation, les diplômés approuvent les dispositifs de type démocratie participative dans lesquels ils savent pouvoir se faire entendre, tout en étant plus réticents à l'égard des référendums qui ont l'inconvénient de niveler les électeurs.

On observe ainsi que les référendums comme celui de 2005 sur l'Europe ou celui de 2016 sur le Brexit ont suscité des critiques de type élitiste. Du reste, aucun des trois derniers présidents de la République n'a eu recours au référendum. Le référendum d'initiative citoyenne (RIC) a même été explicitement rejeté par le parti présidentiel.

Inversement, les milieux peu diplômés souffrent d'un déficit de relais et de ressources politiques. Ayant l'impression que la démocratie leur échappe au profit d'une oligarchie, ils éprouvent un sentiment d'impuissance et de dépossession qui les fait douter du suffrage universel : à quoi bon voter si les élites parviennent de toute façon à imposer leurs vues et leurs intérêts ?

Contrairement aux diplômés, ils sont nettement moins présents dans les dispositifs de démocratie participative, dont ils ne maîtrisent pas les codes. Plus portés à préférer les référendums, ils attendent surtout du pouvoir qu'il soit efficace. L'appel à un pouvoir fort de type bonapartiste, qui saura court-circuiter les pratiques oligarchiques et confiscatoires des élites, est une option acceptable, surtout en période d'insécurité.

[Près de 70 000 lecteurs font confiance à la newsletter de The Conversation pour mieux comprendre les grands enjeux du monde. [Abonnez-vous aujourd'hui](#)]

La démocratie : cycles et équilibre

Comme l'ont souligné les philosophes depuis l'antiquité, un régime politique court toujours le risque de voir une élite aristocratique confisquer le pouvoir au profit de ses seuls intérêts, ce qui génère un mécontentement populaire.

Ne sommes-nous pas actuellement dans un cycle de ce type ? Le phénomène Trump peut être vu comme un cas d'école, avec d'un côté l'attitude hautaine d'Hillary Clinton, qui voit les électeurs de Trump comme un « panier des déplorables » et les rejette en tant que « racistes, sexistes, homophobes, islamophobes » ; et de l'autre le refus de l'alternance électorale avec une tentative de déstabilisation des institutions en janvier 2021, à laquelle vient s'ajouter le revirement récent de la Cour suprême sur l'avortement.

En France, les élections du printemps 2022 ont confirmé qu'il existe un important clivage sociologique entre le parti présidentiel, très soutenu par les diplômés, et le Rassemblement national, bien implanté dans les milieux populaires, la Nupes étant dans une position intermédiaire en raison d'un socle électoral bâti conjointement sur les centres-villes et les banlieues.

L'erreur serait d'opposer une élite éclairée, porteuse de l'idéal démocratique, à un peuple arriéré n'aspirant qu'à la tyrannie. D'une part la démocratie participative peut être vue comme une forme d'anti-parlementarisme savant ; d'autre part les milieux populaires peuvent avoir de bonnes raisons de ne pas souscrire aux grands principes prônés par les élites.

Par exemple, toujours d'après l'EVS, 54 % des personnes peu diplômées disent qu'elles ne peuvent pas faire davantage pour l'environnement, contre 22 % pour les plus diplômées. De même, 35 % des peu diplômées considèrent que les immigrés prennent les emplois des nationaux, contre 10 % pour les diplômés, ce qui rappelle que les opinions dépendent en grande partie de la situation sociale.

Gouverner une société fragmentée

Dans une société fragmentée, la difficulté est évidemment de trouver des réponses satisfaisantes pour tout le monde, en luttant tout particulièrement contre une possible dé-consolidation démocratique.

Un contre-exemple est sans doute la Conférence citoyenne sur le climat lancée par Emmanuel Macron. Cette opération peut être vue comme une tentative pour répondre aux attentes des élites diplômées, à la fois sur le fond (l'environnement) et sur la forme (la démocratie participative). Mais la plupart des propositions finales ont été abandonnées souvent par crainte d'impopularité.

Finalement, le défi actuel n'est pas très différent de celui qui a été identifié par les philosophes classiques, à savoir trouver un équilibre entre la plèbe et l'aristocratie, seule manière d'éviter les dérives aussi bien populistes qu'élitistes.

15 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/gender-klima-transphobie-wie-die-ampel-die-mehrheit-vergisst-ld.1693517>

DER ANDERE BLICK

Der non-binäre Mann mit Migrationshintergrund ist das neue Ideal – für die Mehrheit hat man hingegen nur noch Verachtung übrig

Minderheiten stehen derzeit hoch im Kurs. Deutsche hingegen werden als «Kartoffeln» verunglimpft. Woher kommt der Zusammenhalt einer Gesellschaft in Kriegs- und Krisenzeiten, wenn es keine stabile Mitte mehr gibt?

Eric Gujer598 Kommentare 15.07.2022, 05.30 Uhr

Hören

Merken

Drucken

Teilen



Vereint unterm Regenbogen? Mit seinem Kampf für Minderheitenrechte steht der Westen ziemlich alleine da.

Paul White / AP



Eric Gujer, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung».

NZZ

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick» von NZZ-Chefredaktor Eric Gujer speziell für Leserinnen und Leser in Deutschland. [Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos.](#) Nicht in Deutschland wohnhaft? [Hier profitieren.](#)

Es ist noch gar nicht so lange her, da war die Klimajugend das Mass der Dinge. Epigonen von Greta Thunberg bevölkerten die Talkshows, sie erhielten Mandate in Aufsichtsräten angeboten, und sogar wirtschaftsliberale Kommentatoren lobten die antikapitalistischen Parolen als Ausweis echten politischen Engagements. Die Klimajugend war eine Macht, weil sie behauptete, für eine ganze Generation zu sprechen.

Dann kam die Pandemie, und in der Schweiz [versenkten die Stimmbürger ein Gesetz](#), das zwecks Klimaschutz die Energiepreise verteuert hätte. Vor allem zeigte die Abstimmung, dass die Klimajugend mitnichten eine ganze Generation umfasste, sondern nur einen besonders lauten Teil davon.

Junge Erwachsene lehnten das Gesetz wie die meisten anderen Altersgruppen mehrheitlich ab. Nur die akademische Jugend in den grösseren Städten trat enthusiastisch für den Klimaschutz ein. Die junge Coiffeuse auf dem Land konnte weniger damit anfangen. Im Gegensatz zur Studentin aus der Universitätsstadt schaffte es die Coiffeuse aber nie, in eine Talkshow eingeladen zu werden.

Inzwischen sind die Energiepreise gestiegen. Die Regierungen wollen sie nicht weiter verteuern, sondern versprechen den Bürgern Entlastung. Die Klimajugend ist out, dafür sind Gender-Agitator*innen und Trans-Aktivist*innen in.

Aus Banalitäten werden heute Skandale

An der Verzerrung der politischen und medialen Wahrnehmung hat sich nichts geändert. Wer laut und gut vernetzt ist, wer Zugang zu den Zentralen des intellektuellen Überbaus wie Universitäten und Fernsehsendern hat, findet Aufmerksamkeit. Die Mehrheit schweigt wie immer; ihr würde ohnehin niemand zuhören.

Dass es, rein biologisch betrachtet, zwei Geschlechter gibt, dürften deutlich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung für eine banale Selbstverständlichkeit halten. Zugleich definiert sich weniger als ein Prozent als transsexuell. [Dennoch untersagte die Humboldt-Universität Berlin einen Vortrag über biologische und soziale Geschlechter](#). Das versetzt seither die Feuilletons in Wallung: Ist man «transphob», wenn man Männer und Frauen für den Normalfall und alles andere für eine – rein statistisch betrachtet – Ausnahme hält?

Zugleich wählt der Bundestag Ferda Ataman zur Beauftragten für Antidiskriminierung. [Sie nennt Deutsche «Kartoffeln»](#). Deutlicher kann man seine Verachtung für die Mehrheit nicht kundtun. Die wenigsten Deutschen bezeichnen sich als Kartoffeln. Das sagt noch nichts darüber aus, ob ein Migrationshintergrund nicht eine bereichernde Erfahrung ist, sondern beschreibt nur eine weitere banale Selbstverständlichkeit: Niemand lässt sich gerne beleidigen, auch Deutsche nicht. Banale Selbstverständlichkeiten werden heute zum Skandal. Der Mechanismus dahinter ist jedes Mal derselbe: Eine Gruppe sieht ihre Rechte beschnitten, sie provoziert und setzt damit eine Kettenreaktion von empörten Stellungnahmen und Repliken in Gang.

Die so erzeugte Aufregung hat meist wenig mit der Befindlichkeit der Gesamtgesellschaft zu tun. Über kurz oder lang verebben die Medienhypes wie die Seligsprechung der Klimajugend. Übrig bleiben die für eine Mehrheit relevanten Probleme: Wenn Krieg und Klimawandel die Energie verteuern, wie kann ich mir Strom, Gas und Benzin noch leisten?

Gaspreis bricht Rekord von Mitte März

7-Tage-Schnitt der Kosten¹ für 20 MWh Gas und 4 MWh Strom bei Neuabschluss, in Euro

Gas

Strom

Febr. 2021 März 2021 April 2021 Mai 2021 Juni 2021 Juli 2021 Aug. 2021 Sept. 2021 Okt. 2021 Nov. 2021 Dez.
2021 Jan. 2022 Febr. 2022 März 2022 April 2022 Mai 2022 Juni 2022 Juli
2022 500100015002000250030003500400045005000123

2

Russischer Überfall auf die Ukraine Ende Februar 2022.

3

Gazprom drosselt die Gaslieferungen durch Nord Stream 1.

¹ Gewichteter Bundesdurchschnitt der jeweils günstigsten Tarife (ohne Grundversorgung).
Stand: 19. 7. 2022

Quelle: [Verivox](#)

NZZ / sih.

Die soziale Frage ist nicht schillernd, sie ist nicht exotisch. Sie gehört zu den Grundfragen, weil das Bedürfnis nach Gerechtigkeit universell ist. Was universell ist, also gerade vom Einzel- und Sonderfall abstrahiert, steht derzeit jedoch unter Verdacht. Heute muss jede Existenz möglichst exklusiv sein, um ernst genommen zu werden. Der nichtbinäre Mann mit Migrationshintergrund und die farbige Antirassistin sind die neuen Ideale.

Bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts sprachen Soziologen von der «formierten Gesellschaft». Sie war homogen, drängte Minderheiten ins Abseits oder kriminalisierte diese wie die Homosexuellen. Die Gesellschaft verstand sich als Einzeller. Inzwischen ist sie ein Organismus in permanenter Zellteilung.

Widerstandskraft entsteht aus Gemeinschaft

Eine Emanzipation hat eingesetzt, die Minderheiten das Recht auf ungehinderte Selbstentfaltung zuerkennt. Die Entwicklung ist positiv, weil sie aus Menschenrechten gelebte Praxis macht. Schwule traten erst ins Licht der Öffentlichkeit, dann wurde der Paragraf 175 geschleift. Heute ist die Ehe für alle eine Selbstverständlichkeit, und niemand muss mehr wie Guido Westerwelle ein halbes Politikerleben lang seine Orientierung verbergen. Schwulenfeindlichkeit existiert zwar wie Antisemitismus oder Rassismus bis heute, aber die Zivilisation hegt die zerstörerische Kraft der Ausgrenzung ein.

Wie bei allen positiven Entwicklungen besteht zugleich die Gefahr der Übertreibung. Eine formierte Gesellschaft ist nicht erstrebenswert – eine fragmentierte, in Teilgruppen zerfallene Gesellschaft aber auch nicht. Wenn ein Gemeinwesen nur noch aus grösseren oder kleineren Minderheiten besteht, stellt sich die Frage, woher am Schluss die für ein Gemeinwesen unabdingbare Kohäsion kommt.

Resilienz ist das Wort der Stunde. In der Pandemie horteten die Staaten zunächst Masken, dann rissen die Lieferketten. Die Globalisierung kriselt, seit sich China wegen Corona abschottet und der Schiffsverkehr stockt. Der Wohlstand schmilzt, die Inflation steigt. Auch die russische Aggression gegen das restliche Europa und die drohende Energieknappheit werden zum Test für die westliche Ausdauer. Was mit der Krise der Globalisierung begonnen hat, vollendet sich mit Putins Überfall auf die Ukraine.

Wie entsteht Widerstandskraft, wenn sich die Gesellschaft nur noch als Summe ihrer Teile begreift? Resilienz ist das Produkt eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Die Ukraine macht es vor.

Man muss kein Kulturpessimist oder Untergangsprophet sein, um zu bezweifeln, dass die westeuropäischen Nationen zu einem vergleichbaren Kraftakt in der Lage wären.

Der Begriff der [postheroischen Gesellschaft](#) wird konkret. Keiner will ein Opfer bringen, jeder besteht auf seinen individuellen Rechten. Das Kollektiv ist in dieser Optik ein atavistisches Relikt. Ohne Kollektiv gibt es keine gemeinsame Gegenwehr. Das Wort Vaterlandsverteidigung wirkt wie aus der Zeit gefallen, und so können sich viele Linke wie Rechte nur eines vorstellen: Putins Forderungen müssen so schnell wie möglich erfüllt werden.

Mit seiner Identitätspolitik macht sich der Westen immer mehr zum Sonderfall

Während die einen den Kotau üben, treiben die anderen die permanente Zellteilung der Gesellschaft voran. Sie warnen vor «Heterosexismus» und «Etabliertenvorrechten». Eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau oder die Erwartung, nach vierzig Jahren Beiträgen in die Rentenkasse mehr zu bekommen als ein gerade eben Eingewanderter, gelten als verwerflich. Die Mehrheit und deren Ansprüche erhalten so einen negativen Beigeschmack. Kartoffeln sollen sich hinten anstellen.

Die Entwicklung ist unfreiwillig komisch. Je mehr sich der Westen bemüht, alle identitätspolitischen Verästelungen anzuerkennen, sämtliche Privilegien und sein Weiss-Sein abzustreifen und obendrein auch den globalen Süden zu seinem Recht kommen zu lassen, umso mehr macht er sich in globaler Perspektive zum Sonderfall.

Nicht nur Putin hält Europa [aus leicht durchschaubaren Motiven für dekadent](#). Auch Afrikanern und Asiaten ist der entgrenzte Individualismus suspekt. Identität und Sexualität sind die neuen Trennlinien, die Gesellschaften weltweit scheiden. Je religiöser eine Nation ist, umso weniger kann sie mit einer selbstbestimmten, von hergebrachten Zwängen befreiten Sexualität anfangen. Das gilt besonders für Muslime, aber nicht nur für sie.

Die Gesellschaftspolitik der Ampelkoalition drängt Tradition und Konvention weiter zurück. Die Ehe diffundiert zur «Verantwortungsgemeinschaft», die Geschlechter verschwinden im Nebel der Selbstzuschreibungen. Deutschland ist damit keine Ausnahme. Der Westen insgesamt macht sich noch stärker zur Abweichung von der Regel. Umso mehr muss er seinen Sonderfall verteidigen können. Dafür braucht er aber Zusammenhalt und stabile Mehrheiten. Vielleicht ist das die kürzeste Definition für den Westen: Er ist ein einziges grosses Paradox.

15 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/evangelische-kirche-friedensethik-beruht-nicht-nur-auf-der-bibel-18146807.html?GEPC=s5&premium=0x0c6b0154c7f25ebe1fc2718becc893f7>

KIRCHE UND KRIEG:

Selig sind die Friedfertigen

VON HANS MICHAEL HEINIG

-AKTUALISIERT AM 15.07.2022-08:05



Kirchliche Friedensethik kann sich nicht darin erschöpfen, einzelne Stellen aus der Bibel oder Klassiker der Kirchengeschichte zu zitieren. Sie hat gegenwärtige Kontexte zu berücksichtigen. Ein Gastbeitrag.

Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Die meisten Stellungnahmen aus den Reihen der evangelischen **Kirche** zum Ukrainekrieg zitierten diesen Satz aus einer Kundgebung der Ökumenischen Versammlung in Amsterdam 1948. Die Sentenz ist griffig, plakativ, beinahe apodiktisch. Heute wird sie aber oft aus dem Kontext gerissen. Man könnte fast denken, die Delegierten aus aller Welt, etwa aus den Kirchen Nordamerikas, der anglikanischen Kirche, der lutherischen Kirche Schwedens oder der reformierten Kirche der Niederlande, hätten dem Kriegseintritt Frankreichs, Großbritanniens und der USA nachträglich die ethische Legitimation absprechen wollen. Eine solche Lesart würde der Intention der Amsterdamer Zusammenkunft, der Geburtsstunde einer breiten ökumenischen Bewegung, in keiner Weise gerecht.

Um die Aussage zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, wie prominente Teilnehmer der Versammlung sich vor dem **Zweiten Weltkrieg** über das Thema Krieg und Kirche geäußert hatten. Der in den USA lehrende deutsche Theologe Reinhold Niebuhr schrieb etwa zur Begründung, warum die christliche Kirche keine radikal pazifistische sein könne: „Gleich wie sie es drehen oder wenden, die Protagonisten eines politischen Pazifismus enden mit der Akzeptanz und Rechtfertigung der Tyrannei.“ Der Schweizer Karl Barth, Galionsfigur der Bekennenden Kirche, war 1938 in einem Brief an eine Pfarrerin in den Niederlanden sehr grundsätzlich geworden: Die Kirche habe „um des Evangeliums willen . . . den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heißt: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten“. Sie habe zu bezeugen, dass „es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Jasagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist“.

Diese Art endzeitlicher Aufladung eines militärischen Konflikts mag aus heutiger Sicht befremdlich sein. Aber für den reformierten Theologen Barth gab es nicht den Hauch eines Zweifels, dass der Einsatz von Waffengewalt zur Abwehr tyrannischer Aggression ethisch legitim sein kann.

Auch klare Worte bedürfen philologischer Bearbeitung

Die Zitate zeigen, dass christliche Ethik sich nicht darin erschöpfen kann, einzelne genehme Stellen aus dem Alten oder dem Neuen Testament oder ein Bonmot aus einem Klassiker der Kirchengeschichte zu zitieren. Schon das fünfte Gebot („Du sollst nicht töten“) klingt so klar und eindeutig – und es bedarf doch der philologischen Bearbeitung: Welches hebräische Wortfeld eröffnet sich hier, und wie lässt es sich akkurat ins Deutsche übertragen? Auch ein systematischer Abgleich mit anderen Aussagen über Tötungen in der hebräischen Bibel ist für die Interpretation des Textes unabdingbar. Der Umgang mit den Seligpreisungen Jesu („Selig sind die Friedfertigen“) ist nicht weniger anspruchsvoll.



Professor Dr. Hans Michael Heinig lehrt Öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Georg-August-Universität Göttingen. :Bild: Thomas Dorn/laif

Der Anspruch, eine christliche Friedensethik zu begründen, reicht aber weiter als lege artis betriebene Philologie. Sie hat zeitgeschichtliche und soziokulturelle Kontexte zu berücksichtigen und zu wägen. Sonst wäre sie keine Ethik, sondern religiöser Doktrinizismus. Ethik verlangt die Reflexion normativer Setzungen. Sie ist etwas anderes als moralische Intuition oder religiöse Gewissheit.

Ethik in diesem Sinn ist nicht zwingend ein wissenschaftliches Unterfangen. Die Justiz zum Beispiel ist im täglichen Vollzug auf vielfältige Weise auf Ethik angewiesen, trotz der Positivität des Rechts, also der schieren Geltung von Recht qua Setzung durch einen Gesetzgeber. Man denke nur an das richterliche oder anwaltliche Berufsethos, an Fragen der Strafzumessung, an den Umgang mit Rechtsbegriffen wie „Treu und Glauben“ oder „gute Sitten“ und an die Prüfung der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns. Die berufspraktische Ethik, die im alltäglichen Rechtsvollzug mitläuft, steht mit der akademischen Rechtsethik als Teildisziplin der Rechtsphilosophie im Austausch, aber sie fällt mit ihr nicht einfach zusammen.

Friedensethik muss pluralismusfähig sein

In ähnlicher Weise kann man verschiedene Arten von evangelischer Friedensethik unterscheiden: Sie ist bei der individuellen Gewissensbildung gefragt, früher etwa bei der Entscheidung über die Kriegsdienstverweigerung. Friedensethik gehört zudem als wissenschaftliche Subdisziplin zur akademischen Theologie. Und schließlich hat das theologische Ringen um Krieg und Frieden auch in den Kirchen als Institutionen eine lange Tradition. Um diese Art kirchlicher Friedensethik soll es in den weiteren Überlegungen gehen. Die Rechtstheologie ist für sie schon deshalb von Bedeutung, weil zu den kontextprägenden Einflussfaktoren immer auch die Rechts- und Staatsvorstellungen der jeweiligen Zeit gehören.

Eine kirchliche Friedensethik muss angesichts der Vielfalt von Frömmigkeitsstilen und politischen Überzeugungen in der Kirche in gewissem Maße pluralismusfähig sein. Das setzt die Fähigkeit voraus, zwischen letzten Fragen des christlichen Glaubens und politischen Schicksalsfragen des Gemeinwesens unterscheiden zu können. Bei aller Relativierung, Kontextualisierung und dem Sinn für Ambivalenzen muss kirchliche Friedensethik auf ethische Normativität aber nicht verzichten. Sie

meint deshalb etwas anderes als die bloße Nebeneinanderreihung heterogener friedensethischer Haltungen der Getauften.

Bei der Bildung spezifisch kirchlich-ethischer Maßstäbe kann ein Rückgriff auf Grundfiguren reformatorischer Theologie helfen, die oft als Duale in Erscheinung treten. In der Sprache der Tradition: die gefallene Schöpfung Gottes, in der uns doch Gottes unverbrüchliche Treue und Liebe verheißen wird; anders gewendet der Mensch, der in Sünde schicksalhaft verstrickt, auch zu gutem Handeln befähigt, aber allein durch Glauben, nicht durch seine guten Taten, Gnade vor Gott findet (simul iustus et peccator). Oder auch: die weltliche und die geistliche Regierweise Gottes, in der sich die ambivalente Anthropologie widerspiegelt. Solche Spannungsverhältnisse werden in verbindlichen Schriften mit Bekenntnischarakter entfaltet – und gerade nicht einfach aufgelöst. Bekenntnistexte geben keine einfachen Antworten auf die Herausforderungen einer Zeit. Sie sind überlieferte Glaubenszeugnisse, können als solche aber auch heute noch Orientierung geben.

Das geistliche und das weltliche Regiment

Zwei Passagen sind für eine kirchliche Friedensethik von besonderer Relevanz: Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses aus dem Jahr 1530 und die fünfte These der 1934 verabschiedeten [Barmer](#) Theologischen Erklärung. Sie stehen in engem Zusammenhang mit weiteren Fragen der politischen Ethik und der Rechtsethik.

Die von Philipp Melanchthon verfasste Confessio Augustana bündelte die theologischen Überzeugungen der Wittenberger Reformatoren und diente der Vorbereitung der Beratungen auf dem Reichstag in Augsburg (deshalb die Bezeichnung). In dem Text heißt es in der heute gebräuchlichen deutschsprachigen Fassung: „Von der Polizei (Staatsordnung) und dem weltlichen Regiment wird gelehrt, dass alle Obrigkeit in der Welt und geordnetes Regiment und Gesetze gute Ordnung sind, die von Gott geschaffen und eingesetzt sind, und dass Christen ohne Sünde in Obrigkeit, Fürsten- und Richteramt tätig sein können, nach kaiserlichen und anderen geltenden Rechten Urteile und Recht sprechen, Übeltäter mit dem Schwert bestrafen, rechtmäßig Kriege führen, in ihnen mitstreiten . . . können usw.“

In diesem Passus klingt die Lehre von den zwei Regierweisen Gottes in der Welt an: Gott wirkt demnach durch das geistliche und das weltliche Regiment. Das geistliche Regiment, ausgeübt allein durch das Wort und ohne Gewalt, sei der Kirche anvertraut, das weltliche Regiment der Obrigkeit. Der Obrigkeit bedürfe es, weil der Mensch aus eigener Kraft und Einsicht nicht dauerhaft gut handeln könne. Er gehe fehl in seiner Selbstsucht, er werde am Nächsten, auf sich alleine gestellt, mit gewisser Zwangsläufigkeit schuldig. Daraus rette ihn in geistlicher Hinsicht alleine die Rechtfertigung aus Glauben. In weltlicher Hinsicht bedürfe es hingegen der Obrigkeit, damit das Leben in dieser Welt nicht die Hölle auf Erden werde.

Wie viel Orientierung kann ein Text aus dem 16. Jahrhundert bieten?

Diese Lehre von den zwei Regierweisen oder zwei Reichen hat in der lutherischen Tradition zuweilen zu einer Hyperlegitimierung staatlichen Handelns geführt. Staatliche Autorität wurde in der theologischen Deutung so geadelt, dass die religiösen Potentiale für Herrschaftskritik verschüttet wurden. Es entstand ein eher unheiliges „Bündnis von Thron und Altar“. Hand in Hand damit ging eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem, was später „das Subjekt“ oder „das Individuum“ heißen sollte. Im 19. Jahrhundert versperrten beide Entwicklungen der evangelischen Kirche den Weg, sich früh mit der Ideenwelt liberaler Demokratien anzufreunden. Noch bis in die 1960er-Jahre gab es vernehmbar Stimmen, die der autoritären Obrigkeit nachtrauerten. Man mag deshalb skeptisch sein, ob eine Textpassage aus dem 16. Jahrhundert, die auf der Lehre von den zwei Regimenten Gottes aufsetzt, heutzutage noch politisch-ethische Orientierung bieten kann, und sei es auch ein Ausschnitt aus der zentralen Bekenntnisschrift der evangelischen Kirchen.

Die Autoren der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 waren da weniger zögerlich. Mit ihrer Schrift wollten sie die vermeintlichen Glaubensgewissheiten der von der nationalsozialistischen Rassenlehre und Führerideologie beseelten deutschen Christen als bekenntniswidrig verwerfen. Bis heute bildet „Barmen“ in kirchlichen Lehrfragen den zentralen Referenztext des deutschen Nachkriegsprotestantismus. An der überlieferten Differenzierungsfigur der zwei Sphären oder zwei Funktionslogiken (geistlich-kirchlich/weltlich-politisch) als Kernbestand einer reformatorischen Staats- und Rechtsethik hielt die Erklärung bewusst fest. Sie modernisierte sie jedoch. Zu offensichtlich war, dass die liberale Demokratie Weimars keine „Obrigkeit“ mehr im Sinne Luthers und Melanchthons gewesen war.

Das öffentliche Gemeinwesen wurde in Reaktion darauf nicht mehr im Sinne der schöpfungstheologisch-staatsmetaphysischen Tradition des Luthertums, sondern streng funktional verstanden, im Sinne seiner die Bürger schützenden rechtserhaltenden und friedenssichernden Aufgaben. Schlicht selbstverständlich war den Vordenkern der Bekennenden Kirche, dass zu diesen Funktionen auch die äußere Sicherheit gehört und dass die staatlichen Mittel zu deren Erhaltung auch militärische Gewalt einschließen. So heißt es in der fünften These der Barmer Theologischen Erklärung: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg entspann sich dann innerkirchlich eine intensive Debatte darüber, ob sich das staatliche Gewaltpotential durch die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen so verändert habe, dass die Ausübung von kriegerischer Gewalt unter keinen Umständen mehr in Betracht käme. Die Kontroverse setzte in der Zeit der Wiederbewaffnung unter [Konrad Adenauer](#) ein und prägte auch noch die kirchliche Friedensbewegung der 1980er-Jahre. In der Ost-West-Konfrontation wuchs die Sorge, dass der nächste Krieg der letzte der Menschheit sein könnte, weil sie Gefahr liefe, sich selbst auszulöschen. Ein kirchlicher Konsens über die Frage, ob angesichts dieses apokalyptischen Szenarios nukleare Abschreckung gerade friedenssichernd und damit ethisch verantwortbar oder in so gravierendem Maße menscheitsgefährdend, dass sie unverantwortlich sei, kam bis zum Fall der Mauer nicht zustande. Innerevangelisch einigte man sich letztlich darauf, dass beide Positionen mit einer christlichen Glaubenshaltung vereinbar sein können.

Eine trügerische Hoffnung

Als der Ost-West-Konflikt endete, keimte die Hoffnung auf eine Art „ewigen Frieden“, wenn schon nicht streng nach Idee der gleichnamigen Schrift [Immanuel Kants](#), so doch im Sinne einer völkerrechtlich angeleiteten multipolaren Weltordnung. Man setzte auf einen Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen, der die ihm in der UN-Charta angesonnene Aufgabe wirklich und systematisch wahrnimmt, effektive Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens zu ergreifen. Diese Hoffnung war trügerisch. Die Völkerrechtsgemeinschaft stritt alsbald über die Legalität und Legitimität humanitärer Interventionen, also mit dem Schutz von Menschenrechten begründete Militäreinsätze, und über Maß und Mittel kriegerischer Entgegnungen auf (tatsächliche und vermeintliche) terroristische Bedrohungen. Erinnerung sei nur an die Anschläge in den USA vom 9. September 2001 und die darauffolgenden Kriege in Afghanistan und im Irak.

In Anbetracht solcher Konstellationen entstand die bislang letzte Friedensdenkschrift der [EKD](#), die im Jahr 2007 unter dem Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ veröffentlicht wurde. Die Legitimität rechts-erhaltender Gewalt, auch in militärischer Form, wurde in ihr ausdrücklich anerkannt. Zugleich betonte man, dass „Frieden“ als Leitbild einer politischen Ethik internationaler Beziehungen mehr bedeuten müsse als das Schweigen von Waffen. In diesem Sinne wurde nun das Ziel eines „gerechten Friedens“ beschworen, der rhetorisch in Kontrast gesetzt wurde zu überkommenen Lehren vom „gerechten Krieg“. Das war in gewisser Weise überschießend, weil bestimmte friedensethisch und völkerrechtlich anerkannte Kriterien für rechtmäßig geführte

kriegerische Auseinandersetzungen bekräftigt wurden, etwa das Verbot eines Angriffskrieges und – korrespondierend – das Selbstverteidigungsrecht eines kriegerisch angegriffenen Staates.

Doch die Aussage, die Lehre vom gerechten Frieden löse die Lehre vom gerechtfertigten Krieg friedensethisch ab, verselbständigte sich in der evangelischen Kirche. Entsprechende Einlassungen führender Repräsentanten beförderten diese Entwicklung. Sie mündete auf der EKD-Synode 2019 in Dresden in der Diskussion, ob man nicht die Bekenntnisgrundlagen der evangelischen Kirche neu fassen müsse. Der Passus zur Beteiligung am militärischen Engagement des Staates in der Confessio Augustana, auf Latein „iure bellare, militare“, gehöre gestrichen. Man gewann den Eindruck, eine radikalpazifistische Haltung setze sich im deutschen Protestantismus zunehmend durch – eine Haltung, die die Wittenberger Reformatoren angesichts ihrer theologischen Anthropologie, ihrer Sündenlehre, ihrer Rechtstheologie und ihrer politischen Ethik wohl als schwärmerisch entschieden verworfen hätten.

Der „gerechte“ und der „rechtmäßig geführte Krieg“

Das Ansinnen, die Confessio Augustana radikalpazifistisch nachzujustieren, war auch deshalb eigenwillig, weil die reformatorischen Bekenntnisschriften zahlreiche Aussagen enthalten, die heute sperrig und abständig wirken. Sie sind nun einmal 250 Jahre vor dem Zeitalter der Aufklärung, unserer eigenen begriffsgeschichtlichen „Sattelzeit“, formuliert. Sie sind zeitgebundene Glaubensdokumente, die sich darum jede Generation neu aneignen und in ihre Zeit übersetzen muss. Isoliert einen Satzteil streichen zu wollen zeugt von blankem theologischem Unverstand, allzumal man sich auf der Synode ja ausgerechnet einen Satzteil herausgegriffen hat, der einem die Vergegenwärtigung nicht eben schwer macht. Man kann das „iure bellare“ nicht nur als „gerechten“ Krieg, sondern auch als „rechtmäßig geführten Krieg“ verstehen.

Es spricht viel dafür, dass die Reformatoren sogar genau das im Sinn hatten. Anders als von manchen heute behauptet, ging es im Augsburger Bekenntnis ja nicht darum, Krieg für „gerecht“ im Sinne eines erstrebenswerten Zustands zu erklären. Im Gegenteil. Die unterschiedlich akzentuierten Lehren vom bellum iustum, angefangen von Cicero bis hin zum modernen Völkerrecht, waren und sind im Prinzip darauf angelegt, Frieden zu wahren, Gewalt einzuhegen, Konflikte auf andere Weise auszutragen und der Logik militärischer Eskalation zu widersprechen. Sie reden gerade nicht der neuzeitlichen Idee das Wort, Krieg setze mit anderen Mitteln die Politik, von religiösen und moralischen Bindungen entlassen und Machtgewinn als Selbstzweck betreibend, einfach fort. Die Reformatoren mit ihrem vormodernen, spätmittelalterlich geprägten Weltbild waren keine Proto-Machiavellisten und haben auch keine Clausewitz'sche Kriegskunsthilfe avant la lettre geschrieben. Sie wussten aber sehr wohl, mit Kant gesprochen, aus welchem krummen Holz der Mensch geschnitzt ist.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die [Ukraine](#) im Februar 2022 ringt die deutsche Öffentlichkeit nun erneut um Haltung und Positionen in Fragen von Krieg und Frieden. Dabei geht es hierzulande „nur“ um Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen. Einen Kriegseintritt Deutschlands fordert niemand. Markante Stimmen im kirchlichen Protestantismus verlangen im Gegenteil, auf jede militärische Unterstützung der Ukraine zu verzichten. Die Gefahr einer Eskalation sei zu groß. Sie empfehlen den Ukrainern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen. Dem Aggressor solle man mit zivilem Ungehorsam begegnen.

Das Recht auf Selbstverteidigung ist nicht obsolet geworden

Andere sehen die Notwendigkeit, dass sich die kirchliche Friedensethik angesichts der forcierten geopolitischen Spannungen aus ihrer Rechtsorientierung löse. Für die Frage nach der Legitimität militärischer Gewalt sei das Kriterium der Rechtserhaltung nicht mehr zweckdienlich. Wir müssten uns auf ein neues Zeitalter rivalisierender Machtblöcke einstellen, für das die Leitidee einer regelbasierten multipolaren Ordnung wenig taugt, zumal ein Teilaspekt der rechtserhaltenden Gewalt, nämlich das Anliegen des Schutzes der Menschenrechte mit den Mitteln militärischer Interventionen, in postkolonialer Perspektive ohnehin desavouiert sei.

Beiden Reaktionen aus den Reihen des deutschen Protestantismus sollte man zurückhaltend begegnen. Eine kirchliche Friedensethik tut gut daran, die realen Machtverhältnisse zur Kenntnis zu nehmen. Eine ethische Perspektive darf realpolitisch ansetzen, muss aber zur ethischen Normbildung beitragen. Die ethische Orientierung an der Achtung des universellen Völkerrechts lässt sich deshalb nicht durch eine Ordnung faktischer Einflussphären ersetzen. Die militärisch-interventionistisch verstandene „responsibility to protect“ war völkerrechtlich wie friedensethisch zu weiten Teilen sicherlich ein Irrweg. Darüber ist sich die Völkerrechtswissenschaft heute weitgehend einig. Das völkerrechtliche Verbot eines Angriffskrieges und das (im Verhältnis zu Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates subsidiäre) Recht auf Selbstverteidigung sind aber im Lichte des Kriegs in der Ukraine friedensethisch nicht obsolet geworden.

Daran ändert auch eine postkoloniale Betrachtung nichts. Im Gegenteil: Im Verteidigungsrecht nach außen gegen einen neoimperialen Aggressor spiegelt sich das Recht auf Selbstbestimmung nach innen, ein Recht, das eine dezidiert antikoloniale Spur aufweist. Zwar hat das Völkerrecht den Krieg in der Ukraine nicht verhindern können. Aber das ist kein ernsthaftes Argument gegen das Völkerrecht und sein friedensethisches Potential. Das brutale Faktum eines Angriffskrieges stellt dessen Verbot ebenso wenig infrage wie Mord und Totschlag die entsprechenden Strafrechtsnormen. Die Möglichkeit des Rechtsbruchs gehört zur Normativität des Rechts dazu.

Zugleich werden wir gegenwärtig auf dramatische Weise des Umstands gewahr, dass das Recht in den internationalen Beziehungen anders wirkt, andere Durchsetzungsressourcen und andere Gefährdungen der Rechtstreue kennt als im staatlichen Kontext. Die von den Reformatoren in ihrer politischen Anthropologie vorausgesetzten menschlichen Abgründe lassen sich zurzeit im internationalen Zusammenhang nicht in einer Weise eingehen, die mit staatlichen oder supranationalen Rechtsordnungen vergleichbar wäre.

Zum ungerechten Frieden nicht schweigen

Das verleiht der Frage, wie internationales Recht effektiv implementiert und Rechtsbruch sanktioniert wird, ihre existentielle Note. Geht es um das Verbot des Angriffskrieges, sind neben wirtschaftlichen Maßnahmen, etwa Sanktionen, wirksame militärische Abschreckung und als Ultima Ratio auch der Einsatz militärischer Gewalt eine naheliegende Antwort. Wer dies unter Verweis auf das friedensethische Leitbild eines „gerechten Friedens“ strikt ablehnt, bleibt eine vernünftige Alternative schuldig. Das Potential zivilen Ungehorsams erscheint im Angesicht der Schreckensbilder aus der Ukraine unzureichend. Eine kirchliche Friedensethik, die den gerechten Frieden postuliert, aber zum ungerechten Frieden, der in Massenmord, Folter, Vergewaltigung und kultureller Auslöschung eines Volkes mündet, nichts Substantielles mehr zu sagen weiß, muss sich die Frage gefallen lassen, wie sie es mit dem ansonsten postulierten „Vorrang“ für die Schwächsten und Verletzlichsten hält. Scheint hinter dem antimilitaristischen Dogma doch nur religiös camoufflierter Zynismus durch?

Frieden im anspruchsvollen Sinne meint mehr als Friedhofsruhe, aber auch mehr als die unerbittliche Logik militärischer Abschreckung. Eine kirchliche Friedensethik im Horizont der reformatorischen Rechtstheologie rechnet mit den Abgründen des Menschen und verliert zugleich nicht die Hoffnung, seine Verstrickung im Bösen immer wieder von Neuem zu überwinden. Folgerichtig stehen kirchliche Militärseelsorge sowie Friedens- und Versöhnungsarbeit komplementär zueinander. Zu erschließen, was aus der theologisch-anthropologischen Grundspannung im jeweiligen zeitgenössischen Kontext konkret politisch folgt, überantwortet die Barmer Theologische Erklärung der menschlichen Einsicht in all ihrer Begrenztheit. In diesem Sinne heißt es für die evangelische Kirche, sich in Sachen Friedensethik immer wieder neu ans Werk zu machen – auch nun.

15 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/ukraine-konflikt/gauck-ueber-pazifismus-wuerde-dominanz-der-boesen-zementieren-18173297.html?GEPC=s5&premium=0xc9c1aa6754137c3cbddc69b3b2933609>

PAZIFISMUS:

Warum habt ihr euch vor dem Wehrdienst gedrückt?

EIN KOMMENTAR VON [REINHARD MÜLLER](#)

-AKTUALISIERT AM 15.07.2022-08:07



Ein blinder Fleck: Wer Dienst mit der Waffe in Zeiten der Bedrohung leistete, zeigte eine Haltung, die richtig, aber verpönt war.

Pazifismus ist eine ehrenvolle und durchaus eine christlich begründbare Haltung. Dass er „nicht zum Guten führt, sondern die Dominanz der Bösen, der Verbrecher und der Unmenschlichen zementieren würde“, wie [Joachim Gauck](#) gerade eindrucksvoll dargelegt hat, ist dann doch etwas zu pauschal. Gandhis waffenloser Unabhängigkeitskampf war von Erfolg gekrönt. Das kann man nicht genug würdigen. Gewaltloser Widerstand gegen einen Hitler oder Stalin aber, das hat Gandhi selbst so gesehen, hätte zum Sieg des Bösen geführt.

Auch der russische Angriffskrieg macht Pazifismus als persönliche Haltung nicht obsolet. Aber als generöse Empfehlung an die vom Tode bedrohten Ukrainer ist diese Attitüde geradezu obszön. Immerhin gibt es eine moralische, christliche und rechtliche Pflicht, Menschen in Not zu helfen. Und es existiert auch für Staaten ein Recht auf Selbstverteidigung und der Hilfe dazu. Dieses, wie es in der Charta der [Vereinten Nationen](#) heißt, „naturegegebene Recht“ muss nicht wahrgenommen werden, es aber zu verhöhnen und dem Abschlagen der Nächsten nur zuzusehen ist jedenfalls ein ziemlich blutiger Pazifismus.

Heute gilt es zum Glück nicht mehr als des Teufels, zur Verteidigung auch zur Waffe zu greifen. Das war vor gar nicht allzu langer Zeit durchaus anders. Ziemlich viele von denen, die heute Verantwortung tragen und wie selbstverständlich Putin auch militärisch die Stirn bieten wollen, haben seinerzeit den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert.

Das Gewissen lässt sich nur schwer prüfen

Bemerkenswerterweise geschah das zu einer Zeit, als die Lage im Kern gar nicht so viel anders war als heute. Der Westen wurde von einem atomwaffenstarrenden, von Moskau beherrschten Imperium bedroht, rüstete selbst nach und unterwarf vor allem in Kontinentaleuropa seine jungen Männer einer Wehrpflicht.

Aus der Erfahrung mit totalitärem Zwang gewährte die Bundesrepublik Deutschland jedem ein bemerkenswertes Grundrecht: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Jeder, der wirklich aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigert

hat, verdient Respekt. Doch das Gewissen lässt sich nur schwer prüfen; das führte schließlich dazu, dass auf einfache Weise verweigert werden konnte. Aber ein Wahlrecht zwischen Wehr- und Zivildienst gab es nie. Das Grundgesetz sah auch nie vor, dass der Wehrdienst aus politischen Gründen verweigert werden darf. Dennoch war das weitgehend die Praxis.

Diese ungeschriebene Praxis lebt, da die Frage nach historischer Schuld gestellt wird, deren Auswirkungen uns heute noch treffen, als blinder Fleck weiter. Wenn schon Vergangenheitsbewältigung, dann kann es doch nicht nur darum gehen, zu fragen, warum wir uns so sehr von russischem Gas abhängig gemacht haben.

Unbequeme Wahrheiten

Nein, es gab auch eine Zeit, in der (wehrpflichtige) Soldaten in Uniform nicht nur bei feierlichen Gelöbnissen, sondern gesellschaftlich angefeindet und verhöhnt wurden. Zugleich entdeckten andere plötzlich ihr Gewissen, obwohl sie eigentlich, wie der ehemalige Pastor und DDR-Bürger Gauck es heute formuliert, notfalls doch zur Waffe gegriffen hätten. Andere besorgten sich, obwohl sie gute Sportler waren, ärztliche Atteste, um den Wehrdienst zu umgehen, wieder andere entdeckten ihr Herz für West-Berlin, wieder andere nutzten Kontakte, um heimatnah und unkaserniert Ersatzdienst zu leisten. Ein in vielen Fällen fraglos sinnvoller Dienst – aber als schlichte Wahlmöglichkeit nicht im Sinne der Verfassung.

Das sind unbequeme Wahrheiten. Fast erscheint die plötzliche Begeisterung mancher für das Militärische wie eine persönliche Aufarbeitung der eigenen Verweigerungsgeschichte. Es ist ja gut, auch auf diese Weise aus der Geschichte zu lernen. Schon damals ging es immerhin darum, unsere „westliche“ Art zu leben gemeinsam zu verteidigen. Viele sahen nur die Pflicht, aber nicht das Wofür.

Dabei stand das Gegenmodell unmittelbar vor der eigenen Haustür: Die in jeder Hinsicht graue und unfreie DDR als Vorposten und Aufmarschgebiet für Moskau. Das Gleichgewicht war eines des Schreckens, weil der Westen abschrecken musste. Der Kalte Krieg ist zum Glück überwunden, aber Abschreckung, Standhaftigkeit und Widerstandskraft sind womöglich mehr denn je nötig, da Moskau weiter den alten Dämonen namens Imperium, Terror und Vernichtung nachhängt.

Lernen müssen auch wir. Wie konnte es eigentlich dazu kommen, dass wir diese „Zeitenwende“ nötig hatten? Schaffen wir sie wirklich – oder wählen wir einen scheinbar bequemen Ausweg? Jedenfalls könnten bald wieder Fragen auftauchen, die auch die Generation der Kriegsdienstverweigerer gern den eigenen Vätern stellte: Was habt ihr eigentlich getan?

11 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/so-hat-der-demographische-wandel-deutschland-veraendert-18158368.html?premium=0x46ba0c8c439017f5aa49e64f1dfa81a4&premium=0x46ba0c8c439017f5aa49e64f1dfa81a4&GEPC=s5>

Ausländisch, akademisch, allein

Von JOHANNES PENNEKAM

Foto: dpa

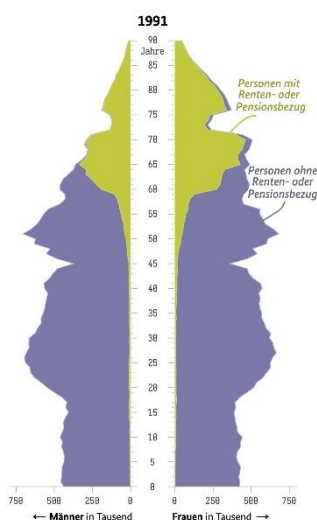
11. Juli 2022 · Deutschland hat sich in den vergangenen dreißig Jahren stark verändert. Die Alterung ist dabei nur ein Punkt von vielen. Die größten Umwälzungen auf einen Blick.

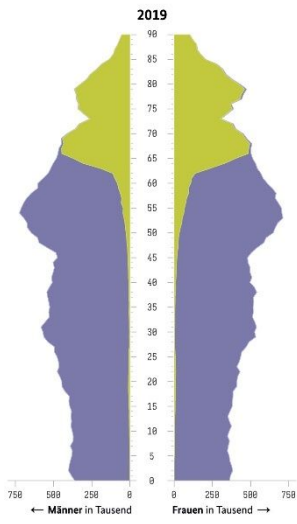
Zu Beginn eine Schätzfrage: Wie viel Prozent der Kinder unter zehn Jahren haben in Deutschland Migrationshintergrund? Die richtige Antwort lautet: fast 50 Prozent. Wer eine niedrigere Zahl getippt hat, hätte noch vor wenigen Jahren richtig gelegen. Im Jahr 2005 hatte nur etwa jedes vierte Kind Wurzeln in einem anderen Land. Das Beispiel zeigt, wie schnell und tiefgreifend sich die deutsche Bevölkerung in vielen Bereichen verändert. Jeder spürt das, ohne die Details genau benennen zu können. Forscher des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung haben den Wandel nun sichtbar gemacht. Sie geben Einblicke in das Innere der sogenannten Bevölkerungspyramiden, die veranschaulichen, wie viele Frauen und Männer es in welchem Alter gab. Die Bezeichnung Pyramide – mit vielen Jüngeren und wenig Älteren – ist dabei längst nicht mehr zutreffend. Die Forscher sprechen heute von einem „Diamanten“: Noch Anfang der Neunzigerjahre war der Durchschnittsdeutsche nur gut 39 Jahre alt. Zuletzt stieg das Durchschnittsalter auf 44,6 Jahre – ohne die Zuwanderung junger Menschen, läge die Zahl noch viel höher. In den aus vielen amtlichen Statistiken zusammengeführten Grafiken offenbaren sich viele weitere Umwälzungen.

RENTE

Weil die Menschen gesünder sind und die Sozial- und Rentensysteme stärkere Anreize dafür liefern, ist Arbeiten im höheren Alter heute normal. Vor dreißig Jahren bezogen 60 Prozent der Personen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren eine Rente – der Wert hat sich halbiert. Der Druck in der Rentenversicherung steigt dennoch, weil es verhältnismäßig immer mehr Ältere gibt. Anfang der sechziger Jahre kamen auf einen Altersrentner noch sechs Erwerbspersonen, zuletzt waren es nur noch 2,7 Personen.

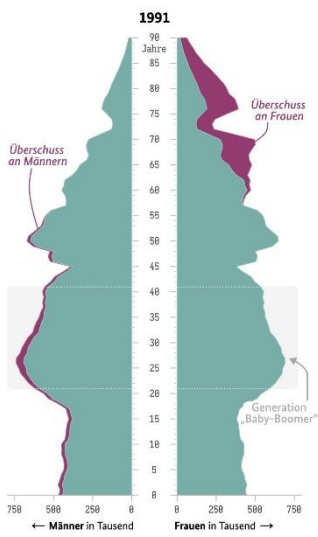
Bevölkerung nach Rentenbezug

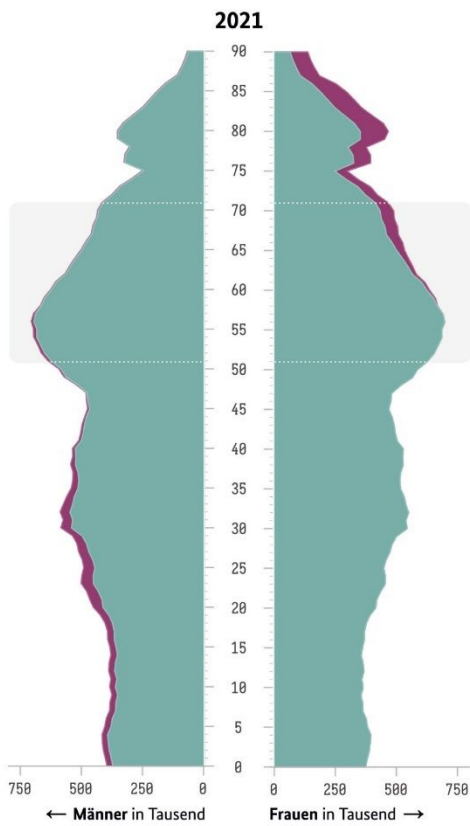




BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Altersjahren



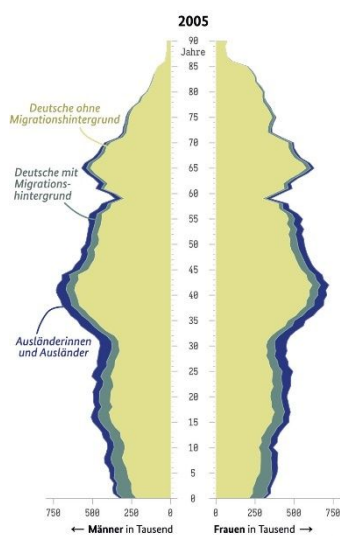


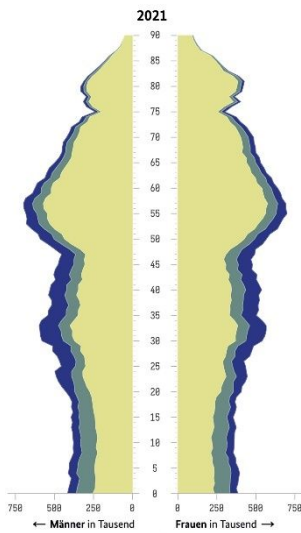
BiB 2022, Destatis

MIGRATION

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählt, wer selbst aus einem anderen Land stammt oder mindestens einen Elternteil hat, das bei der Geburt keine deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Diese Gruppe ist hierzulande unter anderem durch die EU-Osterweiterung, die Migration in Folge der Finanzkrise und den Zustrom von Flüchtlingen und natürlich durch den Familienzuwachs von Migranten auf 22 Millionen Menschen gewachsen – also auf knapp ein Viertel der Bevölkerung. Bei den Kindern bis zehn Jahre ist der Anteil inzwischen doppelt so hoch, was unter anderem daran liegt, dass Zuwanderer oft jung sind.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund



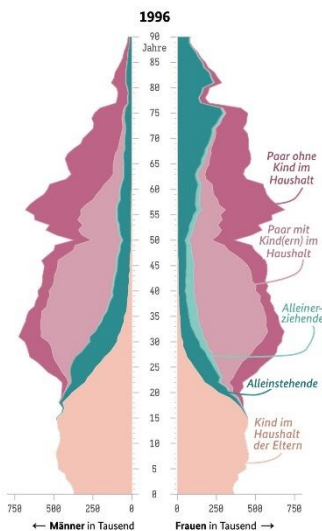


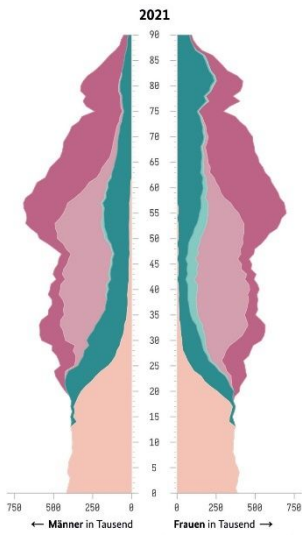
BiB 2022, Mikrozensus

LEBENSFORM

Das traditionelle Familienmodell ist bekanntlich auf dem Rückzug. Wie sehr, zeigen die aktuellen Zahlen: 1996 lebten knapp 40 Prozent der 30 Jahre alten Männer in einer Partnerschaft mit Kindern im Haushalt, im vergangenen Jahr waren es nur noch 24 Prozent. Auch bei den Frauen schrumpfte der Anteil im selben Zeitraum von mehr als die Hälfte auf gut ein Drittel. Die Menschen leben also häufiger allein oder nur mit Kind zusammen. Vereinzelung und Vereinsamung werden immer bedeutsamer: Jeder vierte Mann zwischen 40 und 44 Jahren lebte 2021 ganz allein in einem Haushalt, 1996 lag der Anteil noch 10 Prozentpunkte niedriger. Einen stark gegenläufigen Trend gibt es dagegen bei älteren Frauen. 1996 lebten sage und schreibe 80 Prozent der Frauen im Alter von 80 Jahren ohne einen Partner im Haushalt, heute trifft das nur noch auf jede zweite Frau zu. Das dürfte vor allem an der höheren Lebenserwartung und dem besser gewordenen Gesundheitszustand der Männer liegen.

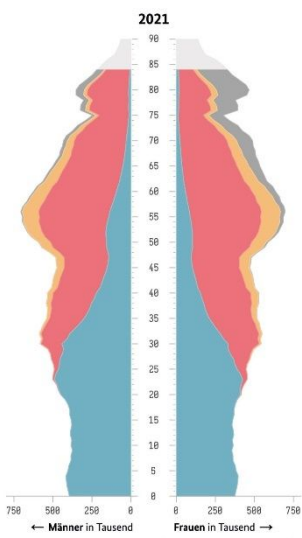
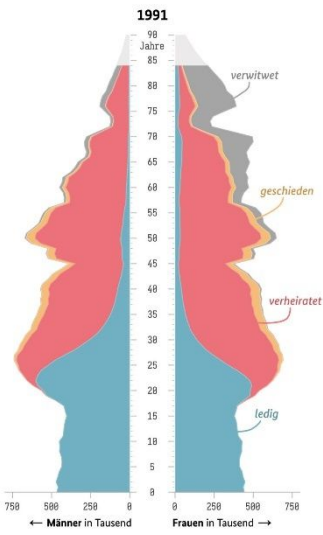
Bevölkerung nach Lebensform





BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Familienstand



BiB 2022, Destatis

Der Haupt- und Volksschulabschluss war vor 30 Jahren dominant – heute ist es genau andersherum. Betrachtet man nur Menschen bis 60 Jahre, gibt es mehr Personen, die mit ihrem Abschluss an der Hochschule studieren dürfen, als Hauptschulabsolventen. Von der Bildungsexpansion haben vor allem Frauen profitiert. Sie liegen inzwischen sowohl bei Gymnasial- als auch bei Realschulabschlüssen vor den Männern. Bedenklich ist, dass nach wie vor jeder Zwanzigste gar keinen Schulabschluss schafft. In einer alternden Gesellschaft, in denen Fachkräfte fehlen, geht viel Potential verloren, warnen die Forscher.

Bevölkerung nach Bildungsstand

BiB 2022, Mikrozensus

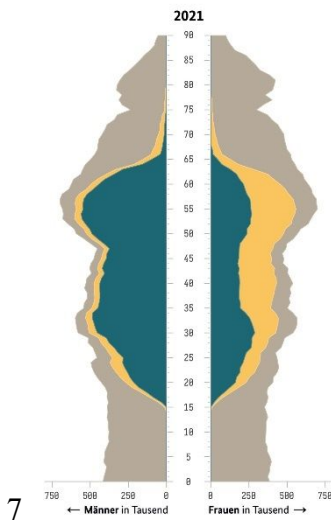
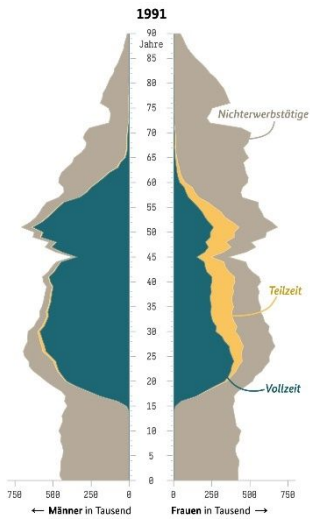
Bevölkerung nach Berufsabschluss

BiB 2022, Mikrozensus

ARBEIT

Frauen sind heute deutlich häufiger erwerbstätig, Männer etwas seltener. In Zahlen ausgedrückt: Nach der Wiedervereinigung arbeitete nur etwas mehr als jede zweite Frau (57 Prozent) in Voll- oder Teilzeit, heute tun das fast drei Viertel der Frauen. Bei den Männern schrumpfte der Anteil leicht auf nun 79 Prozent. Allerdings arbeitet ab Mitte 30 mehr als jede zweite Frau in Teilzeit. „Der Anteil der in Teilzeit arbeitenden Männer hat sich in den vergangenen 30 Jahren zwar verfünffacht – allerdings von einem extrem niedrigen Ausgangsniveau von 2 Prozent im Jahr 1991“, schreiben die Forscher. Das weist darauf hin, dass die Kinderbetreuung weiter vor allem von den Frauen übernommen wird. Der Blick auf die Pyramiden zur Erwerbsbeteiligung zeigt zudem sehr plakativ, dass die arbeitenden Menschen nur den „Bauch“ der Bevölkerung darstellen – umrahmt von Jüngeren und Älteren, die kein Geld verdienen und auf Renten, Transfers und Taschengeld angewiesen sind.

Bevölkerung nach Erwerbsbeteiligung

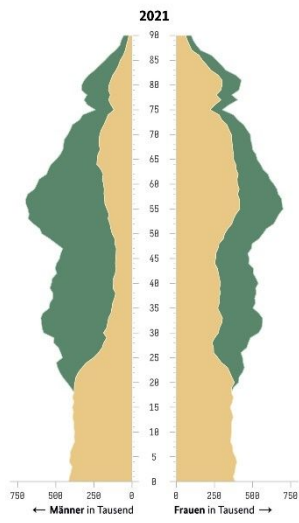
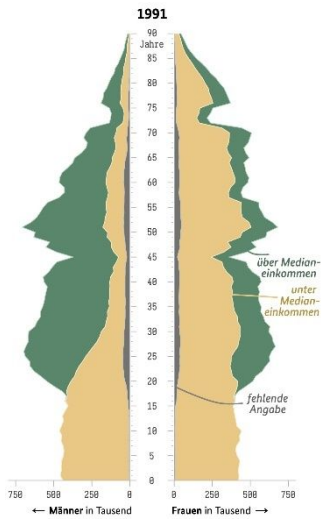


7 BiB 2022, Mikrozensus

EINKOMMEN

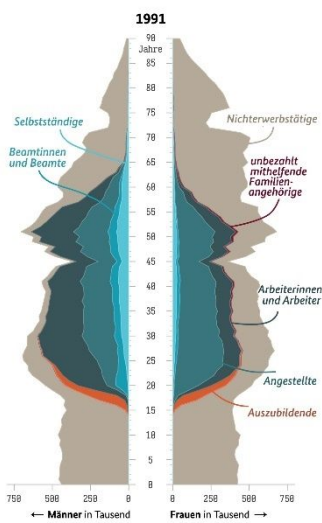
Wer im vergangenen Jahr mehr als 1584 Euro netto im Monat verdient hat, gehört zur oberen Hälfte der Einkommensbezieher. 1991 betrug dieses Medianeinkommen umgerechnet 705 Euro. Die 705 Euro wären heute 1180 Euro wert, die Inflation relativiert also die ausgewiesene Verdopplung des Medianeinkommens. Interessant sind die unterschiedlichen Einkommensverläufe bei beiden Geschlechtern. Männer starten in den Beruf und schaffen es recht schnell über das Medianeinkommen (grüner Bereich in der Grafik). Während ihrer Laufbahn steigern sie ihre Gehälter dann oft noch. Die Frauen erleben dagegen im Alter von etwa dreißig Jahren einen Einkommensknicke und fallen hinter die Männer zurück. „Das erklärt sich in erster Linie dadurch, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung tendenziell mehr einschränken“, schreiben die Forscher. Das habe in der Regel auch Auswirkungen auf den weiteren Erwerbsverlauf. Sprich: Die Rückstände holen die Frauen nie wieder auf.

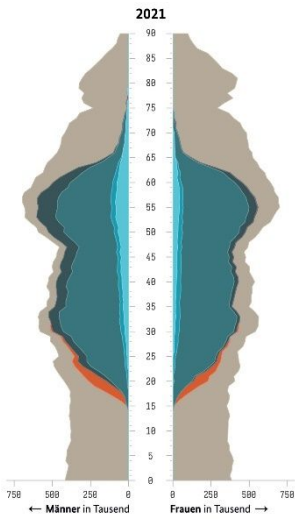
Bevölkerung nach Einkommen



BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Stellung im Beruf

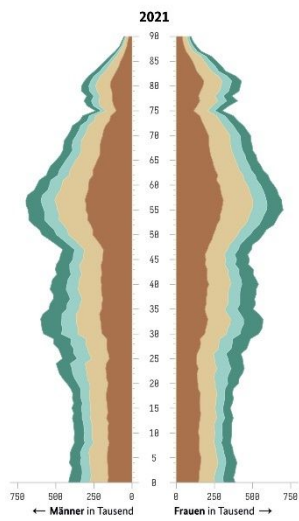
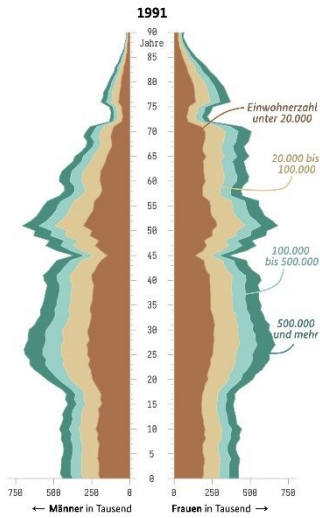




BiB 2022, Mikrozensus

WOHNORTGRÖSSE

Bevölkerung nach Gemeindegröße



BIB 2022, Mikrozensus

Ausländisch, akademisch, allein

Von JOHANNES PENNEKAMP

Foto: dpa

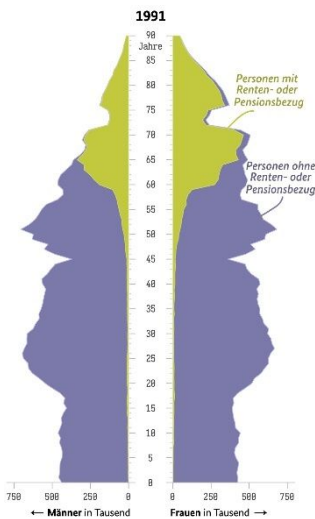
11. Juli 2022 · Deutschland hat sich in den vergangenen dreißig Jahren stark verändert. Die Alterung ist dabei nur ein Punkt von vielen. Die größten Umwälzungen auf einen Blick.

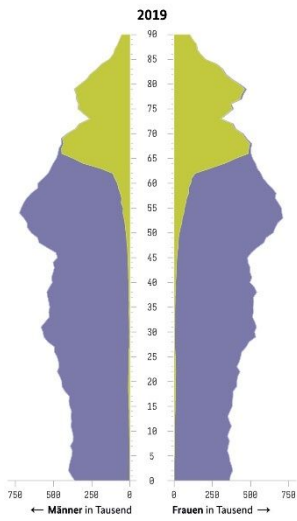
Zu Beginn eine Schätzfrage: Wie viel Prozent der Kinder unter zehn Jahren haben in Deutschland Migrationshintergrund? Die richtige Antwort lautet: fast 50 Prozent. Wer eine niedrigere Zahl getippt hat, hätte noch vor wenigen Jahren richtig gelegen. Im Jahr 2005 hatte nur etwa jedes vierte Kind Wurzeln in einem anderen Land. Das Beispiel zeigt, wie schnell und tiefgreifend sich die deutsche Bevölkerung in vielen Bereichen verändert. Jeder spürt das, ohne die Details genau benennen zu können. Forscher des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung haben den Wandel nun sichtbar gemacht. Sie geben Einblicke in das Innere der sogenannten Bevölkerungspyramiden, die veranschaulichen, wie viele Frauen und Männer es in welchem Alter gab. Die Bezeichnung Pyramide – mit vielen Jüngeren und wenig Älteren – ist dabei längst nicht mehr zutreffend. Die Forscher sprechen heute von einem „Diamanten“: Noch Anfang der Neunzigerjahre war der Durchschnittsdeutsche nur gut 39 Jahre alt. Zuletzt stieg das Durchschnittsalter auf 44,6 Jahre – ohne die Zuwanderung junger Menschen, läge die Zahl noch viel höher. In den aus vielen amtlichen Statistiken zusammengeführten Grafiken offenbaren sich viele weitere Umwälzungen.

RENTE

Weil die Menschen gesünder sind und die Sozial- und Rentensysteme stärkere Anreize dafür liefern, ist Arbeiten im höheren Alter heute normal. Vor dreißig Jahren bezogen 60 Prozent der Personen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren eine Rente – der Wert hat sich halbiert. Der Druck in der Rentenversicherung steigt dennoch, weil es verhältnismäßig immer mehr Ältere gibt. Anfang der sechziger Jahre kamen auf einen Altersrentner noch sechs Erwerbspersonen, zuletzt waren es nur noch 2,7 Personen.

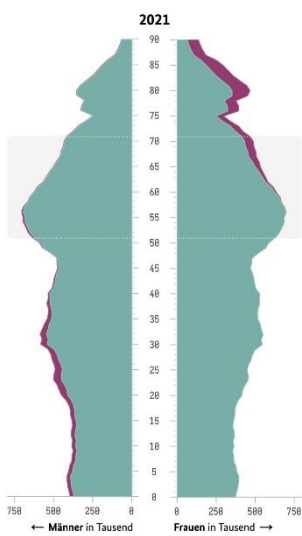
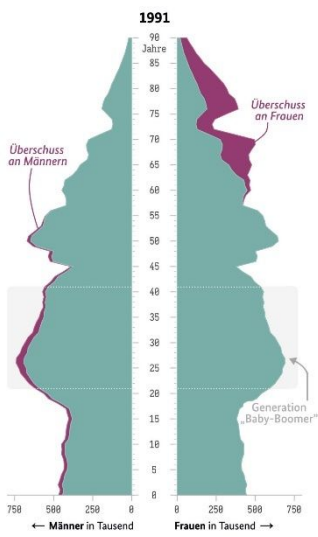
Bevölkerung nach Rentenbezug





BiB 2022, Mikrozensus

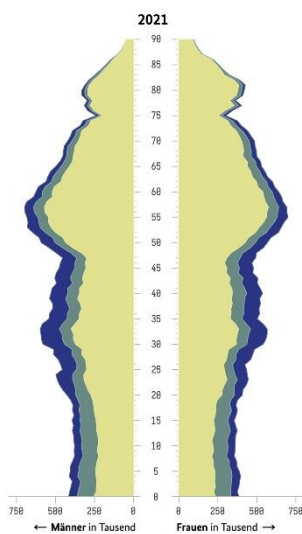
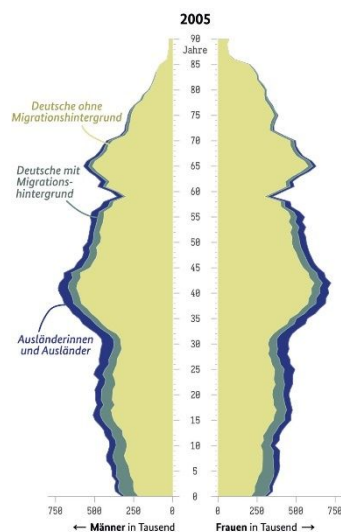
Bevölkerung nach Altersjahren



BiB 2022, Destatis

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählt, wer selbst aus einem anderen Land stammt oder mindestens einen Elternteil hat, das bei der Geburt keine deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Diese Gruppe ist hierzulande unter anderem durch die EU-Osterweiterung, die Migration in Folge der Finanzkrise und den Zustrom von Flüchtlingen und natürlich durch den Familienzuwachs von Migranten auf 22 Millionen Menschen gewachsen – also auf knapp ein Viertel der Bevölkerung. Bei den Kindern bis zehn Jahre ist der Anteil inzwischen doppelt so hoch, was unter anderem daran liegt, dass Zuwanderer oft jung sind.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund

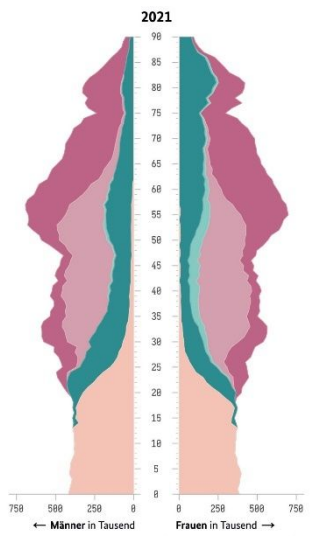
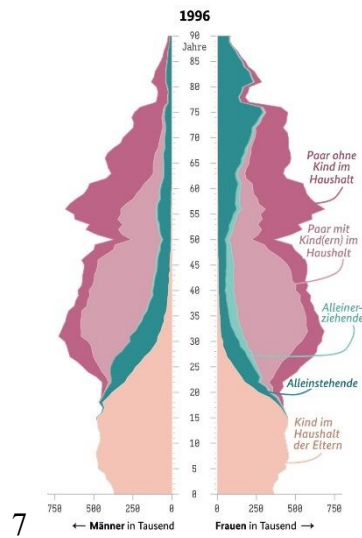


BiB 2022, Mikrozensus

LEBENSFORM

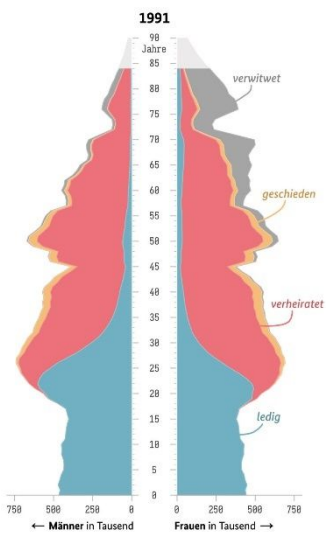
Das traditionelle Familienmodell ist bekanntlich auf dem Rückzug. Wie sehr, zeigen die aktuellen Zahlen: 1996 lebten knapp 40 Prozent der 30 Jahre alten Männer in einer Partnerschaft mit Kindern im Haushalt, im vergangenen Jahr waren es nur noch 24 Prozent. Auch bei den Frauen schrumpfte der Anteil im selben Zeitraum von mehr als die Hälfte auf gut ein Drittel. Die Menschen leben also häufiger allein oder nur mit Kind zusammen. Vereinzelung und Vereinsamung werden immer bedeutsamer: Jeder vierte Mann zwischen 40 und 44 Jahren lebte 2021 ganz allein in einem Haushalt, 1996 lag der Anteil noch 10 Prozentpunkte niedriger. Einen stark gegenläufigen Trend gibt es dagegen bei älteren Frauen. 1996 lebten sage und schreibe 80 Prozent der Frauen im Alter von 80 Jahren ohne einen Partner im Haushalt, heute trifft das nur noch auf jede zweite Frau zu. Das dürfte vor allem an der höheren Lebenserwartung und dem besser gewordenen Gesundheitszustand der Männer liegen.

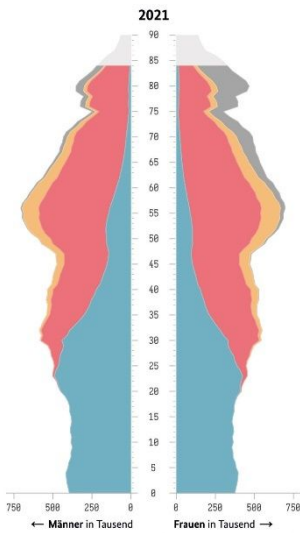
Bevölkerung nach Lebensform



BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Familienstand





BiB 2022, Destatis

BILDUNG

Der Haupt- und Volksschulabschluss war vor 30 Jahren dominant – heute ist es genau andersherum. Betrachtet man nur Menschen bis 60 Jahre, gibt es mehr Personen, die mit ihrem Abschluss an der Hochschule studieren dürfen, als Hauptschulabsolventen. Von der Bildungsexpansion haben vor allem Frauen profitiert. Sie liegen inzwischen sowohl bei Gymnasial- als auch bei Realschulabschlüssen vor den Männern. Bedenklich ist, dass nach wie vor jeder Zwanzigste gar keinen Schulabschluss schafft. In einer alternden Gesellschaft, in denen Fachkräfte fehlen, geht viel Potential verloren, warnen die Forscher.

Bevölkerung nach Bildungsstand

BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Berufsabschluss

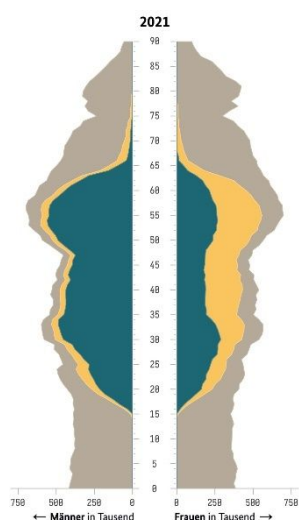
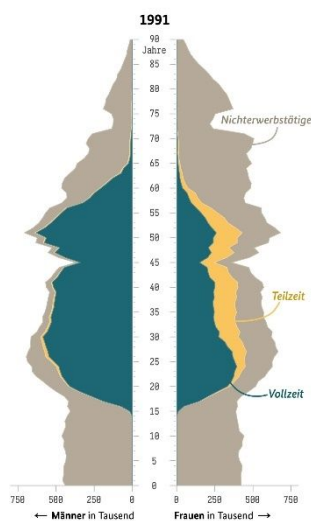
BiB 2022, Mikrozensus

ARBEIT

Frauen sind heute deutlich häufiger erwerbstätig, Männer etwas seltener. In Zahlen ausgedrückt: Nach der Wiedervereinigung arbeitete nur etwas mehr als jede zweite Frau (57 Prozent) in Voll- oder Teilzeit, heute tun das fast drei Viertel der Frauen. Bei den Männern schrumpfte der Anteil leicht auf nun 79 Prozent. Allerdings arbeitet ab Mitte 30 mehr als jede zweite Frau in Teilzeit. „Der Anteil der in Teilzeit arbeitenden Männer hat sich in den vergangenen 30 Jahren zwar verfünffacht – allerdings von einem extrem niedrigen Ausgangsniveau von 2 Prozent im Jahr 1991“, schreiben die Forscher. Das weist darauf hin, dass die Kinderbetreuung weiter vor allem von den Frauen übernommen wird. Der Blick auf die Pyramiden zur

Erwerbsbeteiligung zeigt zudem sehr plakativ, dass die arbeitenden Menschen nur den „Bauch“ der Bevölkerung darstellen – umrahmt von Jüngeren und Älteren, die kein Geld verdienen und auf Renten, Transfers und Taschengeld angewiesen sind.

Bevölkerung nach Erwerbsbeteiligung

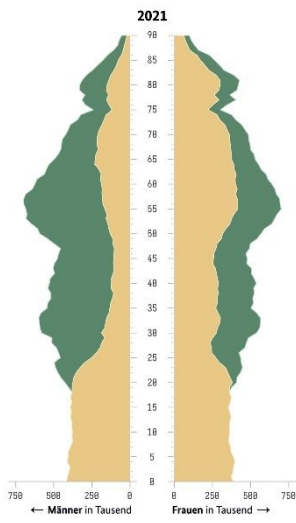
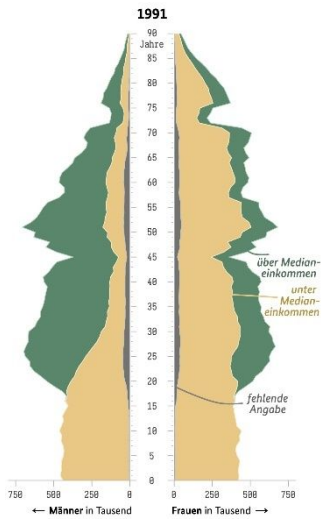


BiB 2022, Mikrozensus

EINKOMMEN

Wer im vergangenen Jahr mehr als 1584 Euro netto im Monat verdient hat, gehört zur oberen Hälfte der Einkommensbezieher. 1991 betrug dieses Medianeinkommen umgerechnet 705 Euro. Die 705 Euro wären heute 1180 Euro wert, die Inflation relativiert also die ausgewiesene Verdopplung des Medianeinkommens. Interessant sind die unterschiedlichen Einkommensverläufe bei beiden Geschlechtern. Männer starten in den Beruf und schaffen es recht schnell über das Medianeinkommen (grüner Bereich in der Grafik). Während ihrer Laufbahn steigern sie ihre Gehälter dann oft noch. Die Frauen erleben dagegen im Alter von etwa dreißig Jahren einen Einkommensknicke und fallen hinter die Männer zurück. „Das erklärt sich in erster Linie dadurch, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung tendenziell mehr einschränken“, schreiben die Forscher. Das habe in der Regel auch Auswirkungen auf den weiteren Erwerbsverlauf. Sprich: Die Rückstände holen die Frauen nie wieder auf.

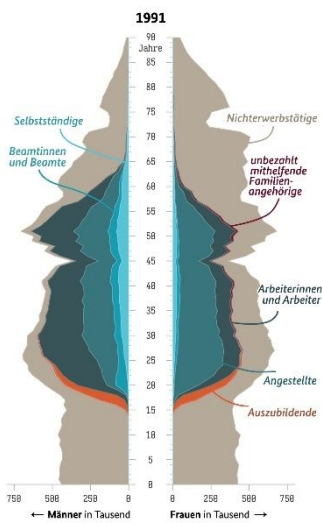
Bevölkerung nach Einkommen

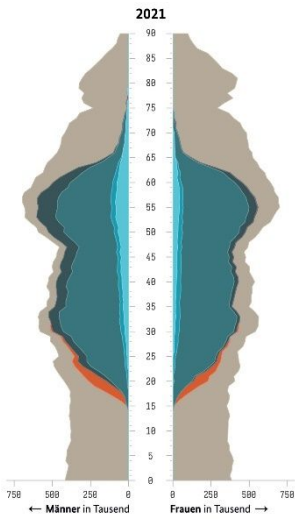


7

BiB 2022, Mikrozensus

Bevölkerung nach Stellung im Beruf

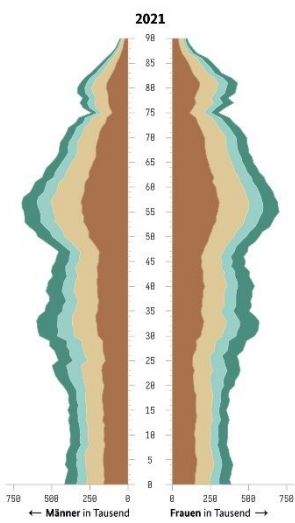
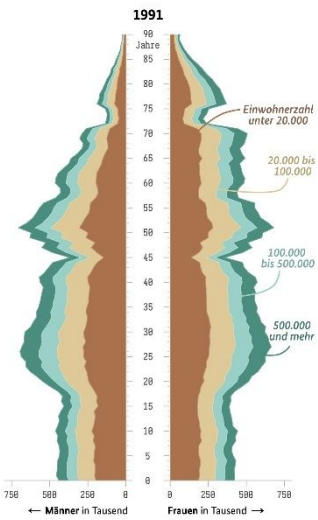




BiB 2022, Mikrozensus

WOHNORTGRÖSSE

Bevölkerung nach Gemeindegröße



BiB 2022, Mikrozensus

11 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/antirassismus-totalitaer-ibram-x-kendi-und-seine-berliner-fans-ld.1692358>

Antirassismus, aber totalitär: Ibram X. Kendi lässt sich in Berlin feiern

Einer der einflussreichsten identitätspolitischen Autoren der Gegenwart hat die deutsche Hauptstadt besucht. Doch statt seine Thesen kritisch zu diskutieren, blamieren sich die Gastgeber mit serviler Ehrerbietung.

Marc Felix Serrao, Berlin 11.07.2022, 17.45 Uhr



Es gibt nur Rassismus und Antirassismus, nichts dazwischen: Ibram X. Kendi.

The Washington Post / Getty

Als Ordinarius für Historische Theologie wird Christoph Marksches den Begriff «ikonisch» bewusst gewählt haben. «How to Be an Antiracist» sei ein ebensolches Buch, schwärmt der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gleich zu Beginn seiner Veranstaltung mit dem amerikanischen Autor Ibram X. Kendi. Mit diesem sakralen Zungenschlag geht es weiter.

Nicht nur seine Institution, sondern auch andere Berliner Institutionen, ach, ganz Europa: Alle müssten noch antirassistischer werden. «Ohne Antirassismus gibt es keine Freiheit», erklärt der Ordinarius an diesem Juliabend, und er schaut dabei sehr feierlich in den Saal.

Ob Marksches das Buch, das er so in den Himmel lobt, gelesen hat? Es gibt darin durchaus Lesenswertes, etwa über die so populäre wie dumme Behauptung, Rassismus gegen weisse Menschen gebe es nicht.

Für Kendi gibt es nur Rassisten und Antirassisten

Aber mit freiheitlichem Denken hat Antirassismus, wie ihn Kendi definiert, nichts zu tun. Der 39-jährige Professor für Geisteswissenschaften von der Boston University gehört zu den radikalsten Verfechtern der amerikanischen Identitätspolitik, jener zeitgeistigen Strömung, die Menschen im Namen von Antirassismus und Antisexismus (wieder) nach Hautfarben, Geschlechtern und sexuellen Präferenzen sortiert und diese Gruppenzugehörigkeiten zum zentralen Faktor in politischen Auseinandersetzungen erklärt.

In Kendis Augen sind Menschen entweder Rassisten oder Antirassisten; dazwischen existiert nichts, keine «Farbenblindheit» und auch kein «Nichtrassismus». Alles, auch Ideen und

Institutionen, ist entweder das eine oder das andere. Und antirassistisch ist für ihn nur, wer daran mitwirkt, Gleichheit herzustellen – und zwar nicht zwischen Individuen, sondern zwischen den besagten «racial» Gruppen.

Wer als Liberaler gehofft hatte, dass dieses Denken in Europa nur auf linke Medienleute und einige lautstarke Aktivisten aus dem akademischen Mittelbau Eindruck mache, der wird am Berliner Gendarmenmarkt an diesem Abend eines Besseren belehrt. Im Einstein-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie ist Präsident Marksches nicht der Einzige, der von einer kritischen Auseinandersetzung, die dem Namen seiner Institution gerecht würde, nichts wissen will (zu den vielen berühmten Mitgliedern der vormals Preussischen Akademie der Wissenschaften gehörte unter anderem der berühmteste Physiker aller Zeiten).

Nach der Eloge des Gastgebers folgt noch eine Liebeserklärung des Präsidenten der American Academy in Berlin, Daniel Benjamin; der ist Mitveranstalter des Abends, und auch für ihn ist der Gast aus der amerikanischen Heimat einfach nur ein phantastisches «one-man cultural phenomenon».

Ja, und dann kommt Kendi, und er muss sich in rund eineinhalb Stunden weder von der Journalistin Rose-Anne Clermont, die mit ihm ausnahmslos im Tonfall einer Bewunderin über Werk und Vita spricht, noch vom Publikum kritische Fragen anhören. Ob es an der Sorge des fast ausschliesslich weissen Publikums liegt, öffentlich des Rassismus bezichtigt zu werden?

Kapitalismus? Auch schlimm!

«Das einzige Mittel gegen rassistische Diskriminierung ist antirassistische Diskriminierung», schreibt Kendi. Wer es anders sieht, wer positive Diskriminierung nicht für eine segensreiche Sache, sondern für leistungsfeindlichen Unfug hält und deshalb ablehnt, ist für ihn: genau, ein Rassist. Auch die freie Wirtschaftsordnung gehört für Kendi zu jenen Dingen, die schnellstens überwunden werden müssen. Denn Rassismus und Kapitalismus sind «siamesische Zwillinge».

In einem [Gastbeitrag für «Politico»](#) hat Kendi erklärt, wie er seine Überzeugungen mithilfe eines Zusatzes zur amerikanischen Verfassung implementieren will: Ein Ministerium für Antirassismus («Department of Anti-racism», kurz DOA) soll politische Entscheidungen von der lokalen bis zur nationalen Ebene auf fehlende Gleichheit hin kontrollieren und bei Bedarf Disziplinarmaßnahmen ergreifen. Die Mitarbeiter sollen «Experten» sein, keine gewählten Volksvertreter.

Autoren wie [Andrew Sullivan](#) und [Coleman Hughes](#), die im klassischen Sinne Liberale sind (also keine amerikanischen «liberals»), haben auf den totalitären Charakter dieses Konzepts hingewiesen. Derzeit möge so ein Ministerium keine Chance haben, schreibt Hughes. Aber langfristig werde sich das Meinungsklima in den Vereinigten Staaten wohl in diese Richtung verändern. Es sei daher gut möglich, dass die Unterstützung für Kendis Verfassungszusatz unter progressiven Amerikanern schon in wenigen Jahren zum guten Ton gehöre.

Hughes, selbst Afroamerikaner, hat eine der strengsten Rezensionen von «How to Be an Antiracist» verfasst. Kendis Buch sei zwar in einer klaren Sprache verfasst, die auf unnötigen Jargon verzichte. Das sei ein Wert an sich. Aber der Autor argumentiere schwach, und seine Fakten seien ungenau und mitunter widersprüchlich. Im Ergebnis lerne man weniger, was es bedeute, ein Antirassist zu sein. Man lerne vielmehr, was es bedeute, antiintellektuell zu sein. Hughes' öffentliche Einladung zum Streitgespräch hat Kendi bisher nicht angenommen. Als der Kritiker in diesem Jahr verkündete, dass die Debatte doch stattfinden könne, handelte es sich leider um einen Aprilscherz.

I'm happy to announce that Ibram X. Kendi has finally agreed to debate me!
— Coleman Hughes (@coldxman) [April 1, 2022](#)

Im Berliner Einstein-Saal wird es an diesem Abend nur einmal und auch nur beinahe kritisch. Eine Lehrerin erzählt, dass sie mir ihren Schülern über Kendis Vorstellungen gesprochen habe. Diese seien alles andere als begeistert gewesen und hätten sich vor allem mit der Behauptung schwergetan, es gebe keine nicht-rassistischen Ideen (sondern nur rassistische oder anti-rassistische). Ihr sei dann keine gute Antwort eingefallen, sagt die Lehrerin. Doch statt die Ursache dafür in Kendis manichäischem Weltbild zu suchen, sucht sie lieber seine Hilfe. Was sie beim nächsten Mal denn besser machen könne, will sie wissen.

Kendi lächelt sanft und erklärt der Dame, was aus seiner Sicht das Problem ist. Viele Menschen hielten sich beim Thema Rassismus für Experten, sagt er. Das seien sie aber nicht. Wenn er andere auffordere, Rassismus zu definieren, sprächen sie immer über sich selbst und weshalb sie keine Rassisten seien. Das Publikum lacht, die Lehrerin auch. Die Schüler, sagt Kendi, müssten mehr Demut haben und verstehen, dass sie keine Experten seien. Niemand widerspricht.

Die Veranstaltung mit Ibram X. Kendi sei nur der Auftakt im Kampf seiner Institution gegen den Rassismus, kündigt Präsident Marksches an. Weitere Veranstaltungen würden folgen. Nach diesem Abend kann man im Sinne der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften im Besonderen und des Wissenschaftsstandorts Berlin im Allgemeinen nur sagen: o je.

12 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-fast-jedes-zweite-kind-hat-migrationshintergrund-18165625.html?GEPC=s5&premium=0x745d1b716d2bfafe0bc0db55b838c403>

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG:

Das neue Deutschland

EIN KOMMENTAR VON [NIKOLAS BUSSE](#)

-AKTUALISIERT AM 12.07.2022-06:32



Fast jedes zweite Kind unter zehn Jahren hat inzwischen einen Migrationshintergrund. Das wird die deutsche Gesellschaft verändern, aber ihre Integrationskraft wird unterschätzt.

Dass inzwischen fast jedes zweite Kind unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund hat, wird niemanden überraschen, der Grundschulen in deutschen Großstädten kennt. In Frankfurt oder anderswo gibt es nicht mal mehr in den Hipster-Vierteln, in die das grüne Bürgertum aus Angst vor mehrsprachigen Klassen zieht, eine kulturell homogene Schülerschaft. Auch auf den [Gymnasien](#) bleiben die deutschen Kinder nicht unter sich.

Unter radikalen Rechten befördern solche Statistiken seit langem Untergangssängste, die AfD lebt davon. Man sollte allerdings nicht vergessen, dass Einwanderung verschiedenster Art seit langem gefördert wurde: von Aussiedlern über Gastarbeiter bis zur EU-Freizügigkeit. Die [Asylbewerber](#), die 2015 ff. kamen, waren nur insofern eine Ausnahme, als dieser Zuzug nicht gesteuert war.

Nicht genug deutsche Kinder

Im Kern liegt das Problem bei den Deutschen selbst. Sie sind nicht gewillt, die Kinder auf die Welt zu bringen und großzuziehen, die nötig sind, um ihren Lebensstandard zu halten.

Das wird die Gesellschaft künftig ohne Zweifel verändern. Aber hier gibt es Licht und Schatten: den Bundesminister mit ausländischen Wurzeln genauso wie den Problemkiez in Berlin. Insgesamt wird die [Integrationskraft](#) Deutschlands eher unterschätzt, wie ein Blick in andere westliche Länder zeigt – und der Alltag in vielen deutschen Orten.

11 juillet (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/economie/la-grande-erreur-des-banquiers-centraux-la-chronique-dhakim-el-karoui>

Identités

«La Grande Erreur des banquiers centraux» – la chronique d'Hakim El Karoui

11 juillet 2022 à 12h36

Depuis dix mois aux Etats-Unis, douze mois en Europe, les banquiers centraux nous expliquent que l'inflation ne va pas arriver, qu'elle ne va pas se prolonger, qu'elle est conjoncturelle et certainement pas structurelle, qu'elle est limitée aux Etats-Unis...



DR.

Les banquiers centraux sont devenus les vrais ministres des Finances dans le monde occidental : ils doivent veiller à la stabilité monétaire, [à l'inflation](#) mais aussi à la croissance, même si cet objectif n'est pas officiel pour [la Banque centrale européenne](#). Et ils s'ajoutent encore d'autres missions, comme assurer le financement de la transition climatique, comme l'a affirmé récemment Christine Lagarde.

Est-ce parce qu'ils ont beaucoup plus de missions qu'avant que la principale, la lutte contre l'inflation, a été prise en défaut ? Peut-être. Toujours est-il que l'on assiste en la matière à une Grande Erreur, curieusement assez largement passée sous silence par les observateurs. Depuis dix mois aux Etats-Unis, douze mois en Europe, les banquiers centraux nous expliquent que l'inflation ne va pas arriver, qu'elle ne va pas se prolonger, qu'elle est conjoncturelle et certainement pas structurelle, qu'elle est limitée aux Etats-Unis... et puis ils ont dû reconnaître des deux côtés de l'Atlantique qu'elle était structurelle, qu'elle risquait de durer et qu'ils ne l'avaient pas vu venir.

Bref, une magistrale faute d'analyse qui est due en partie, il faut le reconnaître, à [la guerre d'invasion de la Russie en Ukraine](#) qui a fait dérailler les prix de l'énergie et de certaines denrées alimentaires.

Injures. Les banquiers centraux sont maintenant pris entre le marteau de l'inflation et l'enclume de la hausse des taux d'intérêt. On annonce d'ailleurs [des perspectives de récession pour la fin de l'année](#). Alors, que faire ? Reconnaître ses erreurs peut-être : [Larry Summers](#) prévenait dès le printemps 2021 que le plan de relance de Joe Biden était disproportionné. Il s'était fait agonir d'injures par les tenants de la relance à tout prix qui se font aujourd'hui plus discrets.

Ensuite, il faut remonter les taux. Oui, mais jusqu'où ? Les taux américains sont de 3,1 % à dix ans avec une inflation deux fois supérieure, c'est très peu. En Europe, l'écart est encore plus grand : le Bund allemand est à 1,3 % quand l'inflation dépasse 8 %. Et [la fermeture provisoire de la Chine](#) a fait ralentir la hausse des matières premières mais son redémarrage va relancer l'inflation. Faut-il un atterrissage en douceur ou en catastrophe afin de juguler une bonne fois pour toutes le phénomène ?

Les responsables politiques eux veulent limiter au maximum les effets de la hausse des prix sur les populations : en France, on compense les hausses, aux Etats-Unis on tente de persuader les Saoudiens de relancer la production de pétrole, quitte à faire une visite protocolaire à [Mohamed Ben Salman](#). Dans un cas, la compensation ne sera pas durable. Dans l'autre, elle aura un prix qui ira au-delà du retour en grâce du prince saoudien.

Dans tous les cas, il faudra tirer le bilan de cette politique : les politiques monétaires ultra-accommodantes utilisées depuis 2008 ne produisaient qu'une inflation des actifs, au grand profit des investisseurs. Maintenant, le mauvais génie de l'inflation est sorti de sa boîte et le monde entier va payer.

Mais qui est responsable ?

10 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-kann-klimaneutralitaet-erreicht-werden-18156778.html?premium=0x81f60715912ec7054e3edc7381c5a0a8&GEPC=s5>

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:

Ökonomie der Versöhnung

VON NILS GOLDSCHMIDT UND ARND KÜPPERS

-AKTUALISIERT AM 10.07.2022-14:29



Viele glauben, dass Klimaschutz nur durch Verzicht und Verbote gelingen kann. Das spaltet. Zu einem Projekt wird die Transformation nur, wenn sie so weit wie möglich auf marktwirtschaftliche Konzepte setzt. Ein Gastbeitrag.

Vor 75 Jahren, im Jahr 1947, erschien Alfred Müller-Armacks Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“. Hier verwendete der Ökonom zum ersten Mal die Wortverbindung „Soziale Marktwirtschaft“ – das Attribut „sozial“ schon damals mit großem „S“ geschrieben.

Der Erzählung nach kam dem Protestanten Müller-Armack die Idee zu dem Begriff hinter katholischen Klostermauern im beschaulichen Ort Vreden, nahe der holländischen Grenze, wohin seine Forschungsstelle von der Universität Münster ausgelagert worden war. Er und seine Mitstreiter verbanden mit dem Begriff kein bloßes Wirtschaftsprogramm für den materiellen Wiederaufbau Deutschlands, sondern sie verfolgten darüber hinausgehende sozioethische Ziele.

Sie waren sich bewusst, dass es nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Verwerfungen gewesen waren, die die Weimarer Republik hatten erodieren lassen und am Ende zugrunde richteten. Dazu gehörten vor allem die Kartellierung und die Vermachtung der Wirtschaft, die den Wettbewerb unterminiert und auf diese Weise dazu beigetragen hatten, die aus dem Kaiserreich überkommenen sozialen Hierarchien zu verfestigen.

Erhard wollte Ressentiment zwischen Arm und Reich überwinden

Ludwig Erhards Slogan „Wohlstand für alle“ war Ausdruck des politischen Willens, diese Verkrustungen aufzubrechen. In seinem gleichnamigen Bestseller von 1957 schreibt der erste Bundeswirtschaftsminister unter der Überschrift „Der rote Faden“: „Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden.“

So sollte „auch endlich das Ressentiment zwischen ‚arm‘ und ‚reich‘ überwunden werden“. Das Projekt war somit klar umrissen: Wohlstand, der allen zugutekommt, wird auch die Gesellschaft zusammenführen.

Die **Soziale Marktwirtschaft** beinhaltet damit von Anfang an die Idee einer Ökonomie der Versöhnung – einer Versöhnung von widerstreitenden sozioökonomischen Interessen wie auch von unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Müller-Armack sprach – in Anlehnung an das griechische Wort eirēnē (Frieden) – von einer „irenischen Formel“.

Soziale Marktwirtschaft wird zur Friedensformel der BRD

Diese irenische Formel ging auf. Der rasante Wirtschaftsaufschwung führte dazu, dass das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für viele schnell in Erfüllung ging. Das galt zuallererst für die Beschäftigten und ihre Familien. Deren Realeinkommen überschritt schon 1950 das Vorkriegsniveau.

Die Zahl der Arbeitslosen sank in den 1950er Jahren kontinuierlich; 1960 herrschte in Deutschland Vollbeschäftigung. Die Rentenreform von 1957 schließlich beseitigte das Problem der Altersarmut und sorgte dafür, dass auch die Rentnerinnen und Rentner an den Wohlstandsgewinnen teilhatten. Vom anfänglich kontroversen wirtschaftspolitischen Konzept wandelte sich die Soziale Marktwirtschaft binnen weniger Jahre zur bundesrepublikanischen Konsens- und tatsächlichen Friedensformel.

Seit geraumer Zeit allerdings ist das irenische Einvernehmen der Sozialen Marktwirtschaft brüchig geworden, und die allgemeine Stimmung wird unversöhnlicher. Angesichts der notwendigen ökologischen Wende hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft vertrauen viele scheinbar nicht mehr auf das Innovationspotential und die Selbststeuerungskraft freier Märkte.

Postwachstumsökonomie vereint mehr Anhänger als schrittweise Transformation

Irritierenderweise sind es nicht die Konzepte einer schrittweisen Transformation hin zu einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft, die von der jungen Klimabewegung bis zu der bürgerlichen Mittelschicht viele begeistern, sondern es ist die von einer Verzichts- und Verbotslogik geprägte Utopie einer Postwachstumsökonomie.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung über diese und andere Themen wird rauer. Klimaprotestler seilen sich von Autobahnbrücken ab oder kleben sich im städtischen Berufsverkehr auf dem Straßenasphalt fest, um ein radikales Exempel zu bieten für das, was aus ihrer Sicht die einzige Option ist, um die Welt zu retten: eine Vollbremsung des globalen Wirtschaftskreislaufs.

Aber auch wenn es nicht um die Verhinderung des Weltuntergangs geht, werden die Forderungen nach einer Zurückdrängung der Marktwirtschaft und nach mehr Staatsinterventionen lauter. Angesichts von Wohnungsmangel und stark gestiegenen Mieten sprach sich in Berlin bei einem Volksentscheid eine satte Mehrheit von 56,4 Prozent für die Enteignung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia aus. Ausgerechnet in Berlin – als ob man dort nicht hinreichend Erfahrung mit den Problemen staatlicher Wohnraumbewirtschaftung gemacht hätte.

Das Thema Energie kann den Zusammenhalt gefährden

Weitere Beispiele für einen schleichenden Vertrauensverlust in die wohlfahrtsförderliche Rolle von funktionierenden Märkten ließen sich anführen. Zum Teil erklärt sich das wohl aus der Dimension der Herausforderungen. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in den Metropolregionen ist ein reales Problem, das viele Menschen ängstigt und frustriert. Entspannung ist nicht in Sicht, im Gegenteil.

Steigende Energiekosten infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine, Inflation und ansteigende Bauzinsen sowie die klimapolitisch notwendige energetische Sanierung der Bestandsbauten werden das Wohnen noch weiter verteuern. Kaum jemand wird bestreiten, dass das zu einer echten Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden kann.

Ebenso wenig leugnet kaum jemand, dass der Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität die wohl größte Aufgabe unserer Epoche ist. Aber allein das Ausmaß der Herausforderungen bietet doch keine hinreichende Erklärung dafür, dass sich dreißig Jahre nach dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Satellitenstaaten bei nicht wenigen eine derart merkwürdige Sehnsucht nach staatlicher Lenkungswirtschaft breitmacht.

Die Marktwirtschaft hat ihre Stärke schon vielfach bewiesen

Statt Modelle aufzuwärmen, die in der Vergangenheit ein ums andere Mal gescheitert sind, sollte man sich doch wohl eher auf die Konzepte besinnen, die schon gezeigt haben, dass sie funktionieren.

Natürlich werden wir auch unsere Lebensweise ändern müssen, aber im Gefolge der Postwachstumsökonomie mit Nachdruck einen radikalen Wandel einzufordern wird viele, gerade am unteren Ende der Einkommensskala, eher verschrecken als aufrütteln.

Radikale Probleme brauchen nur selten radikale Lösungen. Mit anderen Worten: Es bedarf keiner Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft, sondern ihrer behutsamen Modernisierung. Auch Müller-Armack sprach von ihr als einer „evolutiven Ordnung“, in der es „immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit“.

Neue soziale Spannungen entstehen

Der Augenblick scheint dafür günstig zu sein. Im Sommer 2021 stellte das Institut für Demoskopie Allensbach eine so hohe Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft fest wie schon lange nicht mehr: 56 Prozent bekundeten eine positive Meinung zum deutschen Wirtschaftssystem. Im Jahr 2005 – auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen über Kanzler Schröders „Agenda 2010“ – war es nur noch eine Minderheit von 34 Prozent gewesen.

In der Corona-Pandemie hat sich jedoch gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft nach wie vor über starke sozial- und arbeitsmarktpolitische Instrumente verfügt. Das hat den deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geholfen, im Schnitt deutlich besser durch die Pandemie zu kommen als viele ihrer Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern.

Gleichzeitig sind durch die Pandemie aber auch neue soziale Spannungen sichtbar geworden. Die drohende Überlastung von Intensivstationen und Krankenhäusern, verschobene Operationen oder Krebstherapien und auch schlicht leere Supermarktregale haben den Menschen dramatisch vor Augen geführt, wie sehr ihre Sicherheit und ihre alltägliche Versorgung von der Arbeit in der Krankenpflege, im Einzelhandel oder im Transportwesen, bei Polizei und Feuerwehr abhängen.

Unzufriedenheit zu verschiedenen Themen vermischt sich miteinander

Die dort Beschäftigten wiederum beklagen inzwischen unüberhörbar, dass diese „Systemrelevanz“ in einem frappanten Missverhältnis zu einer unzureichenden gesellschaftlichen Wertschätzung ihrer Arbeit steht. Diese Klage richtet sich nicht allein auf die oftmals schlechte Bezahlung, sondern auch auf die allgemeinen Arbeits- und Rahmenbedingungen. Das alles vermischt sich mit den oben erwähnten Konfliktlinien.

Wenn der Krankenpfleger, der im Schwabinger Krankenhaus die Patienten versorgt, oder die Polizistin, die im Frankfurter Westend Streife geht, für sich und ihre Familien keinen bezahlbaren Wohnraum im gut erreichbaren Umfeld ihrer Arbeitsplätze finden, wird das als Ausdruck dieser mangelnden gesellschaftlichen Achtung empfunden.

Wenn sich zudem Energie und Mobilität derart verteuern, dass die weite Anfahrt zur Arbeit auch noch sehr kostspielig wird, oder man tagtäglich mit dem öffentlichen Personennahverkehr kämpft, sorgt das für zusätzliche Frustration.

Früher haben alle an Wohlstandsgewinnen teilgehabt

In diesen Beispielen zeigt sich auch, dass soziale Diskurse und Konflikte heutzutage vielschichtiger sind als noch in den Anfangsjahren der Sozialen Marktwirtschaft. Damals ging es um den Wiederaufbau eines materiell und moralisch völlig am Boden liegenden Landes. Die gesellschaftliche Versöhnung gelang seinerzeit schon allein dadurch, dass so gut wie alle an den gewaltigen Wohlstandsgewinnen partizipierten.

Das allerdings war eine historische Ausnahmesituation. Heute sind die Verteilungsspielräume deutlich kleiner und werden vor dem Hintergrund der globalen Krisen weiter abnehmen. Verteilungsfragen werden in den kommenden Jahren trotzdem zu einem bestimmenden Thema öffentlicher Debatten werden. Aber gerade deswegen wäre es eine Illusion zu glauben, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nach wie vor allein durch ein Mehr an materieller Umverteilung gestärkt und gesichert werden könnte.

In Zeiten, in denen viele sich bereits jetzt von den unaufhaltsamen und rasanten Änderungen der Arbeits- und Lebenswelt überfordert fühlen, braucht es einen sozial- und gesellschaftspolitisch verträglichen und in der Breite akzeptablen Wandel unseres institutionellen Gefüges, der Menschen das Gefühl gibt, auch in Zukunft Teil der Gesellschaft zu sein. Anders wird es nicht glücken, den notwendigen Umbau gemeinsam voranzubringen und demokratisch zu legitimieren.

Identitätsdebatten sind Zeichen eines Ringens um Anerkennung

Der Sozialphilosoph Axel Honneth hat schon vor dreißig Jahren die moralische Grammatik sozialer Konflikte in Anlehnung an Hegel als „Kampf um Anerkennung“ rekonstruiert. Diese Analyse ist heutzutage noch treffender als damals. Das spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, welche großen Raum identitätspolitische Fragen im aktuellen Diskurs einnehmen.

Seien es Genderfragen, Debatten über Migration und Multikulturalität oder das Thema der Inklusion von Menschen mit Behinderung – immer geht es im Kern darum, dass Menschen als Angehörige einer Gruppe mit bestimmten identitären Merkmalen für sich die gleichberechtigte soziale Anerkennung einfordern.

Dieses Kernanliegen stößt – unbeschadet der Hitzigkeit, in der solche Debatten oft geführt werden, und trotz der seltsamen Blüten, die sie bisweilen treiben – durchaus und zu Recht auf das Verständnis und die Zustimmung einer breiten Mehrheit.

Konflikte sind nicht immer mit Geld zu lösen

Daraus ergeben sich Fragen, die nicht mehr allein mit Geld beantwortet werden können. Ökonominen und Ökonomen sollten sich angesichts dessen allerdings nicht vorschnell für unzuständig erklären – zumindest dann nicht, wenn sie ihr Fach auch als Gesellschaftswissenschaft begreifen, die im Austausch mit den anderen Sozial- und Humanwissenschaften steht und Probleme in der Realität lösen will. Müller-Armack hat diesen interdisziplinären Austausch intensiv gepflegt und die konkrete politische Umsetzung nicht gescheut.

Die Soziale Marktwirtschaft war für ihn integraler Bestandteil eines umfassenderen Programms sozialer Irenik. Möchte man dieses irenische Programm heute bewahren und fortentwickeln, ist die Formel „Wohlstand für alle“ wohl nicht mehr hinreichend. Stattdessen müsste es eher heißen: „Anerkennung für alle“ – Anerkennung, die sich nicht bloß in materieller, sondern in umfassender Teilhabe an den Lebensvollzügen der Gesellschaft niederschlägt.

Einer praktischen Weltaufgabe stellte sich Müller-Armack

Müller-Armack verglich die Zustände seiner Zeit mit jenen der verheerenden Religionskriege des 17. Jahrhunderts, und seine Idee der sozialen Irenik entlehnte er den Schriften der „Ireniker“ dieser Epoche, die die Konflikte der Konfessionen überwinden wollten.

Er war deshalb der festen Überzeugung, dass Versöhnung und gesellschaftlicher Frieden sich nicht gleichsam von selbst einstellen würden, sondern nur in einer „irenischen Zusammenführung“ der verschiedenen Gruppen und Parteien zu einer „praktischen Weltaufgabe“. Diese Weltaufgabe war seinerzeit der Wiederaufbau.

Könnte heute nicht die Herausforderung der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität genauso verstanden werden: als praktische Weltaufgabe, als ein gemeinsames Projekt, das die Gesellschaft zusammenführt?

Der Kampf für Klimaneutralität könnte einende Kraft haben

Wahrgenommen wird sie oftmals nur als Bedrohung von Wohlstand, als Überforderung im Alltag, als Ursache neuer Verteilungskämpfe und sozialer Spaltung. Auf der Linie von Müller-Armacks Idee sozialer Irenik hingegen müsste sie als eine Aufgabe begriffen werden, die in der gemeinsamen Anstrengung zusammenführen und vereinen kann.

Voraussetzung dafür ist, dass auch die Sozial-ökologische Marktwirtschaft als Ökonomie der Versöhnung gedacht und gestaltet wird – Versöhnung nicht nur mit der Natur, sondern auch Versöhnung der Menschen untereinander. Dafür muss die Transformation nicht nur als ordnungspolitische, sondern auch als ordnungsethische Aufgabe erkannt werden.

Ordnungspolitik heißt in diesem Fall, die klimapolitischen Ziele so weit wie möglich in das Preissystem zu übersetzen und des Weiteren auch auf diesem Feld den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu nutzen, statt staatlicherseits bestimmte technische Lösungen vorzugeben.

Daher ist es beunruhigend, wie wenig es der Wirtschaftswissenschaft gelingt, wohlerwogene und erprobte umweltökonomische Instrumente gerade einer jüngeren Generation zu vermitteln. Die ordnungsethische Mindestforderung ist, dass die sozialen Lasten dieser Transformation von Anbeginn mitbedacht und fair verteilt werden, um so soziale Spaltungen zu verhindern.

Und um solchen Spaltungen zuvorzukommen, müssen auch unsere Wohn- und Lebensräume in den Blick genommen werden – und das nicht nur angesichts steigender Kosten. Die Segregation in Städten und die Verödung von ländlichen Räumen sind auch gesellschaftlich bedenklich.

Kommunen sind soziale und demokratische Lernorte. Im Sinne der Idee sozialer Irenik muss es das umfassende ethische Ziel sein, dass analog zur Gemeinsamkeit der Anstrengung auch die Partizipation aller an – materiellen und immateriellen – Wohlstandseffekten einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft sichergestellt wird. Das wäre ein versöhnendes und sinnstiftendes Friedensprojekt für das 21. Jahrhundert.

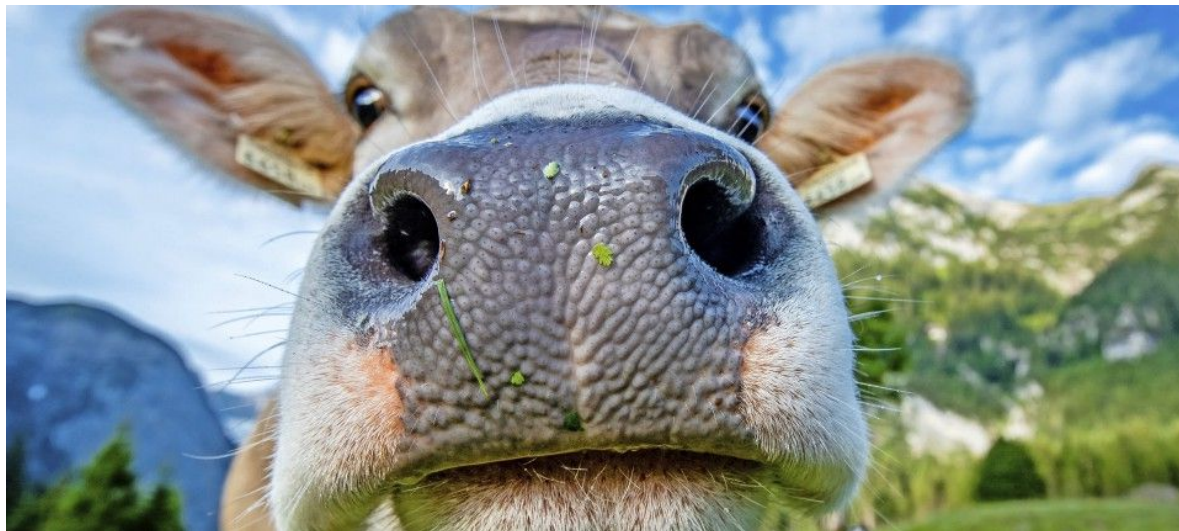
10 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hafermilch-warum-die-alternative-zur-kuhmilch-dem-klima-schadet-17973923.html?premium=0x6cf4a3e8ef8e8bc23bdef65334bf296&GEPC=s5>

ALTERNATIVE ZUR KUH?:

„Hafermilch ist keine Lösung“

- VON SEBASTIAN BALZTER
- -AKTUALISIERT AM 08.07.2022-15:44



Kann Hafermilch gegen die Klimakrise helfen? Der Agrarwissenschaftler Wilhelm Windisch über verschwenderische Veganer, effiziente Kühe und den Irrsinn mit dem Laborfleisch.

Ich finde Hafermilch grundsätzlich gut, Farbe und Geschmack sind in Ordnung. Wer das für seinen Kaffee mag, soll es meinetwegen im Supermarkt kaufen. Aber nur, wenn die Hafermilch professionell erzeugt wurde. Und solange wir sie als Ergänzung zur Milch von der Kuh betrachten, nicht als einen Ersatz. Sie hat mit Milch eigentlich nichts zu tun. Sie enthält viel weniger Eiweiß, und sie ist ein Endprodukt der Lebensmittelerzeugung. Milch dagegen ist ein Primärprodukt der Tierhaltung, das zu Käse, Joghurt und noch vielen anderen Lebensmitteln verarbeitet werden kann.

Geht es nicht gerade darum, die Viehhaltung mit ihren Folgen für Klima, Umwelt und Tierwohl abzuschaffen?

Nein. Für die Klimakrise ist Hafermilch keine Lösung, für das Problem der Welternährung auch nicht.

Aber für das Klima und die Welternährung ist die rein vegane Landwirtschaft doch viel besser.

Das ist ein Denkfehler. Sie übersehen dabei etwas Entscheidendes. Wenn Sie Milch mit Hafermilch ersetzen, dann vermehren Sie Ihren Konsum an veganer Biomasse auf Kosten der Tiere. Die Kühe fressen idealerweise Gras und Rückstände aus der Produktion pflanzlicher Lebensmittel. Das heißt, sie holen mehr aus der Biomasse heraus, als ohne sie für die Ernährung der Menschheit zur Verfügung stünde – weil ihr Verdauungstrakt wahre Wunder tut.



Wilhelm Windisch, Professor für Tierernährung an der TU München :Bild: privat

Wie bitte?

Die Viehhaltung, der zweite Kreislauf in der Landwirtschaft nach dem Pflanzenanbau, liefert uns praktisch umsonst zusätzlich eine große Menge an Kilokalorien und Eiweiß, und zwar mindestens so viel wie ein halbes Kilogramm veganes Lebensmittel. Das heißt: Wenn wir diesen zweiten Kreislauf weglassen, etwa indem wir komplett auf Hafermilch umstellen, dann müssen wir zum Ausgleich die vegane Produktion massiv erhöhen. Dann müssen die Schlepper mehr über die Felder fahren, es muss mehr Stickstoffdünger ausgebracht werden – und die CO₂-Emissionen steigen.

Das müssen Sie genauer erklären. Das Futter für die Kuh gibt es doch auch nicht ohne Emissionen.

Jetzt müssen wir kurz über Biologie reden. Die Wiederkäuer, zu denen die Kühe gehören, sind in der Evolution enorm erfolgreich. Sie überleben in Gegenden, in denen viele andere Tiere kein Futter finden. Das schafft die Kuh, weil sie einen Pansen voller Mikroorganismen hat. Die Kuh frisst nämlich gar kein Gras. Sie füttert vielmehr ihre Pansenmikroben mit Gras und frisst das, was die Mikroben daraus machen: verwertbare Abbauprodukte als Energiequelle und die Mikroorganismen selbst als hochwertiges Eiweiß. Das ist bei einer ordentlichen Milchkuh jeden Tag ein Putzeimer voll veganes Protein. Und das mit einem Futter, das der Mensch gar nicht essen kann! Dieses System ist so leistungsfähig, dass die Profis unter den Landwirten locker eine Kuh mit 6000 Litern Milch im Jahr füttern können, ohne dass sie dem Menschen auch nur eine Kilokalorie oder ein Gramm Eiweiß weggefressen hat.

Weidehaltung genügt dafür nicht. Woher kommt das Futter?

Doch, professionelle Weidehaltung schafft das durchaus. Der springende Punkt ist die große Menge an nicht essbarer Biomasse, die auch bei der Produktion an veganen Lebensmitteln anfällt. Das ist nicht etwa nur das Stroh, das bei der Ernte zurückbleibt. Auch bei der Verarbeitung von Getreide zu Mehl und bei der Gewinnung von Öl aus Raps bleiben hervorragende Futtermittel übrig. Wenn wir das komplett nutzen, können wir locker zwei Drittel unserer derzeitigen Milchproduktion aufrechterhalten, ohne extra Futter anbauen oder importieren zu müssen. Dann könnten wir auf die Milchkartons ein Siegel drucken: ohne Nahrungsmittelkonkurrenz. Das wäre ideal.

Wäre es dann auch kein Klimafrevel, [Rindfleisch](#) zu essen?

Natürlich nicht. Milchproduktion ist effizienter als Fleischproduktion. Aber wo man Kühe melkt, hat man automatisch Rindfleisch. Und in abgelegenen Gegenden, wo es an Technik und Infrastruktur für die Milchviehhaltung fehlt, ist die Fleischproduktion die einzige Möglichkeit, das Weideland zu nutzen.

Woran hakt es dann? Warum wird immer noch so viel Soja und Getreide ans Vieh verfüttert?

Etwa die Hälfte des weltweit gehandelten Futters besteht jetzt schon aus Nebenprodukten der Lebensmittelindustrie. Aber da geht noch viel mehr, wenn die Industrie konsequent mitmacht. Einfach nur landwirtschaftliche Ernteprodukte zu veganer Nahrung zu verarbeiten, ist überkommene Denke aus der linearen Wirtschaft. Heute brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, und die Lebensmittelindustrie ist ein wichtiger Teil davon. Die Nebenprodukte der veganen Lebensmittel sind kein Abfall, sondern wertvolles Futter für Nutztiere. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns doch auf schmerzhaft Weise, dass Biomasse das Wertvollste ist, was wir haben auf unserem Planeten! Am wichtigsten ist die Produktion von veganer Nahrung, logisch. Aber dann bleibt so wahnsinnig viel nicht Essbares übrig. Das müssen wir transformieren in Nahrung, und dafür sind die Wiederkäuer unschlagbar. Die Alternative ist, diese Biomasse als Biodiesel oder Biogas zu verbrennen. Verschwendung! Noch schlimmer wäre es, sie auf dem Feld verrotten zu lassen, also eine völlig vegane Landwirtschaft.

Hört sich doch prima ökologisch an. Was ist daran falsch?

Am Ende zerfallen Klee gras, Stroh und die Rückstände zu den gleichen Endprodukten, ob im Boden oder im Pansen der Kuh. Aber mit der Kuh dazwischen habe ich die Biomasse verwertet, ohne sie nicht. Nutztiere produzieren aus etwas nicht Essbarem etwas Essbares. Darauf kommt es an.

Wer sich gesund ernähren will, isst Vollkornbrot. Da wird das ganze Korn genutzt, es bleibt viel weniger Biomasse in der Mühle übrig.

Die Kleie kann ich zwar essen, richtig, aber dann scheide ich sie ohne Verwertung größtenteils wieder aus. Vom Gesichtspunkt der Nahrungsmittelfizienz gesehen, ist das Verschwendung. Die Ballaststoffe, für die Vollkornmehl immer so gelobt wird, kann ich viel besser aus Gemüse holen. Dann kann ich die Kleie an Tiere verfüttern und gewinne zusätzliche Kalorien. Gebt dem Tier, was des Tieres ist!

Das heißt, der Vollkornbrotesser ist der Sünder, nicht der Milchtrinker?

Ja, genau! Es kommt noch etwas dazu, von den Kalorien abgesehen. In der Kleie stecken drei Viertel des Phosphors, das dem Feld mit der Ernte des Getreides entzogen wurde. Wenn ich die Kleie esse, dann landet der Phosphor in der Kläranlage, und der Landwirt muss das Feld mit umso mehr davon düngen, und zwar aus fossilen Quellen. Schon wieder Verschwendung! Viehhaltung sorgt dafür, dass dieser Phosphor über den Stallmist wieder zurück aufs Feld kommt. Wir sehen jetzt schon, dass viele Felder im Nordosten von Deutschland, die ohne Vieh bewirtschaftet werden, an Phosphor verarmen. Da muss dringend wieder Tierhaltung her, sonst werden die Erträge sinken.

Sie tun so, als wären Ihnen die Kühe heilig. Dabei stoßen die so viel Methan aus, das dem Klima schadet.

Das stimmt, das Methan ist der einzige Wermutstropfen. Darauf entfallen rund 4 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Und diesen Methanausstoß werden wir den Kühen nicht austreiben können. Das liegt wieder an der Biologie. Die Mikroben im Pansen arbeiten viel schneller als die beste Biogasanlage. Aber dafür braucht es immer einen kleinen Teil an Methan, damit dieser Hochleistungsfermenter nicht in die Bildung von Alkohol umkippt. Das Methan ist gewissermaßen die Lebensversicherung für die Kühe.

Hilft es, wenn wir sie anders füttern?

Die Bildung von Methan ist ein über Millionen von Jahren optimierte System. Man kann in gewissen Grenzen Einfluss darauf nehmen, aber das muss man sehr vorsichtig machen. Sonst geht der Schuss nach hinten los. Viel einfacher und sicherer ist es, die Effizienz der ganzen Herde zu verbessern. Wenn man auf Tiergesundheit und Tierwohl achtet, dann können die Kühe ein oder noch besser zwei Jahre länger Milch geben. Schon sinkt die Methanbildung je Kilo Milch um bis zu 20 Prozent.

Und der Rest bleibt übrig?

Ja. Aber das eigentliche Problem ist nicht das Methan, sondern das Kohlendioxid aus fossilen Energiequellen. Die Landwirtschaft hat eine wunderbare Möglichkeit, damit umzugehen. Sie kann sogenannte CO₂-Senken schaffen, die das Gas binden. Grünland ist so eine Senke. Vom Klee gras als Futter war ja schon die Rede. Es hat aber auch eine phänomenale Kohlenstoffbindung. So kann die Viehhaltung zumindest einen Teil ihrer CO₂-Bürde wieder loswerden.

Und welche Konzepte für die vegane Zukunft bietet die [Biolandwirtschaft](#)?

Die Biolandwirte brauchen die Nutztiere doch am allermeisten! Damit sich die Bodenfruchtbarkeit erholt, muss auf einem Getreideacker in der Biolandwirtschaft alle vier Jahre Klee gras oder ein anderes Grünfütter angesät werden. Sonst wäre viel zu viel Stickstoffdünger nötig. Das heißt, es fallen 20 Prozent der Produktionsfläche für vegane Lebensmittel aus. Und wer kann die gewaltigen Mengen an Biomasse verarbeiten, die auf diesen Flächen währenddessen wachsen? Die Kuh.

Was halten Sie von der Idee, wegen des Kriegs in der [Ukraine](#) und drohender Lebensmittelknappheit die Ausbauziele für die Biolandwirtschaft aufzugeben? Führt das zu mehr Ertrag?

So einfach ist das nicht. Wenn wir nur die Ernte eines Jahres vergleichen, dann wird sie auf einem konventionell bewirtschafteten Feld vielleicht 20 oder 30 Prozent größer ausfallen. Aber langfristig, über die gesamte Fruchtfolge betrachtet, schneidet Bio nicht so schlecht ab. Das Klee gras, das der Biolandwirt alle vier Jahre aussät, hat ja eine Wirkung. Danach kann er auf demselben Feld stark zehrende Kulturen anbauen, ohne Stickstoff düngen zu müssen, im Extremfall sogar Mais. Das spart Emissionen. Ein vorbildlicher Biobetrieb ist in der Summe daher vielleicht nicht viel schlechter als ein vorbildlich geführter konventioneller Betrieb.

Aber ist das genug, um die Weltbevölkerung zu ernähren?

Wir müssen in Zukunft überall dort pflanzliche Nahrung für Menschen erzeugen, wo es geht. Stellen Sie sich die landwirtschaftliche Nutzfläche der ganzen Welt als ein Fußballfeld vor. Dann ist nicht einmal der Strafraum als Acker nutzbar. Deshalb ist es so wichtig, die Tierhaltung ohne Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu organisieren. Mit Wiederkäuern geht das gut, mit Hühnchen nicht, die brauchen anderes Futter. Wir werden aber auf jeden Fall weniger Fleisch essen und auch weniger Milch trinken als heute.

Oder wir gewinnen Fleisch und Milch in Zukunft sauber aus dem Labor, ohne dass dafür ein einziges Tier gehalten werden müsste.

Das ist leider auch keine Lösung, im Gegenteil. Die Laborfleischerzeugung ist eine regelrechte Vernichtungsmaschine für vegane Lebensmittel. Was da passiert, ist nur eine andere Form der Nutztierhaltung – mit sehr hohem Aufwand. Die Zellkulturen müssen Sie im Labor steril halten, Sie müssen sie vor Krankheiten schützen, Sie müssen die Leber- und Nierenfunktion erfüllen – all das, wofür die Evolution im Tierreich schon überzeugende Lösungen gefunden hat. Und Sie müssen diese einzelligen Nutztiere im Labor auch füttern. Dafür nimmt man das höchstwertige vegane Futter, das Sie sich vorstellen können, nämlich reine Glukose, dazu Amino- und Fettsäuren. Das ist wie die Ernährung für schwerkranke Menschen im Krankenhaus. Anders gesagt: Mit Laborfleisch haben wir nichts gewonnen, außer dass wir dafür kein Tier schlachten müssen.

Eingangs haben wir über Hafermilch gesprochen. Warum ist es Ihnen so wichtig, dass sie aus dem Supermarkt kommt statt aus der Eigenproduktion?

Weil das überhaupt das Schlimmste ist, was man dem Hafer antun kann. Schauen Sie sich die Rezepte dafür an. Es läuft immer darauf hinaus, dass Sie zwei Drittel vom Hafer nachher wegschmeißen. Dabei ist das wunderbares Tierfutter.

7 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/der-glaube-schwindet-die-theologie-geraet-unter-druck-18149839.html?premium=0x1f25da4c58c986e6599507e5ff2db28b&GEPC=s5>

MITGLIEDERRÜCKGANG DER KIRCHEN:

Theologie unter Legitimationsdruck

VON JAN-HEINER TÜCK, HELMUT HOPING

-AKTUALISIERT AM 07.07.2022-20:12



Der Mitgliederrückgang in den Kirchen setzt die Theologie unter Reformdruck. Auf staatliche Schutzgarantien kann sie sich nicht mehr verlassen. Ein Gastbeitrag.

Die Transformationsprozesse moderner Gesellschaften, die Soziologen als Individualisierung, Pluralisierung und Fragmentierung beschreiben, haben die Erosion kirchlicher Bindungen beschleunigt. Die Abwendung von den Kirchen hat ihre Ursachen aber nicht allein in Säkularisierungsschüben und dem Glauben als eine „Option“ (Hans Joas), sondern ebenso in anhaltenden Modernitätskonflikten. Überdies haben der Skandal sexuellen und geistlichen Missbrauchs durch Priester sowie seine Vertuschung zu einem dramatischen Ansehensverlust der katholischen **Kirche** geführt, der sich inzwischen auch auf die Zahl der Theologiestudierenden auswirkt. Anlass genug, in einer Zeit, in der das Verhältnis von Kirche und Staat politisch hinterfragt wird, sich Gedanken über die Zukunft der Katholischen Theologie und ihren Ort in der Universität zu machen.

Theologische Fakultäten haben es, nimmt man den Theologiebegriff ernst, mit Gott zu tun oder – anthropologisch gewendet – mit dem Glauben an ihn und seiner Offenbarung. Theologie im konfessionellen Sinne zu betreiben, ohne zu glauben, dass Gott existiert und sich den Menschen durch Offenbarung zu erkennen gegeben hat, ist ein hölzernes Eisen. Religionswissenschaftler und Religionssoziologen können sich ihrem Gegenstand aus der Beobachterperspektive nähern. Theologen nehmen hingegen eine Beteiligtenperspektive ein, die den Glauben der Bekenntnisgemeinschaft von innen her mitvollzieht. Sofern Theologen dem Programm der *fides quaerens intellectum* folgen, setzen sie den Glauben voraus, dessen Geschichte, Inhalt und Vollzug sie mit wissenschaftlichen Methoden zu verstehen suchen. In der bekenntnisgebundenen Theologie geht es um die zeitgemäße Explikation der Sinngehalte des Glaubens, seiner symbolischen Praktiken und ethischen Orientierungen im Dienst an der Kirche. Im öffentlichen Raum versteht sich die Theologie als Anwältin des Unverzweckbaren und einer Hoffnung auf Rettung und Heil über alle säkularen Heilsversprechen hinaus. Als wissenschaftliche Reflexion des Glaubens unterscheidet sie sich von Predigt und Verkündigung.

Seit dem Mittelalter ist der Ort der Theologie die Universität. Theologische Fakultäten dienen nicht nur der Ausbildung katholischer Priester und evangelischer Pfarrer und Pfarrerrinnen, sondern bilden auch für unterschiedliche kirchliche und pastorale Berufe und das Lehramt an Schulen aus. Derzeit gibt es in Deutschland dreißig Theologische Fakultäten, elf für Katholische Theologie, neunzehn für Evangelische Theologie. Die Auslastungskapazität, die in den Achtzigerjahren ihren Höhepunkt

erreichte, beträgt heute an vielen Standorten deutlich unter fünfzig Prozent, was den Legitimationsdruck auf die Theologischen Fakultäten erhöht. An den Katholisch-Theologischen Fakultäten kam es zu einem dramatischen Einbruch bei den Priesterkandidaten. Wurden 1995 in den insgesamt 27 katholischen (Erz-) Diözesen noch 154 Männer zu Priestern geweiht, waren es im Jahr 2021 nur noch 62 (davon 48 Weltpriester und 14 Ordenspriester). In manchen Bistümern sind bereits Jahre ohne jede Priesterweihe zu verzeichnen. Pessimistische Prognosen sprechen von einer sich abzeichnenden „Nulllinie“. Zwar werden an den Universitäten Bamberg, Bochum, Passau und Würzburg seit mehreren Jahren keine Priester mehr akademisch ausgebildet. Allerdings wurde der Ruf nach einer weiteren Konzentration der Standorte für die Priesterausbildung laut.

Schwund der Priesterkandidaten

Eine Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz machte vergangenes Jahr den Vorschlag, die Priesterausbildung auf die Standorte Münster, Mainz bzw. Frankfurt (Hochschule der Jesuiten) und München zu konzentrieren, stieß damit aber auf deutlichen Widerspruch. Die Bischöfe von Augsburg, Paderborn, Erfurt, Regensburg und Rottenburg-Stuttgart erklärten, ihre Priesterausbildung an den Fakultäten in ihren Bistümern weiterführen zu wollen. Der Fuldaer Bischof Michael Gerber, Leiter der Arbeitsgruppe, gab schließlich bekannt, dass künftig an zehn Standorten, inklusive der Katholischen Universität Eichstätt und der Jesuitenhochschule, Priesterkandidaten, ausgebildet werden. Damit war der Vorstoß zu einer signifikanten Reduktion der Standorte gescheitert.

Unter dem Dach der Fakultäten für Katholische Theologie versammelt sich heute ein vielfältiges Ensemble von biblischen, historischen, systematischen und praktischen Disziplinen. Die Pluralität der theologischen Fächer ermöglicht eine umfassende Bildung, wie sie kaum ein anderes Universitätsstudium bietet. Sie birgt aber auch die Gefahr der Diffusion und wirft die Frage auf, worin die inhaltliche Mitte der Theologie besteht. Zwar gibt es die christliche Hermeneutik des Unendlichen nur in endlichen Interpretationen, angesichts der inhaltlichen Bestimmtheit des überlieferten Glaubens können diese aber nicht beliebig sein. Hier kann es zu Spannungen kommen.

Wenn etwa die historisch-kritisch arbeitende Exegese den Glauben an Jesus als Messias und Sohn Gottes zur nachösterlich-gemeindlichen Ideenproduktion erklärt, entzieht sie dem christologischen Dogma ihre Grundlage. Wenn die Praktische Theologie für sich ein Verständnis von Theologie reklamiert, das von Schrift und Tradition weithin absieht und die sogenannten Zeichen der Zeit unter Rekurs auf humanwissenschaftliche Erkenntnisse zum normierenden Ausgangspunkt theologischer Reflexionen nimmt, ergeben sich ebenfalls Spannungen. Postmoderne Philosophien und Humanwissenschaften, aber auch Kunst und Literatur können das zeitdiagnostische Sensorium schärfen und auf gesellschaftliche Suchbewegungen aufmerksam machen. Werden diese externen Erkenntnisorte allerdings zu neuen Offenbarungsquellen aufgewertet, sind Umwertungen des kirchlichen Bekenntnisses vorprogrammiert.

Kognitive Dissonanzen existieren auch zwischen der Theologie und dem Lehramt der Kirche. Im Namen der Wissenschaftsfreiheit gibt es verstärkt Emanzipationsbestrebungen weg vom kirchlichen Lehramt. Das ist einerseits verständlich, hat es doch in der Geschichte wiederholt lehramtliche Domestizierungen gegeben, die das Verhältnis zwischen Wissenschaft, Theologie und Kirche schwer belastet haben. Insofern hat die Theologie eine unerlässliche Korrektivfunktion gegenüber der Kirchenleitung. Andererseits ist Wissenschaftsfreiheit in einer bekenntnisgebundenen Theologie anders zu buchstabieren als etwa in der Kulturwissenschaft. Ab den Achtzigerjahren wurde die Kritik an päpstlichen Einlassungen und Entscheidungen derart pointiert vorgetragen, dass der Eindruck tiefgreifender Dissense zwischen Theologie und Lehramt aufkam. Der öffentliche Religionsintellektuelle, der kritisch gegen vermeintlich beratungsresistente Repräsentanten des römischen Lehramtes Position bezieht, ist seit den Debatten um [Hans Küng](#) eine beliebte Figur, die von den Medien gern zum Zwecke der Dissonanzverstärkung präsentiert wird.

Fakultäten auf dem Prüfstand

In dieses Bild passt auch die Positionierung der akademischen Theologie in Verbindung mit dem „Synodalen Weg“ der **katholischen Kirche** in Deutschland. Immer stärker beanspruchen Theologen zu entscheiden, was authentische Glaubensüberlieferung ist und was nicht, während dem bischöflichen Lehramt nurmehr die Rolle zugewiesen wird, den festgestellten authentischen Glauben zu bezeugen. Ohne das Gespenst einer theologischen Expertokratie an die Wand malen zu wollen, die den Glauben an volatile wissenschaftliche Majoritätskonsense bindet, zeichnet sich im Verhältnis von Theologie und kirchlichem Lehramt derzeit eine Kompetenzverschiebung mit erheblichem Konfliktpotential ab. Den Theologen wird zusammen mit dem Glaubenssinn der Gläubigen die Aufgabe zugewiesen, die geforderten Schritte für eine nachholende Selbstmodernisierung der katholischen Kirche in Deutschland gegenüber den Bischöfen durchzusetzen. Bei der katholischen Kirche handelt es sich aber nicht um einen Zusammenschluss unabhängiger Nationalkirchen, die in Lehre und Disziplin ganz unterschiedliche Wege gehen könnten, sondern um eine Weltkirche, die in und aus Ortskirchen besteht und von der universalen Gemeinschaft der Bischöfe in der Einheit mit dem Bischof von Rom geleitet wird.

Unterstützung erhält die Reformagenda des „Synodalen Weges“ von einer Reihe von Politikern. Der theologische Richtungsstreit kann aber nicht auf dem Feld der Politik, sondern nur in der katholischen Kirche selbst ausgetragen und entschieden werden. Der Staat hat jedoch ein legitimes religionspolitisches Interesse daran, dass Theologie nicht allein in kirchlichen Einrichtungen gelehrt wird. Die Zahl der Theologischen Fakultäten an Universitäten ist freilich nicht in Stein gemeißelt. Wie Neugründungen im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert zeigen, ist sie von gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren abhängig. Vorbei aber ist die Zeit der Volkskirche und einer mehrheitlich christlich geprägten Gesellschaft. Inzwischen liegt der Anteil der Christen bei unter fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung. Und nach der Studie des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg wird sich die Zahl der Christen in den nächsten vier Dezennien noch einmal halbieren.

Vieles wird auf den Prüfstand kommen, neben Zuschnitt und Zahl der Theologischen Fakultäten auch die bisherige Form des Religionsunterrichts. Zusätzlich zum absinkenden Interesse am theologischen Vollstudium ist inzwischen auch ein Rückgang an Lehramtsstudenten mit dem Fach Katholische Religionslehre zu verzeichnen. An den Schulen wird es immer schwieriger, Klassen für den Religionsunterricht zu bilden, vielerorts kann der Unterricht nicht angeboten werden.

Neuausrichtung der Fakultäten

Angesichts des Unbehagens an der Immanenz unserer Moderne (Charles Taylor) sollte der religionsneutrale Staat das Angebot religiöser Orientierungen nicht gering schätzen. Der Wandel von einer christlich homogenen zu einer religionspluralen Gesellschaft spricht dafür, dem Religionsunterricht auf der Grundlage von Art. 7, Absatz 3 GG eine stärker interreligiöse Form zu geben. Ein solcher Unterricht, der fachlich kompetent in Geschichte, Glaube, Tradition und Kultur der drei großen monotheistischen Religionen einführt, könnte auch einen Beitrag zur Verständigung zwischen den Religionen leisten. Die konfessionelle Bindung darf dabei schon aus fachlichen Gründen nicht übersprungen werden. Denn um das Selbstverständnis religiöser Akteure angemessen zu erschließen, reicht eine religionswissenschaftliche oder religionssoziologische Perspektive, so hilfreich sie ist, nicht aus.

Es wäre an der Zeit, die Theologischen Fakultäten mit Augenmaß und schrittweise neu auszurichten. Lernen könnte man hier von den Divinity Schools und Faculties of Theology and Religion im angloamerikanischen Raum, auch wenn sie sich nicht einfach kopieren lassen. Neben der Profilierung und Spezialisierung in Forschung und Lehre – bis hin zu innovativen Bachelor- und Masterstudiengängen sowie Programmen im Bereich der Postgraduate Studies – bedarf es stärkerer, auch struktureller Kooperationen in der universitären Religionsforschung. Die Strategie, sich für den Fortbestand der Theologischen Fakultäten auf die Schutzwirkungen der Konkordate und Staatskirchenverträge zu berufen, kann angesichts des Umbruchs der religiösen Landschaft auf Dauer nicht erfolgreich sein.

6 juillet (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/pierre-vermeren-islam-politique-en-france-ce-que-nous-refusons-obstination-de-voir-20220706>

Le Figaro, jeudi 7 juillet 2022 2233 mots, p. 16

Débats

Islam politique en France : ce que nous refusons obstinément de voir

Normalien, agrégé et docteur en histoire, l'universitaire*, spécialiste des sociétés berbères et arabes contemporaines, estime que l'islam politique continue de progresser dans notre pays. Les attentats de 2015, s'ils ont reçu une réponse judiciaire satisfaisante, ont entraîné une onde de choc dans la société française et affaibli la capacité de résistance collective du pays sans qu'on en prenne une claire conscience, ce qui était leur objectif, argumente l'auteur.

Vermeren, Pierre

page 16

Le centre de Paris a vécu l'année au rythme du procès du Bataclan. Le boulevard du Palais, île de la Cité, a été fermé à la circulation pour protéger le Palais de justice de risques d'attentat. Le procès s'est déroulé dans le calme, en égrainant les horreurs de la nuit criminelle du 13 novembre 2015. Abdeslam a été condamné à la perpétuité. Selon les observateurs, ce procès-fleuve aux milliers de parties civiles a peiné à évoquer l'islam politique et sa composante djihadiste. La République s'est préoccupée de la dérive de ses « enfants » perdus en refoulant la matrice idéologique criminelle de Daech qui a conduit les assassins au « martyr » .

La France en a-t-elle fini avec cette séquence ? Le procès n'a pas eu d'effets collatéraux apparents. Les Français, grâce à leurs services de renseignements ayant repris la main, seraient protégés. Deux spécialistes se sont récemment exprimés au sujet de l'islam politique en France.

Gilles Kepel a expliqué que la phase criminelle des attentats s'étant révélée trop coûteuse pour les salafistes - dès lors que l'objectif de guerre civile ouverte a échoué -, ils ont opté pour une nouvelle phase, le « djihadisme d'atmosphère » . Dépourvus d'une base arrière logistique permettant les grosses opérations, la mouvance salafodjihadiste en Europe se serait repliée sur un djihad moins frontal, tant vis-à-vis de ses coreligionnaires que des sociétés d'accueil. J'ajoute que la France et la Belgique, maillons faibles de l'Occident au regard de leurs identités nationales en crise et du désarmement intellectuel de leurs élites face au multiculturalisme (la France accueillant en outre la première population musulmane d'Europe après la Russie), demeurent le cœur de cible de la mouvance salafiste et de ses bailleurs politiques et financiers. Pour eux, Bruxelles est une ville clef en matière de pénétration islamique : elle leur paraît politiquement soumise - comme l'atteste la décision sur l'abattage halal -, les naissances d'enfants musulmans y approchent la moitié, et le lobbying islamiste au sein des institutions de l'Union européenne y bat son plein.

À l'inverse, commentant les élections françaises, Olivier Roy persiste et signe : la question du djihad-salafisme est réglée - s'est-elle jamais posée à ses yeux ? -, car elle n'exprime que des frustrations sociales - notre pays étant pourtant le plus redistributeur du monde. La preuve selon lui : le vote musulman aux législatives a fait basculer la Seine-Saint-Denis dans les bras de La France insoumise, cette nouvelle gauche sociale et radicale. Mais qui a piloté ce ralliement si ce n'est la composante salaf-frériste très active dans ces élections ?

En 2014-2015, les commentateurs avaient glosé sur la fin de la banlieue rouge : le 9-3 avait basculé à droite. La réalité est que le vote islamiste fait les élections dans ce département où la participation est très faible : un coup à gauche en 2010 ; un coup à droite en 2015 ; La France insoumise en 2022. Les consignes de vote communautaires

ont fait les élections du printemps 2022. Les Frères musulmans et leurs appuis étrangers optent comme en Belgique pour le parti le plus faible, celui qui défendra leurs requêtes (subventions aux associations communautaires, emploi d'agents amis, subventions aux mosquées), ou n'attentera pas à leurs intérêts. Le vote et les reports de voix à la présidentielle sont aussi éclairants qu'aux législatives. Or quand le vote est vraiment motivé par des considérations sociales comme outre-mer, le résultat est différent : vote Nupes anti-Macron au premier tour, vote RN anti-Macron au second. Rien de tel dans le 9-3.

Alors que penser de ce débat ? Observons des faits, tant à l'étranger qu'en France. Car toute analyse qui dissocie les mouvances islamistes françaises de la situation mondiale, notamment en Afrique et au Moyen-Orient, n'a qu'une faible valeur politique et scientifique ; l'islamisme français n'est que l'émanation d'un tout mondialisé.

Au plan international, le salafisme-djihadisme a remporté deux grandes victoires stratégiques en six mois avec les retraits successifs des Américains d'Afghanistan puis des Français du Mali (retraits pour autant nécessaires). Dans les pays du front du djihad - comme il y a des fronts pionniers en Amazonie -, les nouvelles sont désastreuses. Au Nigeria, pas une semaine sans enlèvements de jeunes chrétiennes, assassinat de prêtres, de fidèles ou destruction d'églises : on y déplore 900 chrétiens tués ces trois derniers mois. À l'autre bout du monde musulman, au Pakistan, les islamistes s'emploient à harceler les communautés chrétiennes subsistantes, par enlèvement de jeunes chrétiennes, violées, converties et mariées de force, comme cela se fait depuis des siècles. En Inde, les islamistes répondent frontalement aux hindous pour ne tolérer aucune atteinte à la sacralité coranique (le meurtre d'un tailleur hindou ce 28 juin a déclenché une tempête). En Europe, pas un mois ne passe sans un attentat ou un assassinat attribué à une personne plus ou moins liée à la mouvance de l'islam radical.

Qu'en est-il sur le territoire de la France ? Dans ces colonnes, j'avais écrit après les grands attentats de 2015 qu'au regard de leurs objectifs communautaristes, les attentats étaient un succès pour les salafistes : si le pays a tenu, ils ont néanmoins renforcé le communautarisme islamique des jeunes musulmans - ainsi qu'en attestent de nombreuses études -, rendu visible par le voilement des jeunes musulmanes. Chez elles, le voile, qui se limitait, il y a dix ans, à quelques villes du nord et de l'est du pays, est devenu la norme dans de nombreux quartiers (cités d'Île-de-France) ou villes (comme à Lille), et s'est même implanté à Bordeaux et en Bretagne.

Cet islamisme en action est piloté de concert et en rivalité par les salafistes et par les Frères musulmans, auprès desquels rivalisent leurs soutiens et bailleurs étrangers (États du Maghreb et du Golfe). Par ailleurs, la Commission européenne et les autorités américaines, aussi surprenant que cela paraisse, le considèrent avec bienveillance : la promotion du hidjab est à Bruxelles et à Strasbourg l'objet d'une intense communication. Or, dans une Europe ouverte où circulent les valises de billets des milliards d'euros du cannabis - le continuum entre réseaux mafieux et djihadisme armé ayant été démontré lors des attentats de Paris et Bruxelles -, l'islamisme est entré depuis 2015 dans une phase hyperactive. Encore faut-il accorder une intelligence collective et une détermination à ses concepteurs, à ses agents et à ses militants.

L'objectif le plus visible est que l'on parle chaque jour, dans chaque média français, de l'islam, de l'islamisme et des musulmans, que ce soit en bien ou en mal ; cela n'a aucune importance au regard des principes de base du marketing. L'espace public est saturé par la querelle à rebond sur le burkini, le voile à l'école (avec épreuves de force et invectives de fonctionnaires à la clef), la conversion de Diams, le feuilletonnage de l'affaire Abdeslam, la diffusion mystérieuse, générale et simultanée, ce printemps, du jelbab - alias la djellaba - dans les lycées de France, la fréquentation de piscines publiques par des groupes d'une dizaine de femmes en burkini, le déploiement de groupes d'une quinzaine de jeunes filles en jelbab immaculé - sous bonne garde - dans Paris pour distribuer de la nourriture aux SDF, la circulation quotidienne de femmes voilées autour des grandes universités parisiennes - au demeurant tout à fait légale, mais d'autant plus surprenante que nombre d'entre elles semblent étrangères à ces institutions. Autant de signaux dits faibles.

À cela, il faut ajouter des choses indicibles dans notre société médiatique pleine de scrupules et bien élevée. Ainsi a-t-on « pudiquement » tu, cette année, trois assassinats terribles qui ont endeuillé deux familles juives et une famille de médecin militaire (à Sarcelles, Lyon et Marseille), commis au nom de l'islam dans au moins deux cas, mais que l'on a préféré psychiatriser et occulter. Rappelons que sous François Mitterrand, la « seule » profanation du cimetière juif de Carpentras avait ému et mobilisé la France entière. Désormais, rares sont ceux qui s'étonnent de la quasi-disparition des croix et plaques chrétiennes dans tant de cimetières de banlieues - brisées puis jetées -, sans parler des départs de feu et profanations d'églises hebdomadaires qui, dans certains cas, peuvent avoir un mobile islamiste (mais dans d'autres cas relèvent d'individus ou de groupes n'ayant rien à voir avec l'islam).

Nombre de faits identifiés doivent être relevés et interrogés. Ainsi en est-il de la disparition des charcuteries et boucheries non-halal dans nombre de villes de banlieues ou de petites villes possédant une « cité » : à force de crachats ou de gestes malveillants, l'artisan quitte en silence le terrain et va s'installer dans un quartier bourgeois ou une petite ville où son activité recherchée fait à nouveau florès. L'exemple est reproductible à bien des professions, y compris de médecin. Et qui envoie et filme des militantes voilées dans des restaurants pour y provoquer un scandale en cas de problème ? L'application du droit d'aller et venir est une chose. L'instrumentalisation de femmes pieuses et pudiques mises en scène en est une autre.

Dans cette offensive soutenue, la symbolique de l'État est au centre de micro-agressions comme de méga-agressions. Ainsi, quand le président se déplace à la rencontre des Français, il est désormais fréquent d'observer une femme voilée à la mode islamiste dans sa proximité immédiate, question de visibilité. Méga-agression à l'inverse, quand des centaines de jeunes de la banlieue nord (nationaux ou étrangers, notamment « mineurs non accompagnés » issus du Maghreb et non déferés) détroussent les touristes-spectateurs, humilient les forces de l'ordre et l'État au Stade de France devant des centaines de millions de téléspectateurs. La puissance publique en est restée sans voix. Cet affrontement multiforme, que d'aucuns jugent fantasmagorique ou inexistant, répond objectivement aux considérations guerrières théorisées dans la mouvance salafite-djihadiste : faire la guerre par tous les moyens à ces « sales Français », dans la logorrhée de Daech.

Évoquons enfin l'attitude repérée dans tant d'établissements scolaires, qui consiste, dès le plus jeune âge des élèves, à refuser les cours de musique, de natation, l'enseignement de faits historiques capitaux (Shoah, génocide arménien, histoire religieuse), la théorie de l'évolution, l'éducation sexuelle, etc. Pour les salafites, le refus de l'école laïque n'est pas une coquetterie : Boko Haram (« livre interdit ») dit tout haut ce qu'ils pensent. Pour eux, le Coran est le seul livre légitime, surtout s'il est enseigné en arabe sans nécessité de le comprendre - Allah n'a pas à être compris à leurs yeux - ; au Sahel et en Afghanistan, des centaines d'écoles sont détruites ou boycottées ; en Tunisie, le pouvoir islamiste (tombé le 25 juillet 2021) a déscolarisé 1 million d'enfants en dix ans, rendus à l'analphabétisme et à l'exploitation économique.

Quand l'objectif n'est pas d'émanciper mais d'enfermer dans l'ignorance pour gouverner les âmes à coups d'oukases et de normes simplistes imposées, l'école à la française est (encore) une entrave. Faire taire les professeurs est une chose, mais plus efficace est de les faire fuir. Dans les académies de Créteil et de Versailles, constatons que des milliers de professeurs manquent à l'appel dans les REP (ex-ZEP) : les remplaçants abandonnent, de jeunes professeurs démissionnent, laissant place à des non-diplômés issus des quartiers faisant fonction d'enseignants, vulnérables aux pressions d'idéologues locaux, voire soumis à ceux-ci. Le cas Lemaire a dévoilé la stratégie qui consiste à faire fuir les républicains. Fin juin, l'État a cru calmer les tensions en signant une convention d'enseignement de l'arabe avec Alger, pays dans lequel les cours d'arabe sont en réalité très souvent des cours d'islamisation. Enseigner l'arabe à des élèves berbérophones ou darijaphones (langue du Maghreb) en famille est une prise de pouvoir. L'apprentissage du français et de l'anglais dans nos classes est déjà souvent en échec, ce qui ne laisse aucune chance à l'arabe, langue difficile que les étudiants du Maghreb eux-mêmes maîtrisent mal après quinze ans d'études. Le recrutement de professeurs mal payés, peu soutenus, non titulaires et de bas niveau, alliés à l'absentéisme d'élèves et à la colère des parents aboutissent chez certains élèves à une sous-culture de 1 000 mots, ce qui correspond à l'objectif tacite d'ignorance chez les idéologues salafites.

Au regard de ces maux, le soulagement éprouvé par les Français et leurs dirigeants devant la disparition des grands attentats n'est pas dépourvu de lâcheté. On ne tue pas sans objectifs précis des centaines de personnes avec la quasi-certitude de mourir dans ces attentats. En près de huit ans, la France a beaucoup changé, et le seuil de tolérance à l'inacceptable monte un peu plus chaque année. Les études d'opinion indiquent que nombre de jeunes Français acceptent étrangement cette situation, tandis que nos gouvernants regardent ailleurs. Mais il est des combats jamais assouvis.

** Auteur de nombreux ouvrages remarquables, Pierre Vermeren a notamment publié « Le Choc des décolonisations. De la guerre d'Algérie aux printemps arabes » (Odile Jacob, 2015), « Déni français. Notre histoire secrète des relations franco-arabes » (Albin Michel, 2019), et « Le Maroc en 100 questions » (Tallandier, 2020). Il publie « Histoire de l'Algérie contemporaine » (Éditions Nouveau Monde, juin 2022, 397 p., 22,90 euros).*

« Observons des faits, tant à l'étranger qu'en France. Car toute analyse qui dissocie les mouvances islamistes françaises de la situation mondiale, notamment en Afrique et au Moyen-Orient, n'a qu'une faible valeur ; l'islamisme français n'est que l'émanation d'un tout mondialisé

5 juillet (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/societe/article/2022/07/05/un-tiers-de-la-population-de-moins-de-60-ans-a-des-origines-immigrees_6133468_3224.html#xtor=AL-32280270-\[mail\]-\[ios\]](https://www.lemonde.fr/societe/article/2022/07/05/un-tiers-de-la-population-de-moins-de-60-ans-a-des-origines-immigrees_6133468_3224.html#xtor=AL-32280270-[mail]-[ios])

Un tiers de la population de moins de 60 ans a des origines immigrées

La nouvelle édition de l'enquête statistique « Trajectoires et origines » menée par l'Insee et l'INED montre qu'il existe au sein de la population un lien fréquent mais de plus en plus ténu avec l'immigration.

Par [Julia Pascual](#)

Publié le 05 juillet 2022 à 17h00 - Mis à jour le 06 juillet 2022 à 12h21



Fête populaire sur la terrasse du Trabendo dans le parc de la Villette, à Paris, le 19 février 2022. AMAURY CORNU/HANS LUCAS/AFP

C'est une photographie précieuse de la France. Un cliché qui permet de regarder sa population et ses origines. Mardi 5 juillet, l'Institut national de la statistique et des études économiques (Insee) et l'Institut national d'études démographiques (INED) ont rendu publics les premiers résultats de [la seconde enquête « Trajectoires et origines »](#) (TeO). Les données statistiques dévoilées datent de 2019 et 2020 – contre [2008 et 2009 pour la première édition](#) – et sont basées sur un échantillon représentatif de 27 200 personnes. Elles permettent notamment de détailler l'origine migratoire de la population sur trois générations. On y apprend que 32 % de la population de moins de 60 ans a des origines immigrées. Mais à y regarder de plus près, ces origines se diluent dans le temps.

« La moitié des enfants d'immigrés [un immigré est une personne née étrangère à l'étranger] ont un parent qui n'est pas immigré », souligne Patrick Simon, sociodémographe à l'INED et coauteur de l'enquête TeO. C'est encore plus vrai pour la troisième génération : neuf petits-enfants d'immigrés sur dix n'ont qu'un ou deux grands-parents immigrés. « Ces petits-enfants d'immigrés ont un rapport de plus en plus lointain à l'immigration », observe M. Simon.

« Progression très forte »

Cette diffusion des origines est le résultat d'une mixité croissante des unions qui produit un brassage important de la population. Si la majorité des immigrés (63 %) vivent en couple avec un immigré – le plus souvent de la même origine –, cette proportion s'inverse dès la seconde génération : 66 % des descendants d'immigrés sont en couple avec quelqu'un qui n'a pas d'ascendance migratoire. « Au fur et à mesure que l'immigration s'incorpore à l'histoire, la composition de la population française s'élargit. Le lien à l'immigration est fréquent mais s'estompe », résume M. Simon.

De quoi battre en brèche la théorie raciste du « grand remplacement », notamment popularisée en France par le candidat malheureux à l'élection présidentielle Eric Zemmour : « La théorie du grand remplacement oppose des populations les unes aux autres, celles qui n'auraient aucun rapport à l'immigration à des nouveaux venus, reprend M. Simon. Or, on voit que ce qui se produit c'est que les généalogies sont de plus en plus mélangées. On parle de grand élargissement ».

La nouvelle édition de l'enquête TeO permet aussi de détailler la diversification des origines, reflet de l'histoire migratoire de la France. D'après ses résultats, parmi les 5,8 millions de personnes immigrées en France – soit 9 % de la population –, près de la moitié sont nées en Afrique et un tiers en Europe. « *La part des Européens est tendanciellement en baisse, tandis que celle des personnes en provenance de l'Afrique subsaharienne et de l'Asie augmente au fil du temps* », note l'étude.

Une autre partie des résultats de TeO se penche sur l'ascension sociale des immigrés. Leurs enfants réussissent-ils mieux qu'eux ? « *Cette question se pose avec une acuité particulière pour les familles d'immigrés dont le projet migratoire visait souvent à améliorer leur sort et celui de leurs descendants* », souligne l'enquête. TeO montre que « *dans les familles où les enfants ont deux parents immigrés, la progression du niveau de diplôme est très forte et même plus forte que dans le reste de la population sans ascendance migratoire* », rapporte Mathieu Ichou, coauteur de l'enquête et chercheur à l'INED. Ainsi, entre les parents immigrés et leurs enfants nés en France, la proportion de diplômés du supérieur passe de 5 % à 33 % alors que dans la population sans ascendance, elle passe de 20 % à 43 %.

« *Il y a une mobilisation forte chez les immigrés autour de la scolarité des enfants, même si les processus de reproduction sociale ne disparaissent pas* », déclare Mathieu Ichou. La progression sociale d'une génération à l'autre a beau être plus rapide chez les enfants d'immigrés que chez les enfants de natifs, leur niveau de diplôme reste en moyenne inférieur. En revanche, si l'on s'intéresse aux petits-enfants, « *l'écart est totalement comblé* », souligne M. Ichou, qui précise que ces résultats ne mettent en évidence que la trajectoire des petits-enfants d'immigrés d'origine européenne car c'est l'origine la plus largement représentée parmi cette troisième génération ayant terminé ses études au moment de l'enquête.

Ecarts selon les origines

En matière de progression intergénérationnelle et de convergence avec les descendants de natifs, il existe des écarts selon les origines géographiques. TeO identifie trois profils distincts. Celui des familles européennes et maghrébines chez lesquelles moins de 3 % des parents sont diplômés du supérieur, contre plus du tiers de leurs enfants, ce qui est toujours inférieur au profil des enfants de natifs. Le second profil est représenté par les familles d'Afrique subsaharienne et d'Asie chez qui les parents sont plus souvent diplômés du supérieur que les parents de natifs, ce qui s'explique par une élévation des niveaux d'instruction des immigrés dans le temps.

Dans ces familles, les enfants sont également plus souvent diplômés du supérieur que les descendants de natifs. Ils sont par exemple 50 % parmi les enfants d'un ou deux immigrés d'Afrique ou encore 54 % pour les enfants de deux immigrés d'Asie. Les familles de Turquie et du Moyen-Orient, qui représentent le troisième profil, « *combinent un faible taux des diplômés du supérieur chez les parents (5 %) et un taux encore limité chez les enfants (moins de 18 %)* », remarque l'étude de l'Insee et de l'INED. Enfin, chez les enfants d'immigrés, comme chez les enfants de natifs, les filles présentent une plus grande réussite scolaire.

L'enquête TeO s'est enfin intéressée à la valorisation des diplômes et trouve que celle-ci est moins bonne chez les enfants d'immigrés d'origine extra-européenne. Si 77 % des enfants de natifs diplômés du supérieur accèdent à des professions intermédiaires ou supérieures, ils sont 63 % parmi les enfants d'immigrés du Maghreb, 67 % parmi ceux d'Asie ou 70 % parmi ceux d'Afrique subsaharienne. « *C'est probablement dû en partie à des discriminations sur le marché du travail* », estime M. Ichou.

Julia Pascual

5 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/bundesbank-chef-joachim-nagel-warnt-ezb-vor-neuem-euro-instrument-18150442.html?premium=0xdb9e6957977ed0e54fe99a0d37709348&GEPC=s5>

„GEFÄHRLICHES FAHRWASSER“:

Bundesbank-Chef warnt EZB vor neuem Euro-Instrument

AKTUALISIERT AM 05.07.2022-09:16



Aus Sorge um den Zusammenhalt der Währungsunion arbeitet die Europäische Zentralbank an neuen Maßnahmen. Bundesbank-Präsident Nagel sagt, worauf es dabei ankommt.

Die Europäische Zentralbank sollte nach Ansicht von Bundesbankpräsident [Joachim Nagel](#) vorsichtig sein, wenn es um neue Maßnahmen geht, um die Kreditkosten schwächerer Mitgliedsländer der Währungsunion zu begrenzen – und diese ohnehin nur unter strengen Bedingungen einsetzen. Nagel äußerte sich erstmals öffentlich zu dem geplanten Instrument der Notenbank gegen die so genannte Fragmentierung der Eurozone.

„Allenfalls in Ausnahmesituationen und unter eng gesteckten Voraussetzungen lassen sich ungewöhnliche geldpolitische Maßnahmen gegen Fragmentierung rechtfertigen“, sagte Nagel in einer Rede auf dem Frankfurt Euro Finance Summit. Nur ein „klar eingegrenztes Instrument“ könne zum Einsatz kommen. Mit Gewissheit festzustellen, ob eine Spreadausweitung fundamental gerechtfertigt ist, sei „so gut wie unmöglich“, so Nagel. „Hier gerät man schnell in gefährliches Fahrwasser.“

Im Vorfeld der ersten Zinserhöhung der [EZB](#) seit mehr als einem Jahrzehnt fürchten die Märkte eine Neuauflage der europäischen Schuldenkrise. Zu einem Notfall-Treffen des EZB-Rates und dem Beschluss zu einem neuen Instrument kam es unter dem Eindruck eines massiven Abverkaufs italienischer Staatsanleihen.

Auf dem Euro Finance Summit wiederum skizzierte EZB-Vizepräsident Luis de Guindos einen Test, der anzeigen könnte, dass die vom Markt verlangten Risikoprämien überzogen sind. „Für zwei gleichermaßen solide Unternehmen im Euroraum sollte eine Änderung des geldpolitischen Kurses zu einer ähnlichen Reaktion bei ihren Finanzierungsbedingungen führen, unabhängig davon, in welchem Land sie ansässig sind“, sagte er und fügte hinzu: „Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir reagieren, um eine Fragmentierung zu verhindern, mit geeigneten Schutzmaßnahmen, um Moral Hazard zu vermeiden.“

Nagels Kritik an den Plänen ist die bisher weitreichendste, die öffentlich geäußert wurde. Er warnte, dass sich die Zentralbanken „nicht von oft sehr kurzlebigen Entwicklungen an den Finanzmärkten treiben lassen“ dürfe. Der deutsche Währungshüter nannte drei Gründe, die „nachvollziehbar“ vorliegen müssten, um das Instrument zu rechtfertigen: Erstens, die

Zinsabstände seien in der beobachteten Höhe fundamental nicht gerechtfertigt. Das heiße, sie seien das Resultat von Übertreibungen auf den Finanzmärkten. Zweitens, die geldpolitischen Signale kämen in einzelnen Mitgliedstaaten nicht wie intendiert an. Das heiße, der Transmissionsmechanismus sei beeinträchtigt. Und drittens, die Fähigkeit des Eurosystems, Preisstabilität für den Euroraum zu gewährleisten, sei dadurch eingeschränkt.

Nagel besteht auch darauf, dass das Instrument „zeitlich eng begrenzt“ sein sollte. Er fügte hinzu, dass grundsätzlich auch der bestehende Beschluss zu „Outright Monetary Transactions“ (OMT) herangezogen werden könnte, welches unter dem ehemaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi geschaffen worden war.

4 juillet (The Economist)

<https://www.economist.com/the-economist-reads/2022/07/04/what-to-read-to-understand-the-history-of-western-capitalism>

Economic history

What to read to understand the history of Western capitalism

Our senior economics writer picks three books and two papers



Jul 4th 2022 (Updated Jul 11th 2022)

It is easy to be swept up in news about the economy, especially these days. In 2020 the world saw the [biggest economic contraction](#) since the Great Depression; today we are [dealing with the highest inflation](#) since the 1980s. People rarely have time to think about the very biggest questions in economics. Why did the industrial revolution begin in the 18th century—and why in western Europe? Why do so many countries remain poor when some are fabulously rich? And what is work like today compared with the past? All the issues improve your understanding of the news. For the answers, you need to turn to economic history. Here are five resources to help you understand why we are where we are.

The Worldly Philosophers. By Robert Heilbroner. *Touchstone*; 368 pages; \$18.99. Simon & Schuster; £8.99

The best book to read if you are interested in the history of economic ideas. First published in 1953, it covers some of the most consequential early economists, from Adam Smith to Thomas Malthus to Karl Marx, explaining what they thought and why. Was Adam Smith really a free-market fundamentalist? The book is written in a light, conversational style that is hard to beat—giving the reader a proper understanding of Marx’s theory of capitalist collapse, for instance, without getting bogged down in debates over doctrine. And that’s not the only reason it is a better starting point than Joseph Schumpeter’s “History of Economic Analysis”, which is more precise and nuanced about the early economists but also less fun. Heilbroner’s book is short. You can read it in a few hours.

A Culture of Growth. By Joel Mokyr. *Princeton University Press*; 424 pages; \$22.95 and £17.99

This book deals squarely with the question of why Europe was the first region to industrialise. It focuses on institutions—how ideas of free debate and free markets became embedded in everyday life. Mr Mokyr talks a lot about the Royal Society, a learned institution founded in London in 1660, with the motto “*nullius in verba*”—“take nobody’s word for it”. The Royal Society was the site of furious disagreements between different scientists, who nonetheless recognised that they were working towards a common cause: improving humanity. And why did this happen in Europe?

Geography probably played a role. Fractured into lots of states, a firebrand intellectual who incurred the wrath of the authorities could easily move elsewhere. In most other places, free thinkers had few escape routes.

War as an Economic Activity in the “Long” Eighteenth Century. By N.A.M. Rodger. *International Journal of Maritime History*. XXII, No. 2 (December 2010): 1-18

This is a short journal article, but the message is profound—and deeply underappreciated. It is about the role of technology. To understand the growth of capitalism in the 17th and 18th centuries, you must understand navies. To be a successful navy, you need to have good ships—obviously enough. A country that wanted to rule the waves therefore needed to invest heavily in new technological innovations. These, in turn, spilled over to the rest of the economy. In addition, you had to have an efficient bureaucracy—for instance, to supply ships thousands of miles from home. This encouraged better government. It is no coincidence that countries with the best navies tended to have the most sophisticated economies: the Dutch in the 17th century, the French for part of the 18th century and the British in the 19th.

The Hundred Years’ War, Volumes 1-4. By Jonathan Sumption. *University of Pennsylvania Press*; 3,320 pages; \$170. *Faber & Faber*; £84

This series is set long before capitalism got going. The Hundred Years’ War, effectively a French civil war which England egged on, started shortly before the Black Death around the 1340s and finished in the mid-15th century. But the book nonetheless does a fantastic job of showing how different governance and politics were before capitalism, and thus what changed from the 18th century onwards. Kings did not care about economic growth, or even know what it was: they wanted glory. They were happy to tax their subjects to oblivion to fund their missions. And they often laid waste to an opponent’s conquered land, rather than using it for productive purposes. If you don’t have the patience for four full volumes—soon to be five—the single best chapter of the entire series is called “Men at arms”, in the fourth volume, which tells you everything you need to know about the economics of the war.

Enclosures, Common Rights, and Women: The Proletarianisation of Families in the Late Eighteenth and Early Nineteenth Centuries. by Jane Humphries. *The Journal of Economic History*. Vol. 50, no. 1 (1990): 17-42

Another paper, which nonetheless contains as much insight as an entire book. It focuses on how lifestyle changed as capitalism came about. During early capitalist development, from the 17th to the late 18th centuries, many people worked from home in small-scale manufacturing industries—producing clothes, for instance. But in the Victorian era many moved into large factories. This had an enormous impact on people’s day-to-day lives. For one, it became harder to look after children. It became more difficult to grow food at home, both because people were there less frequently but also because they were now more likely to live in a city. And they had less control over their time: the factory owner would need them there at 6am sharp. The paper shows that capitalism, despite producing miraculous improvements in people’s material wellbeing, has its trade-offs. .

Our senior economics writer is the author of his own book on the history of economic thought.

The Classical School: The Turbulent Birth of Economics in Twenty Extraordinary Lives. By Callum Williams. *Hachette*; 288 pages; \$11.99. *Profile Books*; £20

An intellectual tour of the 20 most significant early economists, from Adam Smith to David Ricardo to Rosa Luxemburg. “A clear, well-written, and useful introduction to the lives and thought of some of the leading classical economists,” according to Tyler Cowen at the “Marginal Revolution” blog.

4 juillet (Le Point)

https://www.lepoint.fr/afrique/tunisie-une-constitution-frottee-a-l-islam-politique-03-07-2022-2481918_3826.php

Tunisie : une Constitution frottée à l'islam politique

LETTRE DU MAGHREB. Président sans aucun contre-pouvoir, objectifs religieux appliqués à l'enseignement et à la nation : le texte voulu par Kaïs Saïed est une bombe.



Le président tunisien Kaïs Saïed a fait publier jeudi un projet de Constitution qui sera soumis à référendum le 25 juillet. Celui-ci accorde de vastes pouvoirs au chef de l'État, marquant une rupture radicale avec le système parlementaire en place. © YASSINE GAIDI / Anadolu Agency via AFP

Par [Benoît Delmas](#)

Publié le 03/07/2022 à 11h00

« **C'** est vertigineux », soupire Selim Kharrat : « Kaïs Saïed a cassé en onze mois tout ce qui a été construit en onze ans. » Parlement, instances indépendantes, justice, tous les gains de la révolution gisent à terre, brisés. Pour la génération de Kharrat, qui avait vingt ans lorsque la révolution déboulonna la dictature Ben Ali, « la Tunisie est à vingt-deux jours d'un référendum qui consacrera un retour à un pouvoir dictatorial ». Ce politologue, expert en société civile, est issu de l'ONG Al Bawsala (La Boussole) qui a ausculté 24/24 heures le travail de l'Assemblée des représentants du peuple (ARP) depuis l'avènement de la démocratie. Dans la foulée du coup d'État du 25 juillet 2021, mené par Kaïs Saïed, le Parlement a été fermé, occupé par les militaires. Et l'ONG s'est retrouvée sans sujet. Kharrat juge que le texte constitutionnel soumis à référendum le 25 juillet prochain sera « la formalisation de l'autocratie », cingle-t-il. Onze ans après le Printemps arabe, sa génération s'apprête à voir se refermer le couvercle du sarcophage de la démocratie Tunisie. Un scénario à l'égyptienne.

« **Qui a écrit cette Constitution ?** »

Le 1^{er} juillet, le soir, comme les aime Kaïs Saïed, le Journal officiel (Jort) a publié le texte sur lequel les Tunisiens sont amenés à trancher. Oui ou non. Dans les ambassades européennes et américaines, on traduit le texte dare-dare, dix-sept pages d'un arabe qui épouse le style amphigourique et les totems de l'actuel maître de Carthage.

Dans le préambule, il est écrit qu'« Il est venu pour ajuster le cours de la révolution et de l'Histoire ». « Il », c'est Kaïs Saïed. Ghazi Chaouachi, avocat, membre d'Attayar (centre gauche), ex-député depuis que l'ARP a été dissoute, juge que « le président se prend pour Dieu ». D'autres

évoquent le prophète. Si elle était approuvée, ce qui devrait être le cas, le texte sera appliqué dès minuit le 26 juillet.

Face à cet oukase présidentiel, les signaux d'alerte se multiplient. L'ONU a été la première à s'alarmer. Les pays européens, fervents zélotes de la démocratie tunisienne, se caractérisent aujourd'hui par leurs silences. Leurs préoccupations ? Que la stabilité prime et que le moins de migrants possible prennent d'assaut la mer. Le texte publié au Jort est une réponse aux médias français qui trompetaient avec légèreté depuis quelques semaines sur l'abandon de l'islam religion d'État, anticipant que « la Tunisie était des nôtres », car bientôt laïque. L'ultraconservateur Kaïs Saïed vient de mettre fin aux fantasmes. Il ne voit pas les choses ainsi. Et c'était prévisible.

« La formalisation de l'autocratie »

Malgré une chaleur du diable, le thermomètre dépasse de six degrés les moyennes saisonnières. Riadh Guerfali trouve l'énergie pagnolesque de se marrer : « Dites bien aux Européens que ce n'est pas nous qui avons écrit ce texte mais Kaïs Saïed, ce n'est pas nous, c'est lui. » Plus sérieux, il tonne : « C'est une honte ! Le président aura le pouvoir total. Il nommera les juges, les membres de la Cour constitutionnelle, et ne pourra être renversé que par les deux assemblées... » Un présidentielisme sans limites, une proposition qu'un Chavez ou un Kadhafi n'aurait pu dédaigner.

Le 25 juillet, les Tunisiens devront approuver ou pas la nouvelle république que veut le président de la République Kaïs Saïed. Le mode d'emploi de la III^e République a été publié vingt-cinq jours avant le scrutin, ce qui laisse vingt-trois jours de campagne. Une nouvelle règle édictée par le pouvoir a obligé ceux qui voulaient faire campagne dans les médias à se déclarer jusqu'au 27 juin, soit trois jours avant la publication du texte. L'Isie, l'instance électorale désormais sous contrôle de Carthage, enquêtera sur les candidats à la parole publique avant de leur donner le droit d'antenne. Outre le présidentielisme, le texte consacre la primauté de la religion.

« L'État accomplira les finalités de l'islam »

« En supprimant l'article qui indiquait que l'État tunisien était civil, Saïed accomplit ce que les islamistes n'étaient pas parvenus à imposer en 2014 », pointe Kharrat. Si l'État n'a plus de religion, le pays appartient désormais à l'oumma, la communauté des musulmans. Ils sont un certain nombre à dénoncer « le salafisme rampant » de Saïed. Désormais l'enseignement est placé sous l'ombrelle de l'islam, « l'éducation des jeunes doit s'inspirer des préceptes de la religion ». Si les droits et les libertés individuelles sont garantis par la Constitution, elles peuvent être limitées par « la morale publique », les bonnes mœurs. « La liberté est désormais officiellement contrainte par la religion », poursuit Riadh Gherfali.

Parmi les partisans du président, légion sur les réseaux sociaux, on délivre des certificats de « mécréance » aux opposants. Le chemin de cette Loi fondamentale était supposé obéir à un protocole : les Tunisiens avaient été questionnés au début de l'année via Internet, sans grand succès (7 % de participation) ; puis leurs réponses devaient être mises en musique constitutionnelle par une horde d'experts.

Les « 42 », la liste de ceux qui ont accepté de faire partie de la commission a disparu depuis la publication du texte au Jort. Sadok Belaïd, 83 ans, qui a fait la tournée des médias nationaux et internationaux, présidait la commission chargée de rédiger la Loi fondamentale. Tout ce qu'il a affirmé dans les médias n'est pas dans le texte publié par le Jort. Depuis, Belaïd fait abstinence de

médias. Les trois prochaines semaines seront les plus importantes de l'histoire récente de la Tunisie et du Maghreb. Alger n'a pas du tout goûté ce texte.

4 juillet (Le Point)

https://www.lepoint.fr/societe/c-est-le-christianisme-qui-a-invente-notre-rapport-a-l-effort-03-07-2022-2481927_23.php

« C'est le christianisme qui a inventé notre rapport à l'effort »

ENTRETIEN. Pour le sociologue et philosophe Raphaël Liogier, perte du goût de l'effort et recul du catholicisme et du protestantisme sont intimement liés.



Des moines durant l'une de leurs sessions de prières quotidiennes au monastère de Sainte-Marie-de-la-Garde, à Saint-Pierre-de-Clairac. © PATRICK BERNARD / AFP

Propos recueillis par Phalène de La Valette

Publié le 03/07/2022 à 13h00

Ya-t-il un lien entre perte du goût de l'effort et recul du religieux ? Pour le sociologue et philosophe Raphaël Liogier, ancien directeur de l'Observatoire du religieux, la question mérite d'être posée et serait même « fondamentale ». Mais, précise-t-il, il faut la reformuler : il n'y a pas un « recul du religieux », mais une recomposition du religieux. « Ce qui recule, c'est la place de certaines religions instituées et en particulier du christianisme catholique. Or c'est précisément ce dernier, dans sa version augustinienne, qui a inventé, en Occident, notre rapport à l'effort et au travail », fait valoir le chercheur, qui a notamment disséqué le sujet dans l'ouvrage *Sans emploi : condition de l'homme postindustriel*. Pour *Le Point*, il revient sur notre conception de l'effort au fil des siècles et ses plus récentes évolutions.

Le Point : Pourquoi dites-vous que le christianisme est à l'origine de notre culture de l'effort ?

Raphaël Liogier : Avant l'avènement du christianisme, l'oisiveté était une valeur positive. Regardez l'Antiquité grecque : le citoyen, c'est celui qui ne travaille pas, c'est celui qui cultive l'oisiveté. « Oisif », ça veut dire « libre » étymologiquement. Arrive le christianisme avec cette idée qu'à cause du péché originel, l'homme est condamné non seulement à la mortalité, mais au travail, à l'effort : « Tu gagneras ton pain à la sueur de ton front. » Puis **saint Augustin**, qui va considérer qu'en fait, c'est par le labeur que l'homme peut obtenir son salut. **La rédemption passe par l'effort laborieux**. Comme l'expose entre autres Max Weber, le christianisme, sous l'influence de saint Augustin, invente alors quelque chose de nouveau : l'ascétisme. À ne pas confondre avec le mysticisme.

Le mysticisme, c'est quand je suis en situation d'attente de Dieu. L'ascétisme, c'est quand on me dit que si j'attends, il ne se passera rien. L'ascétisme va imposer un nouveau rapport au temps. On va « rationaliser » ce dernier, c'est-à-dire le diviser en vue de tâches à accomplir. **Les premières grandes unités de production rationnelle de l'histoire de l'humanité, ce sont les monastères chrétiens.** Ça n'existait pas avant, cette division de la journée en différentes heures ! **Chez les moines, chaque laps de temps doit être occupé à faire quelque chose, car c'est la rédemption qui est en jeu.** La liturgie des heures divise la journée en prières, mais il reste toujours des temps libres à occuper parce que **chaque moment d'oisiveté est vu comme un moment où l'on peut être tenté par le Malin.** Alors, que vont faire les moines pendant ces temps libres ? Ils vont littéralement défricher l'Europe. Et ce comportement, cet habitus d'effort en vue d'une fin supérieure, la société européenne va peu à peu l'intérioriser.



École monastique du couvent des ermites de saint Augustin de Paris : un moine sur une chaire lit une leçon à des adolescents tonsurés mais aussi à des laïcs. © Photo Josse / Leemage via AFP

Vous parlez du catholicisme comme inventeur de cette culture de l'effort en Occident, mais le protestantisme n'y est-il pas également pour quelque chose ?

Les protestants vont porter cette logique ascétique à l'extérieur du monastère, dans la société. L'entrepreneur protestant va accumuler du capital car le capital est le signe visible de son travail et donc le signe de son rapprochement du salut. Mais, comme dans le christianisme, on ne peut pas avoir un salut pour soi seul, cette accumulation ne peut être utilisée pour la jouissance personnelle. **D'où le déploiement d'une forme particulière qui est devenue la forme même du capitalisme : je cumule, je réinvestis et je donne le surplus à des œuvres de charité.**

Aujourd'hui, la fin est une forme de bien-être supérieur. Dès lors, l'effort pour l'effort ne vaut plus rien.

Donc la remise en cause du capitalisme et de la valeur travail coïncide, selon vous, avec le recul du christianisme ?

Tout à fait. Ce système a fonctionné jusqu'aux années 1950-1980, mais c'est un système qui est en train de se transformer complètement. Cet ascétisme qui a fait les sociétés européennes s'est progressivement étioilé et d'autres logiques se sont mises en place. Ces logiques n'abandonnent pas complètement l'idée d'un comportement rationnel par rapport à une fin, **mais la fin s'est transformée.** Dans un monde purement ascétique, la souffrance due à l'effort est, dans un sens, un signe de réussite : cela signifie que mon labeur est réel et que je me rapproche de Dieu. **Mais aujourd'hui, la fin est une forme de bien-être supérieur.** Ce sont des valeurs post-industrielles au sens originel du mot industriel, travailleur. **Ces valeurs d'épanouissement personnel vont**

devenir l'objectif suprême. On va garder la structure ascétique, mais pas sa fin. Dès lors, l'effort pour l'effort ne vaut plus rien.

Finalement, n'est-ce pas un retour aux valeurs de l'Antiquité ?

Dans un sens, effectivement, on y est revenu. Et ça n'a rien d'un hasard ! Ça vient de la grande promesse moderne du XVIII^e, celle de la citoyenneté. **Comme je le disais plus haut, le citoyen, à l'origine, c'est celui qui n'a pas besoin de travailler.** La démocratie n'est fondée que par des citoyens, donc des gens qui ne travaillent pas car seuls ces derniers peuvent avoir des visées autres que l'intérêt du ventre. **Le citoyen, dans l'Antiquité grecque, c'est l'aristocrate, en fait.** Ce n'est pas pour rien que **les révolutionnaires de 1789, qui étaient très cultivés,** parlent de citoyen/citoyenne et, détail qui n'en est pas un, de **citoyenneté universelle : l'objectif profond des grandes révolutions du XVIII^e, c'est que tout le monde soit aristocrate, c'est-à-dire que tout le monde puisse viser l'oisiveté et n'ait pas à travailler.** Pas étonnant, donc, que ce soit à ce moment qu'on parle pour la première fois d'un **revenu universel** qui permettrait à tout le monde d'être oisif et d'exercer ce qu'il veut exercer pour s'épanouir !

Promesse non tenue, forcément...

D'où les frustrations croissantes de notre société. Comme toute promesse, il a fallu un certain temps pour l'intérioriser. Elle est passée dans l'inconscient collectif, d'abord au niveau intellectuel, où elle a imprégné toutes les philosophies post-socratiques. Et après deux siècles, on arrive au moment où ce discours officiel de la République qui n'a jamais été appliqué dans son sens littéral est de plus en plus pris au mot. Il y a une déconnexion croissante entre le cadre étatique, qui fonctionne encore selon la logique de l'effort et de l'emploi, et **le désir des individus, qui ont réorienté l'activité vers une nouvelle mystique du bien-être, de la créativité et de la connaissance de soi.** Ce cadre inadapté engendre toute une série de frictions et de décalages. **On a, par exemple, un accroissement du chômage d'un côté, et de l'autre des tas de secteurs qui n'arrivent pas à recruter. D'un côté, le sentiment d'un trop-plein de travail (le fameux burn-out), et de l'autre l'impression que les gens ne veulent plus travailler.** En réalité, **ce n'est pas que les jeunes sont des fainéants, c'est qu'ils ne valorisent plus l'effort pour lui-même.** Mais prenez les néo-boulangers, les néo-ébénistes ou le gars de HEC qui plaque tout pour devenir marchand de glaces : dès lors qu'ils ont choisi de lâcher leur **labour** (l'activité purement laborieuse) pour se consacrer à leur **work** (le travail au sens d'œuvre à accomplir), ils ne ménagent plus leurs efforts !

4 juillet (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/le-show-houellebecq-devant-l-action-francaise-03-07-2022-2481912_20.php

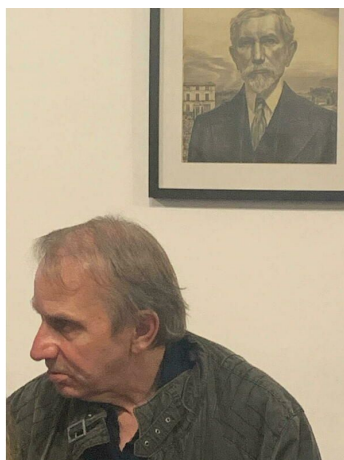
Le show Houellebecq devant l'Action française

RÉCIT. L'écrivain était invité vendredi soir, à Paris, par de jeunes maurrassiens à commenter son œuvre, la politique et notre époque. « Le Point » y était.

Par [Saïd Mahrane](#)

Publié le 03/07/2022 à 09h56 - Modifié le 03/07/2022 à 18h31

Il est entré dans la salle principale du siège de l'Action française sans un applaudissement. Tête baissée, presque en inconnu parmi les autres, il s'est faufilé entre les chaises sans grand retard sur l'heure dite : 20 heures. Il est pourtant l'invité attendu, celui qui ne parle plus depuis un moment et que tout le monde souhaite entendre dans le contexte d'une France politiquement paralysée, où Emmanuel Macron a été réélu, la moutarde manque dans les supermarchés et le litre d'essence dépasse les deux euros. L'« écrivain français le plus traduit » aurait dû, à cet instant, susciter autre chose que des murmures ou de timides portables tendus pour une photo souvenir. Les disciples de Charles Maurras auraient-ils perdu le sens de la vénération ou bien sont-ils seulement intimidés par l'hôte du soir ?



[Michel Houellebecq](#) sous le portrait de Charles Maurras.© Saïd Mahrane

Michel Houellebecq s'avance vers la petite table qui sera sa tribune. Une fois installé face à une centaine de personnes et sous la figure tutélaire du fondateur de « l'AF », théoricien de « l'antisémitisme d'État », Charles Maurras, dont l'effigie austère est placardée sur un grand mur blanc, il lève enfin la tête. « Pourquoi accepter l'invitation de l'Action française ? » lui demande l'animateur de la soirée, comme si lui-même était surpris de cette présence. « Par curiosité pour le royalisme », répond le romancier. On imagine, aussi, pour le souffre, le frisson et, quelque part, pour emmerder les bourgeois « bien-pensants ». Chacun l'observe et sait que l'allure générale de l'écrivain tient d'abord à son refus de nous ressembler. La lippe rouge et sèche, les doigts jaunes et tendus, le manteau marron et gras du col, des socquettes claires, le fameux port de la cigarette entre l'annulaire et le majeur, et cet œil faussement ailleurs, qui va et vient, et qui en réalité fait son travail d'œil d'écrivain : tout assimiler.

Kafka et Bouygues Telecom

L'animateur le lance sur le style, le sien. L'auteur de *Plateforme* avoue s'en moquer, ne pas vouer un culte pour ces choses-là (comme pour la vêtue, en fait). Aux grands stylistes et aux adeptes de l'art pour l'art, il préfère Balzac et Dostoïevski qui « écrivaient un peu n'importe comment et ont beaucoup sacrifié à l'intensité ». Ce qui compte, pour lui, en tant qu'auteur et lecteur, c'est le saisissement, c'est « avoir quelque chose à dire » immédiatement. Houellebecq n'entend d'ailleurs plus qu'« être captivant ».

Détrompons-nous, il n'écrit pas sur « la vie moderne », une prétention qui est davantage l'œuvre de l'essayiste que celle du romancier. Son sujet, depuis le début : « les passions modernes ». L'intensité d'une époque, donc, on y revient. Il réproouve le progrès pour le progrès, mais aime le mouvement, horizontal ou vertical, constructeur ou destructeur, qui gronde ou unifie. Rien de plus dur pour un écrivain que d'expliquer ce qu'il veut dire à ses contemporains, d'autant plus lorsque, comme lui, l'intéressé n'est « pas bon en interview » et, de surcroît, ne se prend pas pour un intellectuel. Il tente quand même : « J'ai une démarche compliquée qui s'intéresse à l'administratif et à la technologie et... » Il s'arrête. Trop dur, en effet, les mots s'allongent, traînent, se refusent aux concepts. Il lâche enfin dans un soupir : « La vie est devenue vide d'intérêt. »

Qui a dit que l'administration était kafkaïenne ? « Même pas. Chez Kafka, il y a un danger métaphysique. Il n'y en a pas dans les rapports avec Bouygues Telecom. » On retrouve là son monde, micro et macro. La neurasthénie ambiante tient avant tout aux offres mornes de la vie, qui ne sont pas dignes du potentiel humain, ou est-ce l'humain qui n'est pas digne de la vie ? Il décrète la « supériorité morale du chien sur l'homme ». Dans *Rester vivant*, un livre de 1991, il écrit : « Soyez abjects, vous serez vrais. » Autrement, tout ne serait que manières et vernis craquelé de civilisation qui contient l'abjection.

L'écrivain « prend sur lui tous les malheurs du monde », comme lui le fit dans *Anéantir* (Flammarion), où il s'empare de la maladie, de l'agonie. « Quand on est malheureux, on accède à une forme de vérité », estime-t-il, sous le regard du romancier Sébastien Lapaque, l'auteur de *Ce monde est tellement beau* (Actes Sud), qui pourrait lui montrer l'intérêt de la vie jusqu'à ses beautés sacrées et profanes, par-delà « l'Immonde ». Baudelaire reste son « Dieu ». Pascal compte aussi. Comme saint Paul, dont il sent la présence. « Écrivain oublié », mentionné dans *La Carte et le Territoire*, Jean-Louis Curtis a eu une influence sur lui par ses anticipations, comme « le culte de la jeunesse », et son attention pour les signifiants (téléviseur, transistor...) de son temps, en l'occurrence tout ce qui indiquait le passage d'une France d'avant-guerre aux Trente Glorieuses.

« Je lis un essai pour vingt romans »

Sans complaisance pour son auditoire maurassien, il avoue ne pas trouver très bons les auteurs de l'Action française. Il a peu lu Maurras. Un peu Léon Daudet. Chez Brasillach, pas grand-chose à sauver, sinon *Les Poèmes de Fresnes*. Bernanos, en revanche, « c'est mieux ». Le militantisme politique, selon lui, obstrue la vue et corrompt la plume. « Il y a une malédiction dans l'engagement politique. Au fond, je préfère Dostoïevski, ça brûle plus ! » Intensité, toujours.

Il est étonnant de l'entendre disserter sur l'engagement politique qui gâte la création littéraire, quand on sait la charge éminemment politique contenue dans ses livres. L'engagement, chez

Houellebecq, n'est certes pas sonore, éditorialisé ou mis sur tract, mais il est bien là, saisissant, dans chacune des pages de ses romans, que ceux-ci évoquent le clonage humain, l'absence de religion, la centralité du sexe, la société matérielle, la déchéance morale et physique... Il feint de voir la politique uniquement là où elle s'annonce comme telle. « Je lis un essai pour vingt romans », confie-t-il, toujours dans cette volonté de tenir la politique (celle qui suscite des tracas, aussi) à l'écart.

« Dieu se repose, il est content de lui »

Il relève, dans les grandes ruptures du XX^e siècle, l'avènement des supermarchés, « il y a un avant et un après ». La décadence, qui est le grand cadre dans lequel il inscrit son œuvre, aurait débuté à la fin du Moyen Âge, avec la Renaissance, qui est pour bien des progressistes, au contraire, le début de la grandeur. « Après ça, ce ne sont que des descentes successives, et ce n'est pas terminé », prophétise-t-il. Et l'écrivain de déplorer la victoire de ce « principe du christianisme », selon lequel le monde est réussi, puisque, au septième jour, « Dieu se repose, il est content de lui ».

Dans ce chaos, il voit l'islam résister mieux que les autres civilisations. « Il y aura une guerre, c'est bien de le savoir à l'avance et de s'y préparer. Qui va gagner ? Je n'en sais rien. » Les uns auraient l'avantage de la démographie (l'islam); les autres, la technique (l'Occident). Une technique qui ne suffit pas, à l'échelle de l'individu, à combler le vide religieux qui serait la cause de nos tourments et la raison du nihilisme. Car, selon Houellebecq, « tout bonheur est d'essence religieuse. On est plus heureux, même avec des religions merdiques ! ».

Pour la France travaillée par la lutte des classes, il a deux, trois idées de réformes institutionnelles : la suppression du Parlement, le recours au référendum d'initiative citoyenne, le vote du budget par les Français et l'élection des juges. « Il n'y a pas de raisons pour que le pouvoir judiciaire échappe à la démocratie », défend-il devant un parterre de monarchistes, à la fois amusé et dubitatif quant à ce concept horizontal de souveraineté populaire. Il n'exclut cependant pas la question de l'incarnation, une forme de bonapartisme fait pour entraîner. « Un roi ? Pourquoi pas », précise-t-il, habile.

« La gauche se sent mourir, donc elle devient méchante »

Mais l'événement politique de ces dernières années, le plus marquant à ses yeux, est sans conteste la mobilisation des Gilets jaunes. Comme si ces femmes et ces hommes, pour certains, étaient soudain sortis de ses romans pour faire valoir leurs droits à ne plus être des personnages de fiction mais des citoyens à considérer. « J'étais complètement solidaire des Gilets jaunes, de ces gens qu'on a présentés comme des ploucs, des gueux et dont on a vu un vrai niveau de réflexion. » Il pense que ce n'est pas fini, qu'une reprise du mouvement est possible. On peine à voir la cohérence entre son soutien aux Gilets jaunes et son amitié pour le patron de Bercy, Bruno Le Maire. Bercy, justement, qu'il considère physiquement telle une citadelle, qui lui rappelle la prison de la Bastille, d'avant 1789. Qui la prendra ? Qui pour comprendre la colère des Gilets jaunes, au-delà des compassions de rigueur ? La gauche ? « La gauche se sent perdue, comme les animaux blessés, elle devient méchante. Ce qui n'était pas le cas quand j'ai commencé à publier. Oui, elle se sent mourir, donc elle devient méchante. »

Avant de quitter la salle, après deux heures d'échanges courtois, il répond à une dernière question sur le Rassemblement national et le macronisme. Pour lui, fidèle au scénario annoncé

dans *Anéantir*, il y aura un duel entre le représentant du RN et un autre issu de la macronie en 2027. « Et Jordan Bardella peut bien faire 50,1 % », prévient-il, ne se souciant guère de la présence de cet autre portrait accroché sur un mur de la salle, celui du prince Gaston, 13 ans, héritier du trône de France. Michel Houellebecq termine donc sa conférence là-dessus, sur l'évocation de la prochaine élection présidentielle, ce qui n'empêchera pas les applaudissements nourris des militants royalistes...

4 juillet (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/jacques-julliard-la-france-a-besoin-d-une-social-democratie-20220703>

Le Figaro, lundi 4 juillet 2022 2318 mots, p. 20

Débats

La France a besoin d'une social-démocratie

La social-démocratie française n'est pas morte mais endormie, argumente l'historien et essayiste*, que nos lecteurs retrouvent chaque premier lundi du mois. Pour reconquérir la place qui lui revient et qu'elle a perdue par sa faute, celle-ci doit cesser de paraître contribuer à la dépréciation du travail. Telle est la condition pour espérer retrouver la faveur de la classe ouvrière et disputer au Rassemblement national cet électorat, juge-t-il.



Julliard, Jacques

L'élection présidentielle, c'est là tout à la fois sa vertu et son vice, a pour effet de simplifier outrageusement la vie politique, en ne laissant paraître au grand jour que les courants dominants de l'opinion à un moment donné. Au lendemain de la réélection d'Emmanuel Macron (24 avril 2022), on a décrété un peu vite que l'opinion française se répartissait en trois groupes majeurs : l'extrême gauche (Jean-Luc Mélenchon), l'extrême droite (Marine Le Pen) et le centre (Emmanuel Macron lui-même). Pulvérisées, disparues, la gauche modérée (le PS d'Anne Hidalgo), la droite modérée (Les Républicains de Valérie Pécresse), qui furent historiquement l'ossature de la Ve République.

Les élections législatives qui ont suivi ont montré qu'il n'en était rien. Les Républicains ont sauvé la moitié de leur contingent massif de la précédente législature : avec 61 députés, ils sont même en position d'arbitres dans la nouvelle Assemblée, sans compter leur position dominante au Sénat.

Et les socialistes ? Les 30 députés dont ils disposent au sein de l'ensemble Nupes sont évidemment un résultat modeste. En revanche, par rapport aux 1,75 % d'Anne Hidalgo à la présidentielle, ils pourraient passer pour un début de renaissance.

La France est sociale-démocrate

Mais reprenons les choses de plus haut. Nous nous heurtons d'entrée à un formidable paradoxe. Cette France dans laquelle le PS n'est plus qu'un avorton, cette France qui paraît n'affectionner que les extrêmes, cette France est bel et bien socialiste, ou mieux encore, sociale-démocrate. Qu'est-ce à dire ? « *La France est peut-être radicale* », confiait Maurice Barrès à Albert Thibaudet en redescendant avec lui de la colline de Sion-Vaudémont, signifiant par là moins une appartenance politique qu'un état d'esprit général. Eh bien ! la France d'aujourd'hui est peut-être sociale-démocrate au sens où elle était radicale au début du XXe siècle.

J'en veux pour preuve, à l'extérieur de la gauche, la façon dont un gouvernement de droite, Macron-Le Maire, a géré la crise du Covid. La gauche de la gauche se gardera bien de le reconnaître, mais un pays où 11 millions de salariés ont bénéficié de chômage partiel ; où 56 % de la richesse nationale sont prélevés pour la dépense publique et la redistribution, mérite à tous égards l'étiquette de social-démocrate. Qui dit mieux en Europe et dans le monde, je vous le demande ? Certes, je n'oublie pas les superprofits des plus riches, ni les inégalités flagrantes, ni les îlots de pauvreté extrême qui subsistent. Il n'en reste pas moins que l'assistance sociale est, même à droite,

comme un tribut que le vice rend à la vertu ; et que la vertu dans la France de 2022, ce n'est ni le libéralisme, ni le collectivisme, ni l'anarchisme, la vertu politique, de l'aveu de la grande majorité des Français, c'est la social-démocratie!

Qu'est-ce donc que cette social-démocratie ?

C'est historiquement une institution de la classe ouvrière autour de trois pôles organiquement reliés entre eux : ce sont le parti au point de vue politique, le syndicat au point de vue social, la coopérative au point de vue de la consommation. Ce triptyque est censé organiser collectivement toute la vie du prolétariat. Si, de surcroît, le parti occupe le pouvoir, on peut dire que la social-démocratie atteint son point de perfection. La référence cardinale, au début du XXe siècle, c'est l'Allemagne, ou encore la Belgique ou l'Autriche.

En ce sens, la France n'a jamais été sociale-démocrate : au contraire, la charte d'Amiens de la CGT (1906), teintée d'esprit libertaire, proclame l'indépendance du syndicat par rapport au parti. Ce qui en France tient lieu d'idéal social-démocrate, c'est la formule du Front populaire, c'est-à-dire l'alliance interclassiste entre les ouvriers et les éléments progressistes de la petite-bourgeoisie, sous le sceau des intellectuels. C'est encore tout récemment la recette de la Nupes.

Si maintenant l'on dépasse le stade de l'organisation, la social-démocratie est une doctrine politique. J'appelle social-démocratie cette doctrine qui vise à conquérir et à garantir le maximum de justice sociale compatible avec un niveau incompressible des libertés publiques. À la différence des révolutionnaires (bolcheviks hier, guévaristes et apparentés aujourd'hui) qui tolèrent ou même préconisent une restriction, réputée provisoire, des libertés, pour assurer des réformes sociales, les sociaux-démocrates se refusent à recourir à la violence et à la dictature pour parvenir à leurs fins. La social-démocratie répudie la violence physique et politique contre ses adversaires de classe, quand les révolutionnaires s'en accommodent et finissent même par en faire l'objet principal de leur action. Les plus radicaux ne manquent pas de qualifier d'angélisme et de naïveté, voire de double jeu, cette répudiation de la violence. La meilleure réponse est dans les faits: où les classes populaires sont-elles les plus heureuses, au Venezuela ou en Scandinavie ? Sur ce point, Manuel Valls a raison : il y a bel et bien incompatibilité ontologique entre les deux gauches.

Alors, pourquoi en France cette éclipse ?

Je prétends qu'elle n'a rien de structurel, ni de définitif. Du reste il y a encore six ou sept ans, la social-démocratie, sous la forme du Parti socialiste, régnait en maître sur l'État, la présidence de la République, le gouvernement, le Parlement, avec des positions très fortes dans les grandes villes et les collectivités locales.

D'autre part, cette social-démocratie domine aujourd'hui une grande partie de l'Europe : l'Espagne, le Portugal, l'Allemagne, les pays scandinaves, demain peut-être l'Angleterre. C'est la preuve qu'elle n'a rien d'une formule dépassée. Alors pourquoi cette exception française ? Que s'est-il donc passé ?

Il est trop commode d'accabler François Hollande, dont la ligne politique à l'Élysée ne fut pas différente de celle de François Mitterrand. Son erreur majeure est d'avoir laissé lui échapper le contrôle du Parti socialiste, et de son groupe parlementaire, tombé entre les mains des plus lamentables gribouilles d'un parti qui en a tant connu. Les frondeurs, puisqu'il faut les appeler par leur nom, véritables Pieds Nickelés de la mauvaise conscience socialiste, sont ces députés, au nombre de 41, qui n'ont cessé de harceler leur propre gouvernement sur les objets les plus divers, de la politique économique à l'immigration, jusqu'à tenter de déposer contre lui une motion de censure. C'est de cet épisode surréaliste que date la mésentente complète entre le Parti socialiste et son électorat. Ce dernier le lui a bien fait savoir. C'est le candidat des frondeurs à la présidentielle de 2017, Benoît Hamon, désigné contre Manuel Valls, qui inaugure la série des scores désastreux, spéléologiques, qui vont se succéder désormais, en recueillant 6,36 % des suffrages. La plupart des électeurs socialistes ont reporté leurs voix sur un candidat plus modéré, Emmanuel Macron, qui sera élu. Quant aux 41 frondeurs, un seul fut réélu aux législatives qui suivirent. Le désaveu était formel et s'appliquait à eux en priorité. Après cela, que l'on ne vienne pas dire que l'électorat socialiste a voulu sanctionner la ligne trop modérée de François Hollande : c'est le contraire qui est vrai, et qui le demeure jusqu'à nos jours. Aussi longtemps que la social-démocratie « *n'osera pas paraître ce qu'elle est* » (Bernstein) et qu'elle s'alignera sur le gauchisme, elle sera incapable de rassembler sa clientèle qui fera les beaux jours du centrisme souvent, de la radicalité parfois, et de la pêche à la ligne, toujours.

À partir de ces prémices, quelles tâches devrait se donner la social-démocratie pour retrouver en France la place qui lui revient et qu'elle a perdue par sa faute ?

Renouer avec la classe ouvrière et la valeur travail

C'est un fait : la social-démocratie n'est plus présente sur les lieux de travail et d'habitation des travailleurs manuels français, comme c'était sa vocation primitive ; elle ne défend plus le travail comme la valeur essentielle du monde ouvrier, son véritable capital. Elle semble s'être implicitement résignée à une philosophie sociale de l'assistance, telle que l'a élaborée le libéralisme : la classe ouvrière cesse d'être un acteur principal de la vie sociale ; elle n'est plus qu'une variable d'ajustement ; son sort relève le plus souvent du bon coeur des classes possédantes et de leur souci d'éviter les émeutes de la misère et de la relégation. Le principal leader socialiste pénétré de ces valeurs n'était ni Mitterrand, ni Rocard, ni Chevènement, mais Pierre Mauroy, dernier rejeton du Nord et du Pas de Calais qui furent il y a un siècle par excellence les terres sociale-démocrates dans l'ensemble français. François Ruffin, personnalité atypique des Insoumis, l'a très bien exprimé récemment : « *La gauche doit, à mon sens, se pencher sur la valeur travail* » (*Le Monde* du 22 juin 2022). J'aurais scrupule à enrôler Ruffin dans une cohorte qui n'est pas la sienne, mais devant l'indigence, toutes les sources et les ressources sont les bienvenues.

Et je ne voudrais pas que l'hystérisation de la question des retraites finisse par signifier implicitement le rejet du travail lui-même, comme si à l'égard de ce qui fait leur dignité et leur force dans l'appareil productif, les travailleurs n'avaient qu'une idée : s'en débarrasser au plus vite. Autant je comprends et j'approuve le sens profond de la vigilance de tous les travailleurs, de tous les syndicats à l'égard du régime des retraites, autant il serait désastreux que ce combat légitime, nécessaire, tourne à l'abandon de toutes les composantes d'une civilisation du travail face à la civilisation du capital. Il me semble que cet idéal réformiste est conforme à l'intuition profonde, émancipatrice, contenue dans l'immortel article 2 des statuts de la CGT fondée à Limoges en 1895, qui déclare qu'elle entend regrouper en dehors de toute école politique « *tous les travailleurs conscients de la lutte à livrer pour la suppression du salariat et du patronat* » .

Autrement dit, dans une société où l'idée de révolution a cessé d'être à l'ordre du jour, ne serait-ce que parce que jamais nulle part la révolution n'a amélioré la condition ouvrière, les travailleurs et leurs organisations doivent revendiquer toute leur place dans la gestion et la maîtrise de la fonction productrice. C'est ce qui existe en Allemagne, où la cogestion est entrée dans les moeurs. Ainsi, la tâche de la social-démocratie est double : disputer la place au patronat dans la gestion de l'économie, et corrélativement, disputer au Rassemblement national de Marine Le Pen, sa place dans l'électorat ouvrier. Là encore, François Ruffin l'a très bien dit : ne pas délaissier les territoires de la France périphérique, ne pas devenir (seulement!) la gauche des métropoles.

Mais n'est-il pas déjà trop tard ? L'exemple de la CFDT prouve le contraire. Au départ, petit syndicat chrétien principalement implanté chez les employés, elle est devenue, à force d'investissement au coeur du travail la première centrale, au sein même de la classe ouvrière au sens marxiste du terme.

Oui, la social-démocratie doit partir à la reconquête.

Reprendre le rôle dirigeant à l'intérieur de la gauche

Quelques jours ont suffi pour dissiper l'illusion : la Nupes, ce regroupement de fortune de tous les tronçons de la gauche, porte en elle-même les conditions de son impuissance, en raison de la place prépondérante qu'occupent les Insoumis, et de la place subordonnée des sociaux-démocrates. Parce qu'elle véhicule implicitement en elle la vocation à gouverner la France, la formule classique du Front populaire implique nécessairement le rôle prédominant des éléments réformistes. Nous sommes aujourd'hui loin du compte. Les Hollande, Valls, Cazeneuve qui ont marqué la période précédente sont sur la touche, mais pas en Occitanie Carole Delga, le variant Delga, symbole de la renaissance d'une social-démocratie autonome et maîtresse de soi. Un peu partout, les bases de cette renaissance existent. Son éclipse actuelle prouve seulement que la social-démocratie a très mal joué ses atouts au cours de la phase précédente : mais de tous les coins de l'Hexagone, on entend ce murmure destiné à devenir une clameur : la France a besoin d'une social-démocratie !

Développer la dimension culturelle de l'action politique

Ou mieux encore, traiter la politique comme une facette de la culture.

Jaurès, Blum, Mitterrand... Que les trois hommes qui ont dominé la social-démocratie depuis la fin du XIXe siècle, aient été de grands intellectuels humanistes n'a rien d'un hasard. Pour être pleinement elle-même ; mieux, pour être pleinement reconnue par le peuple français, la social-démocratie a besoin d'être plus qu'un régime politique comparable à d'autres, elle a besoin d'être l'expression de la culture française dans sa plénitude. Les concurrents de ceux que je viens de nommer, un Jules Guesde pour Jean Jaurès, un Marcel Déat pour Léon Blum, un Michel Rocard pour Mitterrand étaient eux-mêmes de forte stature intellectuelle ; mais aucun d'eux n'est parvenu à sortir leur politique de la relégation à laquelle elle est spontanément tenue par le peuple. J'aime à rappeler ce mot de la mère de Romain Gary à son fils, qui le rapporte dans *La Promesse de l'aube* : « *Mon petit, il faut toujours aimer la France, parce qu'elle a fait de Victor Hugo le président de la République.* » Factuellement, c'est faux. Idéalement, c'est vrai. Nous avons besoin de savoir à la tête de la nation un homme qui ait quelque chose de Victor Hugo. Le jour où il a lâché étourdiment : « *Il n'y a pas de culture française* », Emmanuel Macron, pourtant élève de Paul Ricoeur, n'a pas perdu une voix, mais il s'est privé de cette mystérieuse correspondance que la grande littérature française entretient avec le Pauvre, ou mieux encore, avec les Misérables...

Pour toutes ces raisons, je me permets de dire avec une tranquille assurance: la social-démocratie n'est pas morte. Comme dans *La Belle au bois dormant*, elle n'est qu'endormie. Elle attend son Prince charmant. Qu'elle n'aille pas le chercher dans les châteaux, ni dans les centres-villes. Il y a de grandes chances qu'il vienne de la périphérie.

* *Éditorialiste de l'hebdomadaire « Marianne »*.

4 juillet (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/jean-paul-brighelli-meme-le-niveau-des-meilleurs-eleves-baisse-20220703>

Le Figaro, lundi 4 juillet 2022 1285 mots, p. 22

Jean-Paul Brighelli : « Même le niveau des meilleurs élèves baisse »

L'enseignant, auteur du best-seller « La Fabrique du crétin », publie un deuxième tome, intitulé « Vers l'apocalypse scolaire ». Un titre qui traduit sa grande inquiétude...



de Tarlé, Sophie

ÉDUCATION. On ne présente plus Jean-Paul Brighelli. Sorti de l'ENS Saint-Cloud, comme le nouveau ministre de l'Éducation Pap Ndiaye, précise-t-il, ce professeur du secondaire termine sa carrière en classes préparatoires au lycée Thiers, à Marseille, après un parcours qui l'a conduit dans de nombreux lycées, dont certains en zone d'éducation prioritaire. En 2005, son ouvrage *La Fabrique du crétin* (Gawsewitch Éditeur), où il pointait les défaillances de l'Éducation nationale, avait provoqué un tsunami : 150 000 exemplaires vendus. Dix-sept ans après, il publie un tome II, chez l'Archipel, constatant avec un brin de lassitude que rien n'a beaucoup changé, et même que tout a empiré...

LE FIGARO. - Il y a dix-sept ans, vous avez jeté un pavé dans la mare avec *La Fabrique du crétin*. Qu'est ce qui a changé depuis?

Jean-Paul BRIGHELLI. - Quand le livre est sorti, je ne m'attendais pas à un tel succès. À l'époque, même la presse de gauche en a fait écho. Ce que je constate, c'est que les positions se sont durcies. Aujourd'hui, je suis dans le camp du mal, et le camp du bien m'ignore. Il faut dire que je tire à boulets rouges sur certains profs. Durant le confinement, on a bien vu que certains ont disparu, et ont pris le prétexte de ne pas avoir d'ordinateur pour éviter de faire cours. Certains ont la vocation, d'autres attendent que ça se passe. J'ai eu envie de dire aussi que j'avais raison à l'époque, quand certains m'accusaient d'être le messager du malheur, d'être Cassandra. Mais Cassandra a raison!

Quel est votre regard sur le bilan de Jean-Michel Blanquer?

Au début, j'étais plein d'espoir quand, en arrivant en poste, il a distribué aux écoliers *Les Fables* de La Fontaine. J'ai apprécié aussi qu'il ait expérimenté la méthode Lego (une méthode alpha syllabique) dans des écoles parisiennes puis dans une dizaine de départements. Mais, globalement, il est passé à côté de son ministère. Il s'est focalisé sur le lycée général avec la réforme du bac. C'était comme essayer de ranimer un mort. Tout le système est basé sur un mensonge, avec un taux de réussite à 93,8 %, et un taux de mention très bien à 13,6 %. Le nouveau bac coûte encore très cher, et ne sert plus à rien, puisque les décisions d'orientation sont prises le 15 mai, en fonction du livret scolaire. Ce n'est même plus un rite. Pourtant, on sait bien que le niveau baisse, même celui des meilleurs. Ce n'est pas parce qu'on donne 18 à tout le monde que le niveau a monté. Il faut que les parents sachent qu'on leur ment. L'autre erreur a été la réforme qui, depuis 2022, oblige les futurs enseignants à décrocher un master pour se présenter au concours. Avant, une licence suffisait pour préparer le Capes. Cette réforme a provoqué une évaporation des candidats.

Pensez-vous que la mission de ministre de l'Éducation nationale est impossible?

La machine est impossible à bouger. Les vrais fautifs, selon moi, sont les inspecteurs pédagogiques régionaux (IA-IPR). Ce sont eux qui font le plus de mal. En Lettres, ils se cooptent entre eux, pour le pire. Et je vois des professeurs se faire retoquer car ils insistent trop sur la grammaire, qu'il n'y a pas assez de travail de groupe, qu'il n'y a pas assez de « papotis » dans la classe. Ils interdisent les dictées non préparées. Certains inspecteurs obtiennent l'agrégation sans même passer le concours, juste par cooptation, voire copinage.

Quelle est la raison selon vous de cette « apocalypse scolaire » ?

Le mot d'ordre est l'égalitarisme. On a mis en place les maths modernes dans les années 1970 pour éviter que les parents aident leurs enfants, afin que les enfants soient à égalité. On a transformé le cours de français en une matière « technique » afin de ne pas favoriser les enfants des bourgeois qui avaient une meilleure plume du fait de leur éducation... Le comble est qu'on aboutit à l'effet inverse. En réalité, l'analyse de Pierre Bourdieu, qui montrait dans *Les Héritiers* que l'école reproduisait les inégalités, était fautive lors de la parution de son livre en 1964. Cette inégalité est devenue une réalité. Les méthodes ont favorisé ceux qui avaient les moyens d'aider leurs enfants, de les envoyer dans le privé - à commencer par l'actuel ministre de l'Éducation. Cela a favorisé l'entre-soi. Désormais, si on ne peut plus recruter sur le diplôme, on va prendre les enfants des amis, ceux qui ont fréquenté les bons lycées, le bon quartier, ceux qui sont considérés de bonne famille.

Certains craignent qu'avec Pap Ndiaye la situation ne s'arrange pas. Quel est votre avis?

Il faut lui laisser sa chance. Ce n'est pas parce qu'il a dit telle chose il y a dix ans, que c'est forcément ce qu'il va faire aujourd'hui. Il sort de l'ENS Saint-Cloud comme moi et il a bénéficié du meilleur système éducatif. Et ce n'est pas un privilégié. Je préfère attendre avant de juger car, pour l'instant, il n'a pris aucune décision - juste des déclarations d'intention où chacun trouve son bonheur. La seule chose qu'il a faite est de rendre hommage à Samuel Paty. On ne peut pas le lui reprocher. De plus, c'est un historien, ce n'est pas un sociologue. Pour Emmanuel Macron, c'était une façon de jeter une pierre dans le jardin de Mélenchon. Il devra mener la réforme des salaires des enseignants, et je lui souhaite du courage. Je pense que ce sont les débutants surtout qu'il faut augmenter afin d'attirer des candidats de meilleur niveau - sans oublier les autres, en ces temps d'inflation. Il faut aussi arrêter de recruter des professeurs des écoles en fac de socio ou en psycho. Les futurs enseignants doivent, comme c'était le cas avant, être issus de licences de lettres, de maths ou d'histoire : les matières qu'ils auront à enseigner à l'école. Enfin, il faut que le recrutement se fasse dans la région du candidat. Le système national des affectations n'est plus tenable. Ou alors on fait comme à l'École de police de Saint-Cyr-au-Mont-d'Or : les candidats pourraient choisir leur affectation en fonction de leur rang au concours.

Comment voyez-vous l'avenir?

J'ai peur que l'on supprime les classes préparatoires. Cela a failli se faire sous Vincent Peillon (*ministre de l'Éducation nationale de 2012 à 2014, NDLR*). Les classes préparatoires sont un fabuleux levier de promotion sociale. J'enseignais dans une prépa Sciences Po à Marseille, où je donnais des cours à des élèves issus des quartiers défavorisés, une nourriture intellectuelle à laquelle ils ont droit. Une classe de 24 élèves de la « diversité », comme on dit. Leur réussite est une grande victoire. Je suis aussi inquiet pour l'avenir des garçons. Aujourd'hui, 80 % de ceux qui redoublent, qui sont punis ou ont des problèmes de dyslexie, sont des garçons. On parle beaucoup des filles, mais ce sont les garçons les grands perdants. Ils trinquent terriblement. Entre autres parce qu'ils manquent de modèles à l'école, qui est un univers essentiellement féminin.

4 juillet (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/consommer-moins-et-produire-plus-les-deux-remedes-contre-l-inflation-20220703>

Le Figaro (site web)

dimanche 3 juillet 2022 - 22:17 UTC +02:00 1067 mots

Consommer moins et produire plus: les deux remèdes contre l'inflation

Robin, Jean-Pierre



CHRONIQUE - La future loi pouvoir d'achat ne vise pas à calmer la hausse des prix.

Même à l'ère numérique où tout se mesure, nous sommes démunis pour juger de la gravité de l'inflation. On qualifie communément «d'inflation rampante» une hausse des prix entre 2 et 4% l'an. Au-delà de 10%, elle est dite «à deux chiffres» (un truisme). Beaucoup de commentateurs taxent «d'inflation galopante» les rythmes actuels (8,6% dans la zone euro et 6,5% en France selon Eurostat) sans trop savoir ce qu'ils entendent par là. Les moins rigoureux parlent d'«hyperinflation», pensant au Venezuela et à l'Allemagne des années 1920. En tant que présidente de la Banque centrale européenne, Christine Lagarde s'en tient à prédire *«que l'inflation va rester excessivement élevée pendant un certain temps»*.

La patronne de la BCE ne saurait mieux exprimer son désarroi. Les banques centrales et les gouvernements sont, en effet, confrontés à un dilemme. Cette dérive inflationniste marquée du sceau de l'incertitude, convient-il avant tout d'en atténuer les désagréments immédiats sur les particuliers et les entreprises? Ou faut-il éradiquer le mal à la racine et revenir au niveau de 2% l'an, considéré comme «la stabilité des prix», la raison d'être de la BCE, qui a été créée pour ça?

C'est toute l'ambiguïté du projet de loi sur le pouvoir d'achat en France, dont on connaît la teneur. Il vise certes à compenser les méfaits du choc inflationniste sur le budget des ménages, principalement les plus modestes. Mais en aucun cas cette protection (mot-clé du discours politique) ne constitue un remède à l'inflation elle-même. Au mieux, ce sera un analgésique et au pire un anesthésiant, non seulement coûteux (50 milliards d'euros de dépenses supplémentaires pour l'État en 2022) mais susceptible d'affaiblir les capacités de défense immunitaire de tout un chacun (pourquoi économiser l'énergie?).

«Refroidir la demande»

Tout a été dit sur les raisons de ce réveil de l'inflation après trois à quatre décennies de stabilité historique des prix. Les multiples pénuries (matières premières, semi-conducteurs...), la désorganisation due au Covid des chaînes internationales de production, le manque de personnel lié à la pénibilité de certains métiers, mais aussi à la démographie (départ à la retraite des classes nombreuses de «baby boomers»), les politiques monétaires et budgétaires laxistes menées depuis une dizaine d'années, et, *last but not least*, la guerre en Ukraine. Autant d'explications pertinentes, même s'il est difficile d'en démêler le poids respectif.

Mais peu importe. En dernier ressort, *«l'inflation est toujours monétaire en ce sens qu'elle ne peut être générée que par une augmentation de la quantité de monnaie plus rapide que celle de la production»*, selon l'analyse du prix Nobel d'économie Milton Friedman. Cette théorie «monétariste», en réalité triviale, correspond à la loi de l'offre et de la demande la plus élémentaire. Chaque prix est la rencontre d'une offre et d'une demande sur un marché. Si le mètre carré de l'immobilier dépasse souvent les 20.000 euros dans «les beaux quartiers», avec une moyenne de 10.520 euros à Paris, c'est qu'il y a une clientèle suffisamment argentée pour déboursier de telles sommes, fût-ce à crédit.

En 1974, au moment du premier choc pétrolier, Raymond Barre, étiqueté «meilleur économiste de France» et qui allait devenir deux ans plus tard premier ministre, définissait le phénomène inflationniste ainsi: *« Déséquilibre économique se traduisant par la hausse de prix et dû à l'augmentation du volume monétaire en circulation, au déficit budgétaire, à l'excès du pouvoir d'achat des individus, par rapport aux biens mis à leur disposition.»*

Cette description vaut point par point en 2022 plus encore qu'en 1974, qu'on en juge par l'importance des déficits publics et extérieurs ou par la création de monnaie, aujourd'hui bien supérieures. Lutter contre l'inflation est simple sur le principe: il s'agit de refroidir la demande et, à l'inverse, d'accroître la production, la réchauffer, de façon à rendre les produits moins rares et donc moins chers. Ce qui est plus facile à dire qu'à faire, comme en témoigne l'expérience de Raymond Barre à Matignon, échouant à faire tomber le thermomètre des prix en deçà de 10% l'an.

«Refroidir la demande»? Il faut reconnaître qu'elle se calme d'elle-même, et, au premier trimestre 2022, l'Insee a observé un recul de 1,5% de la consommation des ménages lié à un recul de 1,9 % de leur pouvoir d'achat. Avec toutefois une anomalie: à la grande surprise des compagnies pétrolières, la consommation de carburants se maintient en volume, comme si les Français préféraient «remplir leur réservoir que leur frigo». Faut-il incriminer l'absence criante de débat public sur «la chasse au gaspi»? Quant à «réchauffer la production», Emmanuel Macron en a donné un exemple, suggérant, en marge d'une réunion du G7, de faire appel aux capacités pétrolières de l'Iran et du Venezuela, deux pays sous sanctions américaines...

Quelle qu'en soit la difficulté, les remèdes à l'inflation passent par de telles mesures de renforcement de l'offre, y compris en travaillant plus (autre tabou), et de restriction plus ou moins volontaire de la demande. Sinon il faudra recourir à des disciplines autrement pénibles et d'ailleurs en bonne voie: la seule perspective de hausse des taux de la BCE a d'ores et déjà entraîné une dégradation des coûts d'emprunt sur les marchés, alourdissant de 17 milliards d'euros la charge de la dette publique française dès 2022.

«Dieu se rit des hommes qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes»: la formule célèbre s'applique aujourd'hui plus que jamais. La cause du pouvoir d'achat, chérie entre toutes, ne risque-t-elle pas d'entretenir l'inflation dont nous déplorons à juste titre les effets?

4 juillet (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/culture/patrimoine/la-tour-eiffel-est-elle-en-train-de-rouiller-20220703>

Inquiétude sur l'état de la tour Eiffel

Par [Caroline Beyer](#)



Publié hier à 11:07, mis à jour hier à 20:11

Début 2021, les travaux sur la tour Eiffel avaient été suspendu en raison de traces de plomb mesurées en surface, dans l'enceinte du monument. *JOEL SAGET / AFP*

Elle fait l'objet de travaux de rénovation en vue des JO de 2024, mais sa structure serait vieillissante.

DéploMBER la structure, la décaper de sa rouille et la repeindre entièrement. Faudrait-il fermer la [tour Eiffel](#) pour effectuer les travaux nécessaires à la préservation du monument de 330 mètres, âgé de 133 ans ? Alors que le symbole de la capitale française se refait une beauté pour les JO de 2024, dans le cadre d'une vingtième campagne de peinture lancée en 2018, l'hebdomadaire [Marianne](#), qui a eu accès à plusieurs rapports confidentiels, réalisés entre 2010 et 2016, fait état de travaux «*cache-misère*».

Si la dame de fer ne menace pas de s'écrouler dans l'immédiat, les travaux en cours, d'un montant de 60 millions d'euros, ne seraient pas à la mesure des enjeux. Orchestrés par la société d'exploitation de la tour Eiffel (Sete), entité publique locale détenue à 99% par la Ville de Paris et à 1% par la Métropole du Grand Paris, ils ont exclu une fermeture longue du monument au public, rentabilité oblige. Surtout après les fermetures de 2020, liées aux deux confinements sanitaires, qui ont entraîné, cette année-là, un déficit de 52 millions d'euros pour la Sete. Avec six millions de visiteurs par an, la tour Eiffel est le quatrième site culturel français payant le plus visité, derrière Disneyland, le Louvre et Versailles.

Les conseils oubliés de Gustave Eiffel

Les travaux, qui ambitionnaient de décaper et de repeindre 30% de l'ouvrage, n'en concerneraient finalement que 5%, soit le seul arc décoratif donnant sur le Champ-de-Mars, selon l'hebdomadaire. Reste donc 245000 m² de fer. Début 2021, ces travaux avaient connu une interruption, en raison des traces de plomb mesurées en surface, dans l'enceinte du monument, apparues à l'occasion du décapage. «*La peinture est l'élément essentiel de conservation d'un ouvrage métallique et les soins qui y sont apportés sont la seule garantie de sa durée*, écrivait l'ingénieur [Gustave Eiffel](#) dans son ouvrage *La Tour de 300 mètres. Ce qui est le plus important est de s'opposer à un commencement de rouille.*», ajoutait l'ingénieur centralien, qui a participé, aussi, à la construction du viaduc de Garabit dans le Cantal et de [la statue de la Liberté à New York](#). Mais c'est bien de la rouille dont souffre aujourd'hui la tour Eiffel, mais aussi du plomb - ce puissant agent anticorrosion

désormais interdit, utilisé dans les peintures du monument jusqu'à la dix-septième campagne, en 1995-, et de ripolinages successifs.

Construite en fer puddlé - un matériau débarrassé de l'excès de carbone, choisi par Eiffel en raison de ses propriétés mécaniques -, la tour Eiffel est érigée, à l'issue de deux années de travaux, en 1889, pour l'Exposition universelle célébrant le centenaire de la Révolution. Le bâtiment a été conçu de façon à rendre ses parties accessibles, *«afin de pouvoir faire en tout temps des visites destinées à reconnaître un commencement de rouille et à y remédier »*, écrit Gustave Eiffel. Dès son inauguration en 1889, l'édifice, peint avant son montage en rouge Venise est recouvert d'une couche épaisse de brun rouge, avant de connaître, au fil des années, différentes teintes. Depuis 1968, elle a opté pour le brun. À cette date, elle compte déjà 34 couches de peinture successives.

884«défauts »recensés

Au début des années 1980, d'importants travaux de rénovation, accompagnés d'un traitement anticorrosion et d'une campagne de peinture sur l'ensemble de la tour, sont lancés par le maire de Paris, Jacques Chirac. En 1995, la tour est pour la première fois repeinte sans plomb. Les rapports d'experts révélés par *Marianne* sont pour le moins inquiétants. *«La Sete doit porter un regard différent sur la tour Eiffel et réétudier dans son ensemble une nouvelle politique de maintenance axée sur le contrôle de la structure métallique vieillissante »*, écrit en 2010 la société Dekra dans son rapport d'audit. En 2014, la synthèse réalisée par Expiris constate des phénomènes de craquelage et d'enrouillement et conclut qu'*«il n'est pas envisageable de prévoir une nouvelle application de couche de peinture »*. En 2016 enfin, SLH Ingénierie recense 884 *«défauts »*, parmi lesquels 68 concernent *«une modification de la structure qui met en cause sa durabilité»*. Repeinte en moyenne tous les sept ans, la tour Eiffel devrait connaître ses prochains travaux en 2030.

3 juillet (The Economist)

<https://www.economist.com/europe/2022/06/30/chancellor-olaf-scholz-takes-taciturnity-to-new-levels>

Europe | The quiet German

Chancellor Olaf Scholz takes taciturnity to new levels

Some like it like that



Jun 30th 2022 (Updated Jul 1st 2022) | BERLIN

The voice of Olaf Scholz, the German chancellor, seldom rises above a murmur. **His pinched expression suggests a doctor with bad news, not a politician.** When a journalist recently asked if Mr Scholz could add some detail on a burning foreign-policy matter, the reply was a cryptic, “Yes, I could,” and that was all. Germans chuckled, but few were surprised when Markus Söder, the minister-president of Bavaria, tweeted an image of the g7 meeting in his state that showed just six of the leaders’ portraits against an Alpine backdrop. The ever-grey face of Mr Scholz, the host, was somehow forgotten.

The former Hamburg mayor may have been elected last September precisely because his modesty echoes that of his famously taciturn predecessor, Angela Merkel. But Russia’s invasion of Ukraine has thrust Mr Scholz into a tougher predicament in his first few months than the former chancellor faced during 16 years. **His ultra-low-key style** makes him look to some as if he is shying from power, just when Germany needs most to exercise it. “We have a chancellor who refuses leadership,” says Stefan Meister of the German Council on Foreign Relations, a think-tank. “He says he will only act in the context of our alliances, but he makes no effort to lead those alliances.”

It does not help that members of Mr Scholz’s inner circle, let alone his coalition government, have often conveyed contradictory messages. Jens Plötner, the chancellor’s top foreign-policy adviser, recently raised eyebrows by questioning the “feverishness” of the debate over sending arms to Ukraine, when more thought should be given to future relations with Russia. Such slips have often forced Mr Scholz to repeat and restate what look like wobbly policies.

But although polls show the chancellor losing popularity compared with more forthright coalition partners such as Annalena Baerbock, the foreign minister, **Germans seem to be forgiving;** even some of his critics commended his handling of the g7 talks. **“Mr Scholz may not be the greatest storyteller,” admitted Joe Kaeser, a former boss of Siemens, in a recent interview. “But the chancellor is matter-of-fact, level-headed and tries to de-escalate, which is a gift these days.”**

3 juillet (The Economist)

<https://www.economist.com/briefing/2022/06/30/does-a-protracted-conflict-favour-russia-or-ukraine>

Briefing | The long war

Does a protracted conflict favour Russia or Ukraine?

Ukraine is counting on its Western allies; Vladimir Putin is counting on them to lose heart



Jun 30th 2022 (Updated Jul 1st 2022) | KYIV

The typical war is short. Since 1815, the median duration of wars between states has been just over three months, calculates Paul Poast of the University of Chicago. In 2003 America toppled the government of Iraq in just 20 days. The conflict that Armenia and Azerbaijan fought over the territory of Nagorno-Karabakh in 2020 was over in 44. Yet Russia's invasion of Ukraine has entered its fifth month, and shows no sign of drawing to a close. "I am afraid that we need to steel ourselves for a long war," wrote Boris Johnson, Britain's prime minister, in mid-June. Jens Stoltenberg, nato's secretary-general, echoed his warning: "We must prepare for the fact that it could take years."

In the early days of the invasion the West worried that Ukrainian forces would be swiftly overwhelmed by Russia's superior firepower and resistance would collapse. Now the fears are different: that Ukraine has not adjusted its strategy enough to fight a sustained war of attrition; that it will run out of soldiers and munitions; that months of pummelling will cause its economy to collapse; that the will to fight may ebb as the going gets even tougher. Russia, too, is subject to many of the same pressures, with the conflict chewing up its young men, sapping its economy and accelerating its descent into dictatorship. A protracted conflict will also test the resolve of Ukraine's Western allies, as the price of food and energy soars, inflation riles voters and Ukraine's requests for weapons and cash escalate. A long war, in short, will test both sides in new ways. Whether it favours Russia or Ukraine depends in large part on how the West responds.

Start on the battlefield. Russia's army is making headway, albeit slowly. Ukrainian forces have been ordered to withdraw from the town of Severodonetsk, putting Russia within spitting distance of controlling all of Luhansk province, one of two that together form the Donbas region. Slovyansk, in the north-east of Donetsk, the other province in Donbas, is also under attack (see map).



The Economist

Ukraine's forces, outgunned and until recently largely outranged in artillery, have been mauled. The government says they are suffering as many as 200 casualties a day. On June 15th a Ukrainian general said that the army had lost 1,300 armoured vehicles, 400 tanks and 700 artillery systems, far more than previously thought. Many of Ukraine's most experienced and best-trained units have been destroyed, leaving greener reservists to take their place. On June 19th British defence intelligence said there had been desertions among Ukrainian troops.

Yet this does not mean Russia will sweep through Donbas. Its advance has been slow, grinding and costly, enabled only by massive, indiscriminate bombardments. New recruits are getting just a few days of training before being thrown into battle, according to the *bbc's* Russian service. Morale is low: British intelligence points to "armed stand-offs between officers and their troops". It has taken more than two months to capture Severodonetsk, and Slovyansk and next-door Kramatorsk are better fortified.

Russia still has plenty of munitions and equipment, says Richard Connolly, an expert on the country's economy and defence industry. Russian arms factories are said to be working double or triple shifts, he notes. Russia also has large stockpiles of old tanks to draw on. Over time, shortages will bite, but they are more likely to lead to the deployment of outmoded or poorly maintained weapons than to a total drought, Mr Connolly believes.

Men, not machines

Manpower is a bigger problem. Vladimir Putin, Russia's president, has refused to call up conscripts and reservists *en masse*. Instead of a general mobilisation, says Michael Kofman of *cna*, a think-tank, his army is creating new reserve battalions by signing up new recruits. But finding enough of them is difficult: the government has had to offer lavish pay, of almost three times the median wage. The injured and bereaved have been promised generous settlements, too. The Duma, Russia's parliament, recently lifted the maximum age to join the army from 40 to 65. The authorities are trying to lure recently retired soldiers back into service.

In an effort to create battle-ready forces much faster than usual, the newly enlisted are being mashed together with serving officers who have not yet deployed and residual equipment from existing brigades, Mr Kofman notes. But generating new units in this way amounts to "selling off the family silver", says a Western official. The officers and equipment assigned to them would normally be used to train new soldiers or to relieve battle-worn troops. Russia is, in effect, cannibalising its own forces, Mr Kofman says, which will reduce "the overall sustainability of the war effort".

Russia's shortage of well-trained troops is one reason its advance in Donbas has been glacial. Ukraine, despite a smaller population, has a larger supply of eager recruits. Training them remains a

bottleneck, but that could be overcome with a little help: on June 17th Mr Johnson proposed a scheme whereby Britain would train as many as 10,000 soldiers every 120 days.

Ukraine is also receiving ever more sophisticated Western weaponry. To begin with, it sought chiefly short-range, portable anti-tank and anti-aircraft missiles to fend off advancing armoured columns and marauding helicopters. More recently, however, America, Britain and others have been supplying modern artillery and rockets, which will be much more useful in any counter-attacks. On June 23rd Ukraine's defence minister said that American HIMARS rocket launchers, with GPS-guided munitions, had begun to arrive.

Indeed, some Ukrainian officials, including Volodymyr Zelensky, the president, argue that if Western help arrives on a sufficient scale, Ukraine may be able to win the war before winter sets in. A military intelligence officer says that Ukraine's best window for a counter-offensive will come in late October, when its stock of Western arms should be peaking. "We need the enemy to feel the full force of the weaponry," he says. There is talk of pushing Russia back to its positions at the start of the war, and then negotiating a peace deal from a position of strength.

But this optimism glosses over several yawning pitfalls. For one thing, Ukraine's forces have used most of their munitions and, without the domestic manufacturing capacity to replenish them, are now completely reliant on foreign benefactors. The recent fighting has centred on long, heavy artillery barrages that consume vast amounts of ammunition. Russia, which has huge stocks, is thought to be blasting away so indiscriminately that America's entire annual production would be enough to keep its guns firing for only two weeks, observes Alex Vershinin, a retired US Army officer. Even though Ukraine has been trying to ration its consumption, NATO countries may struggle to keep it adequately supplied with shells.

What is more, Ukraine's backers have already handed over a big share of their stocks of certain weapons. The 7,000 Javelin anti-tank missiles America has provided, for instance, are thought to amount to about a third of its total inventory. Western armies do not want to let their own supplies run too low; in fact, many of them are hoping to add to them in light of [Russia's aggression](#).

Although America and Europe, with vastly larger economies than Russia, could eventually gear up to produce whatever Ukraine needs, their output of shells and missiles will not double overnight. America produces only 2,100 Javelins a year. Mr Vershinin notes that the number of American small-arms plants has shrunk from five during the Vietnam war to one today.

Maintaining all the fancy NATO kit is also hard. America and Germany taught Ukrainian soldiers to use their howitzers in a couple of weeks, but learning how to fix them is another matter. The use of artillery pieces is so intense that many have already broken down and have been sent to Poland for repair. This problem will grow as complex weapons like HIMARS arrive and Ukraine gradually moves from Soviet hardware to weapons provided by NATO.

Perhaps most important is how Ukraine deploys its new arsenal. Many of the weapons that it is getting were designed in the cold war to face down precisely the adversary that Ukraine now faces in Donbas: a Soviet-style army using heavy firepower. The worry in some Western countries is that Ukraine will try to match Russia gun for gun, and so blaze through its ammunition at a prodigious rate. "If you want to use HIMARS as an area weapon," warned Ben Wallace, Britain's defence secretary, on June 29th, "you'll be running out of ammunition in 12 hours."

The aim is to encourage Ukraine to use rocket launchers and other long-range systems in line with their original purpose of fighting a "deep battle": hitting important Russian targets, such as command posts and railway hubs, many kilometres behind the front lines. There is evidence that Ukraine is indeed making a concerted effort to strike deep inside Donbas. Mr Wallace says that five ammunition dumps have recently been blown up, along with a number of Russian headquarters.

This offers a path, if not to outright victory, then at least to a standoff that imposes severe costs on Russia. Western officials doubt that Ukraine will be able to take back all the land it has lost since the invasion began. After all, the war has shown how much easier it is to defend than attack, and Russian forces are well dug in. But if Ukraine can be kept supplied with arms and ammunition and uses its new firepower judiciously, it could recapture pockets of territory, sow chaos in Russia's rear and inflict unsustainable losses in terms of men and materiel on a Russian army that is stretched thin along a huge front.

It is not just weapons that Ukraine will need to pursue such a strategy, however; the government is also desperately short of money. The war has smashed its economy: the central bank and the IMF reckon that output could shrink by more than a third this year—a blow on a par with the Depression in America in the 1930s. More optimistic analyses hold that it is the occupied regions that are most afflicted, and that activity elsewhere has recovered somewhat after a plunge in March, with the current year-on-year contraction amounting to perhaps 15%.



The Economist

Either way, Ukraine's public finances have been upended. The government has had to spend lavishly not only on the armed forces, but also to provide humanitarian assistance to the injured, unemployed and displaced—even as it has cut taxes to succour the limping economy. The result is a deficit of about \$5bn a month.

Under the circumstances, investors are naturally reluctant to lend to Ukraine. Tax rises would be counterproductive, given the atrophy of the economy. The government is trying to cut some spending: it recently curbed unemployment benefits, for example. The West has pledged lots of aid, but it is not arriving fast enough to balance the books. So the government has been reduced to printing money. The central bank has been purchasing government bonds since the invasion began, at an ever accelerating pace (see chart). At the same time it is burning through its foreign reserves in an effort to stabilise the hryvnia. Inflation, already 18%, is rising. Should the West allow the government's finances to spiral out of control or the economy to cease to function, the military outlook would inevitably darken, too.

Bearing up

Russia looks in much better economic shape, by contrast. After a brief wobble brought on by fierce Western sanctions, the rouble has recovered. Fears of a bank run have receded. Although Western firms have pulled out as much of the \$300bn or so they have invested in local outlets and factories as they can, and many educated Russians have fled the country, most forecasters expect a relatively manageable contraction this year, thanks in part to heavy government spending. Mr Putin frequently insists that the sanctions hurt the West more than they do Russia.

In fact, sanctions are taking a toll, largely by depriving the economy of crucial imports. Car production is down by more than 80% from its pre-invasion level—a reflection, in part, of the difficulty that manufacturers have obtaining parts from abroad, but also of declining consumer demand. In May dealers sold just 26 Porsches in Russia, 95% fewer than the year before. Output of lifts has fallen by half, pointing to a slump in big construction projects.

The shortage of critical components is a worry for Russia's generals, too. "We have reports from Ukrainians that when they find Russian military equipment on the ground, it's filled with semiconductors that they took out of dishwashers and refrigerators", Gina Raimondo, America's commerce secretary, told Congress in May. Although some Russian firms do make computer chips, and are trying to boost output, their wares are more expensive and less sophisticated than imported ones.

But relatively few munitions factories seem to be affected so far, Mr Connolly notes, perhaps because Russian defence firms tend to hoard important parts, a hangover from Soviet central planning. What is more, Western sanctions are not watertight and, thanks to its oil revenues, Russia has plenty of money to spend subverting them. The government has been seeking alternative supply chains for some time. A new paper from rusi, a think-tank in Britain, points to "myriad companies based around the world, including in the Czech Republic, Serbia, Armenia, Kazakhstan, Turkey, India and China, who will take considerable risks to meet Russian supply requirements". China has signalled willingness to supply spare parts to Russian aircraft firms.

Indeed, Mr Putin appears confident that time and money are on his side. Even if Russia's forces fail to advance rapidly, they have succeeded in blockading Ukraine's ports, contributing to the strangulation of its economy. And although neither the Russian public nor the elite was eager for war, Mr Putin's ruthless security forces and energetic propagandists have kept dissent to a minimum. It helps that most of the army's new recruits—and casualties—appear to come from small towns in poorer provinces, meaning that Russia's big cities have been shielded from the worst effects of the war.

But the lengths to which Mr Putin has gone to avoid a general mobilisation suggest that he is not confident that Russians are willing to put up with a long and bloody war. By the same token, the economic optimism currently displayed by businessmen and the broader population could also evaporate as the longer-term costs of the war, Western sanctions and emigration start to sink in.

Many in Ukraine fear that Russia may resort to more ruthless tactics if the war drags on too long for Mr Putin's comfort. It could, for instance, target the power grid and heating facilities as winter approaches—a move that would impose an enormous humanitarian cost on the general population. Ukrainians seem to be steeling themselves for such privations, however. Data from Rating, a polling agency, show that well over half of them now believe the war will last at least six months, up from 10% in a sample taken in early March. Nonetheless, fully 93% of respondents say Ukraine will prevail in the end, with varying degrees of confidence. "Ukraine has started to believe in itself," says Alexei Antipovich, Rating's boss.

Ukrainians remain firmly against the idea of negotiations with Russia, with the mood against compromise shifting decisively following the reporting of Russian atrocities in the second half of March. They fear a repeat of the Minsk accords, the French- and German-brokered peace deals that drew new lines in Ukrainian sand but never satiated Russian appetites. Ukraine does not believe the Kremlin will stop at anything other than complete surrender. "We either win or we lose," says Oleh Zhdanov, a former operational officer at Ukraine's General Staff.

Ukraine's allies may not take such a black-and-white view of things. Indeed, Mr Putin may find them easier to dishearten than Ukrainians. By [slashing exports of gas](#) through the main pipeline from Russia to Germany, he recently signalled that he is willing to take Europe's economy hostage to advance his war aims. Soaring gas prices and economically crippling shortages over the winter would almost certainly induce some European governments to lean on Ukraine to accept an imperfect truce.

Several European countries, most notably Germany, were painfully slow to start giving Ukraine heavy weapons. Many are still reluctant to describe their goal in sending arms as helping Ukraine to “win” the war. There is certainly no unanimity within nato about how to define victory. The longer the war goes on, and the higher the cost in terms of punishing energy prices and decelerating economies, the more reluctant Ukraine’s allies will become to provide endless weapons and cash. Mr Putin, for one, seems to be counting on the West’s resolve to crumble.

3 juillet (The Economist)

<https://www.economist.com/by-invitation/2022/06/30/john-barrasso-wants-america-to-lead-the-world-in-nuclear-energy>

By Invitation | Nuclear energy

John Barrasso wants America to lead the world in nuclear energy

The senator says smarter subsidies and domestic production of nuclear fuel would revive his country's sector



Jun 30th 2022

Sixty-four years ago, President Dwight Eisenhower attended the opening of America's first commercial nuclear power plant in Shippingport, Pennsylvania. The project was part of his programme "Atoms for Peace", launched five years earlier, in 1953. Eisenhower's bold decision to focus on the peaceful uses of nuclear power helped to create an entirely new American industry.

From the Manhattan Project in the second world war until the beginning of the 21st century, America was the undisputed leader in nuclear energy. For generations it was top in nuclear engineering, reactor design, nuclear services and technical expertise. Until 1980 it could also boast of having the world's largest uranium-production industry. Today nuclear plants generate half of America's emissions-free power. But years of neglect have weakened the entire sector. We must act now to reverse this decline.

Since 2013, 13 commercial nuclear power reactors have closed, leaving America with 92 in operation. During that time only one reactor has come online; just two more are under construction (they are also thousands of days behind schedule). The need for reliable and carbon-free power generation is growing, so nuclear energy's prospects ought to be much brighter. It is the largest source of emissions-free power by far. And as it provides electricity without periods of intermittency, it is critical for the reliability of our grids.

Policies weighted heavily towards renewables, including generous federal and state subsidies, have stacked the deck in favour of wind and solar power. According to data from the Energy Information Administration, the independent statistical wing of the Department of Energy, the subsidies for electrons generated from wind and solar facilities are many times greater than those generated from nuclear power. Government entities are pushing for a transition to carbon-free energy generation, but have excluded nuclear energy from the mix. The state of California—at least until recently—is one example. When the government steps in to give renewables such a massive advantage, nuclear plants find it hard to compete.

Any serious attempt to address climate change must recognise that promoting renewables at the expense of nuclear power is counterproductive. There is room for both. California seems to be getting the message at last. Officials there realise the state may lack enough electricity-generation capacity to keep the lights on. In recent months Governor Gavin Newsom has been reconsidering California's decision to close its last operating nuclear power plant.

Nuclear power also matters to America's foreign interests. Vladimir Putin's invasion of Ukraine has shown the danger of relying on Russia for energy. It's clear that a strong nuclear-energy presence makes sense when it comes to the environment and to energy security. America's adversaries have been busy trying to corner the nuclear market. Russia and China have subsidised their government-owned nuclear companies to boost their international influence. Russia has been securing long-term deals around the world in countries such as Turkey and India. China is building and deploying at home more nuclear reactors than any other country. China is also aggressively pursuing sources of uranium by investing heavily in countries where uranium is found. Its government has made investments in countries including Namibia, Niger, Kazakhstan and Australia and is considering buying into uranium production in other nations.

Yet America remains a global leader in commercial nuclear-reactor technologies and is leading the way with innovative advanced reactors. In 2018 I wrote and passed legislation to ensure our regulators are able to license these facilities efficiently. But sustaining our nuclear industry and offering a viable alternative to Russian and Chinese suppliers requires us to produce our own nuclear fuel. We now rely on imports for well over 90% of our uranium. About 50% comes from Russia, Kazakhstan and Uzbekistan combined.

America has vast uranium reserves. Russia—which accounts for about half of the world's enriched uranium capacity—has for years flooded the market with artificially cheap fuel. This makes American production unprofitable. Russia's manipulation of the international market has also forced America's only uranium conversion facility (Honeywell's Metropolis Works facility, or mtw, in Illinois) to shut down and our only enrichment facility to operate at reduced capacity. Thanks to growing international demand, however, mtw is expected to reopen in 2023.

Without competition from American producers, Mr Putin is in the driver's seat. Sales of Russian uranium are helping to finance his invasion of Ukraine. Russia may have pocketed as much as \$1bn in sales of uranium to America alone in 2021. We have gone from "Atoms for Peace" to "Atoms for Putin". It has to stop.

Uranium needs to be added to the list of banned Russian fuels. In the longer term, America must maintain secure supply chains for industries of strategic importance. A robust domestic nuclear-fuel supply chain would meet the needs of our existing fleet of reactors. America also needs to establish a strategic uranium reserve.

As important, we need new enrichment capability to produce high-assay, low-enriched uranium, or haleu, for advanced reactors such as TerraPower's Natrium one, which will be built in Wyoming and is scheduled for completion by 2028. That will enable us to sell advanced reactor designs to our friends and allies. At present Russia is the only commercial supplier of haleu. Until we have commercial-scale haleu enrichment, we should draw from the Department of Energy's stockpile of the stuff.

I have legislative proposals to deal with each of these issues. Senators and representatives from both sides of the aisle ought to be able to agree on an agenda that curbs Russia's market power, promotes America's energy independence and expands our supply of reliable, emissions-free energy. We have the opportunity to help secure America's vital energy-security interests. It's time to capitalise on new applications for nuclear power, such as for hydrogen, ammonia and isotope production, wastewater treatment and water desalination. To do this, we cannot rely on Mr Putin's Russia or any other adversary or unstable regime. It is time to make America the world leader in nuclear power again.

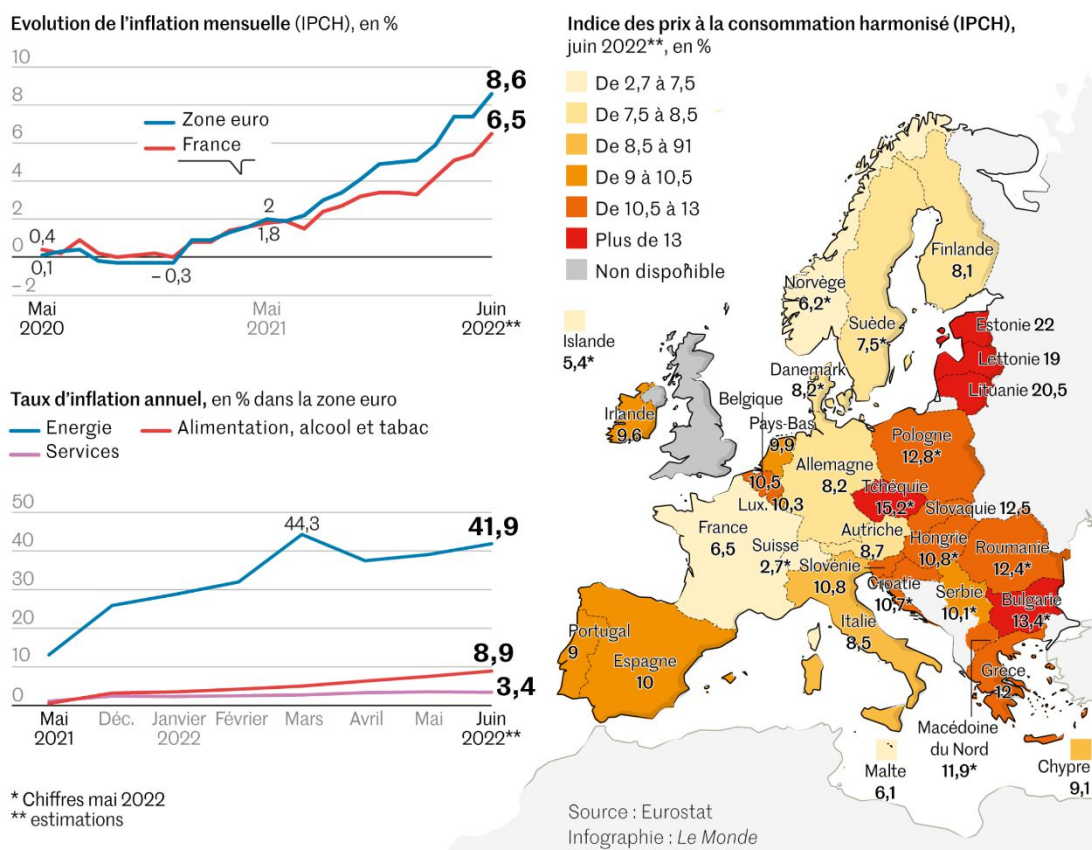
Inflation : pourquoi de tels écarts en Europe ?

Les disparités de hausse des prix sur le continent s'expliquent notamment par le poids de l'énergie et de l'alimentation dans le budget des ménages, très différents selon les Etats.

Par [Béatrice Madeline](#)

Publié hier à 07h55

La flambée des prix affecte l'ensemble des pays européens



Au sein de la zone euro, l'inflation fait le grand écart. La hausse des prix en Estonie a atteint 22 % en juin, selon les chiffres publiés vendredi 1^{er} juillet par Eurostat, soit trois fois plus que les 6,5 % enregistrés en France. La Belgique, bien que frontalière de l'Hexagone, a vu ses prix augmenter de 10,5 %, l'Espagne de 10 %, alors que l'Allemagne n'affiche que 8,5 % de hausse, soit un niveau proche de la moyenne de l'union monétaire. Comment expliquer de tels écarts, déjà observés lors de la crise financière de 2008 ?

La première raison est particulièrement valable pour la France et tient aux mesures budgétaires prises par le gouvernement pour limiter l'impact de la valse des étiquettes sur le pouvoir d'achat. Le bouclier énergétique et la remise de 18 centimes sur les carburants ont ainsi permis de minorer de deux points la hausse des prix dans l'Hexagone.

Cette dispersion des taux d'inflation en Europe reflète aussi les différences dans les modes de consommation des ménages, ainsi que le poids de l'énergie et de l'alimentation dans leur budget. L'Insee s'est ainsi prêtée à un exercice théorique : il a appliqué la structure de la consommation française à chacun des autres pays membres. Il en résulte que si les Espagnols consommaient un panier de biens et services identique au nôtre, par exemple, l'écart d'inflation entre nos deux pays serait plus bas d'un tiers, car le poids des carburants est plus lourd dans le budget des Espagnols.

Bouclier tarifaire en France

L'inflation actuelle provenant pour une large part des prix de l'énergie, le mode de fixation des tarifs du gaz et de l'électricité explique aussi les différences entre pays. En France, c'est ainsi que la contribution de l'électricité à la flambée des prix est la plus faible, du fait de la mise en place du bouclier tarifaire à l'automne 2021. En Espagne, le système local de « tarification dynamique » rend les prix de consommation beaucoup plus dépendants des fluctuations des prix de production. La situation est radicalement différente en Allemagne, où les distributeurs d'énergie ne révisent les tarifs qu'une fois par an.

D'une manière générale, rappelle Julien Marcilly, économiste en chef chez Global Sovereign Advisory, « *la façon dont la concurrence joue dans les différents secteurs d'activité* » et le poids des services – plus ou moins confrontés à la concurrence internationale – dans l'économie expliquent que les prix n'évoluent pas partout au même rythme en Europe.

Enfin, ajoute M. Marcilly, la situation du marché du travail n'est pas totalement étrangère au rythme d'inflation constaté. En Belgique ou aux Pays-Bas, où le niveau des emplois vacants a atteint un plus haut historique, l'inflation est plus élevée qu'en France ou en Italie, car la pression pour des hausses de salaires y est plus forte. Quant aux pays baltes, leur situation particulière, avec un niveau d'inflation qui frôle ou dépasse les 20 %, s'explique en partie par leur stade de développement économique. « *La croissance économique y est plus forte qu'ailleurs : les salaires y augmentent donc plus vite, comme l'inflation* », souligne-t-il.

3 juillet (WSJ)

<https://www.wsj.com/articles/happiness-link-success-research-freud-11656553277?page=1>

SCIENCE OF SUCCESS

The Happiness Data That Wrecks a Freudian Theory

In a five-decade study involving more than 2,000 participants, researchers found that success doesn't, in fact, make people unhappy



THOMAS FUCHS

By [Ben Cohen](#)

Science of Success is a new column that will reveal the hidden figures, unlikely forces and market shifts behind the news as it aims to answer a big question: Why do people, [companies](#) and [ideas](#) succeed or fail?

Does success make us miserable?

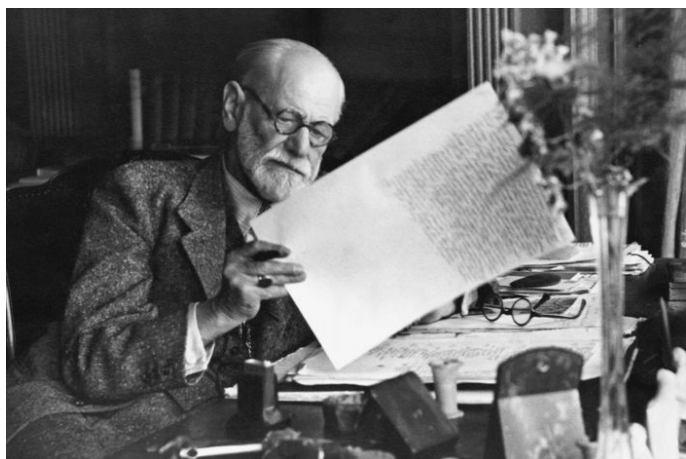
Sigmund Freud was one of the first to propose this peculiar form of distress in an essay he published more than a century ago. It was a theory built around a few case studies: a patient who fell into depression after earning a promotion at work, another patient who fell apart when she married her longtime partner—and Lady Macbeth, who was not his patient. They were, as [Freud famously put it](#), “wrecked by success.”

There are so many examples of this paradox these days that it's easy for anyone to delude themselves into believing the most successful are the least happy.

The notion became pervasive enough that a team of psychologists decided they should figure out whether Freud's hypothesis in his 1916 essay “Some Character-Types Met With in Psycho-Analytic Work” was actually true. And they had one big advantage over everybody who tried solving this particular mystery of success before them.

“We had a lot more data,” said David Lubinski, a professor of psychology at Vanderbilt University. “This was data that was not available and really unimaginable in Freud's time.”

The source of that data was an extraordinary project called the [Study of Mathematically Precocious Youth](#), a 50-year longitudinal survey of gifted students overseen by Dr. Lubinski and Camilla P. Benbow at Vanderbilt. Tracking the same population of talented individuals over extended periods starting in 1972, from when they were children with potential to when they had children of their own, has proven to be valuable in all sorts of unpredictable ways. These psychologists have the answers to many riveting questions about human behavior. Their job is figuring out what to ask.



Freud slipped. Success won't destroy you. PHOTO: BETTMANN ARCHIVE/GETTY IMAGES

After using Freud's question as inspiration and taking a decade to dig through [their data](#) on 2,322 people, [they recently reported](#) their contrarian and provocative findings about success.

"It doesn't make us unhappy," Dr. Lubinski said. "People who choose to be highly successful in their careers shouldn't worry that they're putting themselves at risk for medical or psychological harm."

This might sound intuitive to anyone other than Freud. Of course success doesn't make us unhappy! But what's remarkable is how counterintuitive it happens to be.

Nobody would describe a time of war, disease and financial pain as pleasant. This is an age when billionaires who could be sailing their yachts into blissful solitude have become screaming maniacs on social media instead. If success is driven by a lack of fulfillment, many aren't fulfilled by their success. And that's more torturing than failure.

Maybe you've felt this yourself. More likely is that you can think of someone who is existentially anguished despite getting a promotion or making a fortune or plotting bloody regicide to become the Queen of Scotland. It's a curious part of modern life that the very successful and vocally miserable stand out more than the ones who admit they are content.

This is how the human mind works. We see exceptions and spin them into rules. We take slices of information and make sweeping conclusions, as another pair of psychologists, Daniel Kahneman and Amos Tversky, found in their pioneering work on judgment and decision-making.

But close readings of Shakespearean characters and compelling anecdotes disguised as scientific evidence are no match for mountains of data—and the Study of Mathematically Precocious Youth is Everest.

"This is probably the largest study of its kind," said Frank Worrell, a University of California, Berkeley professor and president of the American Psychological Association.

A longitudinal study monitors people and the factors that influence them over time, and maybe the most famous one would never describe itself that way. It's a series of documentaries starting in the 1960s that have followed the same group of British people since they were 7 years old ("Seven Up!") every seven years through the present ("63 Up"). Those movies actually have a lot in common with the Study of Mathematically Precocious Youth.

"Except we have more participants," Dr. Lubinski said.



Work by psychologist Daniel Kahneman has shown that when it comes to judgment and decision-making, people are often biased by the first examples that easily come to mind. PHOTO: BENEDICT EVANS FOR THE WALL STREET JOURNAL

The SMPY was founded by Julian Stanley, an educational psychologist who died in 2005. By then, the husband-and-wife team of Dr. Lubinski and Dr. Benbow were running the study. They had inherited thousands of exceptional individuals worth tracking over a half-century. The oldest participants were identified between 1972 and 1983 based on their SAT scores, which means children whose talents were spotted before they were teenagers are now adults in their 50s and 60s.

The subjects were asked not long ago to complete the latest round of surveys as they entered midlife because the psychologists had figured out what question they wanted to ask: Is there a link between success and unhappiness?

By scrutinizing the lives and careers of 1,826 people in their first study, using income as the closest proxy for success, the researchers found that Freud had slipped. The exceptionally successful were not unhappy. In fact, if anything, the opposite: They were healthier and happier than the unsuccessful.

They reached this conclusion by analyzing three cohorts of SMPY participants and sorting them by gender lines and their levels of giftedness. They looked at their salaries, marriages, feelings of self-esteem, attitudes on aging, psychological distress levels, rankings on a variety of scales that calculate well-being and 44 different health conditions.

The authors of this month's paper in *Perspectives on Psychological Science* could have published the results of that first study years ago. They didn't. Instead, they wanted to check their own results, which meant they needed to find another group of comparable subjects nearing their 50th birthdays. They wouldn't have to search very far or wait very long. More data was on the way.

In almost every way the psychologists could think to measure, there was no connection between the subjects' success and unhappiness.

The next wave of the Study of Mathematically Precocious Youth was recruited by Dr. Lubinski and Dr. Benbow three decades ago, when the subjects were elite STEM doctoral candidates at Harvard, Yale, Princeton, Stanford, Caltech, MIT and other top graduate schools.

They, too, defied Freud. In almost every way the psychologists could think to measure—their physical and mental health, the quality of their relationships, their overall satisfaction with life—there was no connection between their success and unhappiness.

Any psychologist can see how clever this longitudinal study is, but there is also something beautiful about how it has unfolded. It was originally designed as an experiment in educational interventions. It developed into something more profound.

When I spoke with Dr. Lubinski, I couldn't resist an obvious question. His team had just finished a project that was many years in the making. How did he feel about this success?

“I’m so happy,” he said.

2 juillet (The Economist)

https://www.economist.com/finance-and-economics/2022/06/30/can-europe-keep-the-lights-on-this-winter?utm_content=article-link-1&etear=nl_today_1&utm_campaign=r.the-economist-today&utm_medium=email.internal-newsletter.np&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=7/1/2022&utm_id=1222418

Finance & economics | Power outage

Can Europe keep the lights on this winter?

The energy crunch intensifies



Jun 30th 2022

Europe's energy war is becoming total. Having already banned or promised to ban imports of Russian oil, leaders of the G7 group of countries said on June 28th that they would explore ways to cap its price, as well as that of Russian gas. Populations are being prepared for pain. Britain has hinted that it will reform its power market to curb the influence of natural gas on domestic prices. French utilities have called on consumers to cut energy use "immediately". One goal of such manoeuvres is to deprive Russia of much-needed revenue. Another is to try to ward off the energy crunch that looms over Europe.

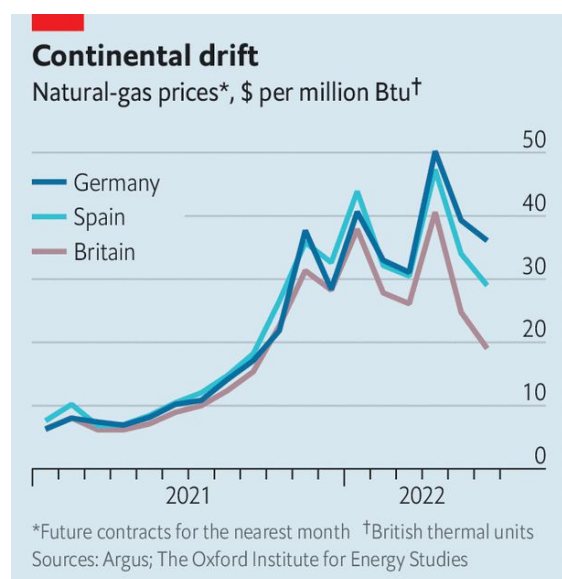
Only a month ago it looked like a crisis might be avoided—just. As America cranked up its exports of liquefied natural gas (LNG), its share of Europe's total gas imports rose from 6% in September to 15% in May, even as Russia's slumped from 40% to 24%. What gas Europe needed from its troublesome neighbour still flowed. Russia did turn off the taps to Bulgaria, Finland and Poland after they refused to pay in roubles, as it had demanded, but they bought little in the first place. The continent's reserves were building up at a record pace.

Then two things happened. On June 8th a fire shut down the Freeport gas-liquefaction facility in Texas. The outage, which is expected to last 90 days, has deprived Europe of 2.5% of its gas supply. A week later Gazprom, a Russian energy giant, said that supply to Europe through the Nord Stream 1 pipeline would fall to just 40% of capacity, ostensibly because of the delayed return of a turbine being serviced in Canada (Gazprom blames sanctions). That took another 7.5% off Europe's supply.

There are few other sources. LNG terminals are running at full tilt. Little more can flow through pipelines from Algeria, Azerbaijan or Norway. Restarting the Dutch gas field of Groningen, which once supplied as much as Nord Stream but was phased out after causing earthquakes, is politically tricky. The result, reckons Rystad Energy, a consultancy, is that the EU's gas-storage facilities will be two-thirds full by the end of October, short of the bloc's target of four-fifths. There is even a fear that Nord Stream, which is due for regular servicing in July, will not restart once the maintenance ends. If so, Europe may enter the winter with storage levels at just 60%.

That raises questions about the continent's ability to stay warm this winter. Moreover, gas-fired power generation has become the marginal source of electricity supply over the past year in western

Europe, implying that its cost is what sets power prices across the region. Last year this was partly because renewable-power generation was hampered by droughts (and thus feeble rivers) and insufficiently strong winds. This time the problem is that nuclear reactors in France require maintenance and are running at less than half their capacity. That is draining Europe's power supply—just as a heatwave in the south is boosting demand for cooling. France's spot power prices averaged €197 (\$206) per megawatt-hour in May, compared with €15 a year ago.



The Economist

One way Europe copes with imbalances is through trade. France, once the region's largest exporter of power, is now buying electricity from its neighbours. Wholesale gas is now dearer in Germany and eastern Europe, because of the reduction of supply through Nord Stream (see chart). That will incentivise flows from Britain and Spain, which have lng terminals. But it will not increase the aggregate supply of fuel and power. And there are signs that, in a crunch, unity could fray. On June 29th it emerged that one of Britain's first steps in an emergency would be to cut off gas to mainland Europe.

eu countries are thus scrambling to find alternatives to gas. Germany has reversed plans to retire more than one-fifth of its coal-fired power stations this year. Austria, Britain, France and the Netherlands have said they may either delay closures of, or reopen, coal plants. Some of the seven European nuclear plants that are due to be shut by the end of winter may also be kept operating a bit longer. Yet even if all of this is done, gas will probably continue to set electricity prices. A futures contract for Germany's "baseload" (ie, non-renewable) power in December currently trades at 25% above gas-fired power-generation costs, suggesting that the market is pricing in a gas crunch, plus a premium.

A persistent supply shortfall means demand will have to adjust. High prices might do part of the job. But rationing may also have to be imposed on gas- and power-hungry companies, such as producers of fertiliser, glass and steel. How drastic those curbs are, and whether they end up being extended to households, will in turn depend on two wild cards: winter temperatures on the continent; and the extent to which China bounces back from covid-19 lockdowns and soaks up more lng. Europe has so far been unlucky in its energy war with Russia. If it is to keep the lights on until the spring, that needs to change.

2 juillet (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/07/01/opinion/liberal-patriotism-july-fourth.html>

GUEST ESSAY

Democrats Need Patriotism Now More Than Ever

July 1, 2022



By Jedediah Britton-Purdy

Mr. Britton-Purdy is a professor of constitutional law at Duke and the author of the forthcoming book “Two Cheers for Politics: Why Democracy Is Scary, Flawed, and our Best Hope.”

Fourth of July fireworks echo eerily in a divided country. In theory, this patriotic holiday marks what holds us together, beyond all our disagreement. In practice it amplifies American division. The year that Independence Day memorializes, 1776, also lends its name to the Trumpist 1776 Project, a riposte to the 1619 Project. The very idea of patriotism risks becoming a partisan marker: In 2019, fully 76 percent of Republicans and only 22 percent of Democrats said they were “extremely proud” to be American, according to Gallup.

A recent Quinnipiac poll asked Americans whether they would fight or flee if the country were invaded: 68 percent of Republicans said they would stay and fight, compared with 40 percent of Democrats. Although such questions can only be conjectural, this one does suggest that some progressives are not so sure the country is worth saving, or at least risking their lives to save.

Conservatives often say that liberals don’t really like this country, and these figures suggest they might have a point. In progressive circles, claiming patriotism is, at best, an eyebrow-raiser. As the 245th anniversary of the Declaration of Independence arrives in a country with the world’s highest incarceration rate, sky-high per capita carbon emissions, an epidemic of gun violence and abortion bans across much of the American map, progressive disgust has clear appeal.

But progressives need patriotism, more than ever in a time of understandable anger and despair. We want to make the world better by our lights, and to do that we need a stronger democracy. Patriotism in the right spirit fosters the civic trust and solidarity that democracy needs.

Patriotism shouldn’t be an excuse for glossing over failures and crimes — just the opposite. It adds responsibilities, even sorrows, to our lives. But it also fosters affection and, yes, pride.

The patriotism we need is the patriotism of July 5, which used to be a rallying day for abolitionists, particularly in New York State. Before the Civil War, July 5 was a rejoinder to the hypocrisy of Independence Day, which trumpeted liberty in a country full of race slavery. It was also, for many

abolitionists, a day to continue the founding work of Emancipation, to build on and extend a flawed but radical inheritance.

Of course, some radicals, such as William Lloyd Garrison, embraced a fundamentally bleak vision of the country. Garrison denounced the Constitution as “a covenant with death and an agreement with Hell” and pronounced himself “ashamed of my country.” But others such as Frederick Douglass, who was more intimate with the horrors of American life, concluded that American politics was not just a grim fate but also a crucible of transformation.

Douglass, in the famous July 5 speech often called “What to the Slave Is the Fourth of July?” denounced national crimes in blistering terms, but also praised the Declaration of Independence as the pivot-point of Americans’ “yet undeveloped destiny.” Douglass called liberty and equality “saving principles” that the country could still make real.

Many progressive achievements have roots in the July 5 style of patriotism. When President Lyndon Johnson made the case for the Voting Rights Act in a national TV broadcast before Congress in 1965, he called the United States “the first nation in the history of the world to be founded with a purpose”: creating a free society of equal citizens. That purpose was a measure of failure as well as success.

In a country where “Emancipation is a proclamation and not a fact,” Johnson warned, if inequality was not addressed, America would “have failed as a people and as a nation.” The country could “gain the whole world and lose his own soul,” he said, paraphrasing the Book of Mark. The Rev. Dr. Martin Luther King Jr., too, called the principles of the American founding “a promissory note” that had come due, and urged the country to “rise up and live out the true meaning of its creed.”

This version of patriotism links criticism of our country’s failings with a commitment to changing them. It cleaves to principles of freedom and equality because they are right, and also because they are ours, they are us. It addresses America’s worst aspects, not as enemies to be eliminated (as in our many domestic “wars” on this or that) but as we would approach a friend or family member who had lost their way. In this spirit, even the harshest reproach, the most relentless list of wrongs, comes with a commitment to repair and heal, to build a more just and decent country. It also entails a practical faith: As long as change might be possible, we owe it to one another to try.

These may sound like the gentle tones of a more naïve time. Don’t we know more now than earlier generations did about the cruelty and complexity of history, the intensity of white supremacy in the early Republic, the constitutional compromises with slavery? Haven’t we outgrown complacent patriotism? But this is wrong and, really, embarrassingly parochial. We do not know more about American injustice than King, or, for that matter, Johnson, the son of bigoted East Texas who became a complex but effective civil rights champion. There was nothing complacent in their patriotism.

They insisted that every American ought to shoulder some of the responsibility for their country’s crimes and failings, whether or not they had personally benefited or suffered from them. And, for Johnson and King, everyone deserved to take some pride in American progress toward justice. Patriotism was a practical task: to appreciate and preserve what is good, work to change what is bad, and remember that part of what is good in a country is that citizens *can* change it. Patriotic effort came with no guarantee of success, but it was an obligation nevertheless — a duty akin to what the philosopher William James once called “the moral equivalent of war.”

Today, America faces threats to national well-being and even survival: climate change, racial inequity, oligarchy, the economic collapse of whole regions. But the enemy is not an invader: These slow-moving crises pit us against one another. Spewing our carbon, living in our economically and ideologically segregated neighborhoods and regions, trading accusations of bigotry and bad faith, we are one another’s problems. In these conditions, it is hard to find threads of commonality. At some point, a liberal gets tired of saying, “We are better than this,” when we seem resolutely not to be.

But there is something beyond both one last “We are better than this” and your preferred update of Garrison’s “a covenant with death and an agreement with Hell.” Progressive patriotism justifies risks and sacrifices to try to create a country that deserves them. Loyalty to the country, in this light, means faith that you and other citizens can still build better ways of living together. Progressive frustrations such as climate inaction, gun proliferation and the erosion of reproductive freedom are rooted in ways our political system stops majority opinion from ruling — through the Senate, the Electoral College, and the Supreme Court, for starters. Earlier political transformation, such as the New Deal and the civil rights movement, had to shift political power and make the country more democratic in order to make it better. Because democracy is power, and power is scary and dangerous, political trust and a generous vision of the country are especially important in making a country more democratic.

By the same token, peaceful political change is much harder among people who fear and mistrust one another, and who feel it intolerable for the other side to hold power. Only a quarter of Republicans, and about two-fifths of Democrats, [believe](#) the other party’s voters sincerely have the country’s best interests at heart. On the whole, Americans suspect that they live among people who are trying to destroy the country, and quite possibly to destroy them.

This is our dilemma. We need basic change, but cannot tolerate making it alongside fellow citizens who are also our partisan enemies. Yet we also cannot make it without them. We need one another’s support, maybe, and one another’s consent and cooperation, absolutely.

Patriotism softens the dilemma. It gives assurance that anger and criticism have affection and loyalty behind them. It conveys what Walt Whitman presented as the democratic promise: “I will accept nothing which all cannot have their counterpart of on the same terms.”

With the trust that this promise can support, it is possible to hear, even welcome, complex and critical ideas — support for troops but criticism of certain wars and policies abroad, decrying inequality because it means the country is not asking enough of itself. Without this trust, any disagreement can become existential, and in politics we veer between fighting for our lives and trying to ignore one another altogether.

Readers may bridle at any suggestion that progressives need more patriotism. Democrats are trying to hold Donald Trump responsible for his bid to steal the 2020 election, while Republicans are mostly obfuscating or worse. Isn’t saving American democracy the apogee of patriotism? Yes, true enough; but in a time this deeply divided and unstable, it isn’t enough to be the party that insists on following the rules.

Rules are distillations of a deeper picture of how to live together. Saving — or perhaps achieving — democracy will require convincing enough people to embrace a vision of the country in which everyone can vote, votes count and majorities rule. Our rules and institutions depend, in the end, on our attachment to living with a shared politics. With that attachment, win or lose, many things are possible. Without it, nothing lasts long.

Patriotism may look masochistic. Nation-states have done terrible things and killed hundreds of millions of people. The desire to get out from under them is a recurrent theme in modern life, from Stalin’s and Mao’s regimes to the antebellum and Jim Crow South. But large and complex societies, such as we all inhabit today, have found no other way to organize themselves. We cannot avoid the dilemmas of political power. We can only try to use it for good.

Patriotism can seem morally arbitrary. Why should a border or citizenship papers mark the boundary of solidarity? Of course they shouldn’t: Progressive patriots should work for the rights of migrants and for humane international policies. (Two examples: support for refugees and for a global vaccine program.) But patriotism is a practical political attitude, and countries are the units in which most political power exists.

We humans have just a few ways to come together and cooperate. Sometimes we are market actors, worth precisely as much as our money. Sometimes we are co-ethnics, measured by shared

language and religion, and the myth of bloodlines. Both economics and ethnicity bring us together as insiders and outsiders, or those who have and those who have not — particularly in the United States, with its braided histories of plutocracy and racial hierarchy. Only when we meet as democratic citizens do we become equals who can change the world together.

In a democracy, even a flawed one, patriotism supports our best chance to live as equals. As King explained in his denunciation of the Vietnam War, American empire and capitalist materialism at Riverside Church in 1967, his loyalties as a Christian radical went well beyond any nationalism, but as a citizen he called on fellow citizens to “recapture the revolutionary spirit” in American life and “make democracy real.”

Patriotism isn’t just a warm feeling, “loving the country.” It can fire anger when your own country upholds injustice or strips away essential freedoms, grief when pointless war abroad or avoidable violence at home makes America a destructive force. In politics as elsewhere, grief and anger are admissions of how much we have at stake in one another, and how much cause we have to care.

Patriotism isn’t a neutral, generic principle that somehow avoids taking sides. King and Johnson were fighting for their country’s soul against Americans with very different goals. But their way of evoking that fight — and, for King at least, of living it — could inspire what *Ebony* editor Lerone Bennett, Jr., writing about the crowd hearing King’s speech at the 1963 March on Washington for Jobs and Freedom, called “a certain surprise, as though the people had discovered suddenly what they were and what they had.”

Patriotic feeling is always attached to some vision of the country’s future, and, inevitably, to some Americans who share that vision more than others. It doesn’t transcend partisanship, but enriches partisan struggle, making it always an invitation to others to join you. It is a way of saying that we will not give up on one another, because the country that ties us together also gives us the power to remake it — in a better way, and, a patriot may feel, truer to itself.

2 juillet (WSJ)

https://www.wsj.com/articles/restoring-a-constitutional-climate-west-virginia-v-epa-supreme-court-john-roberts-neil-gorsuch-11656620882?mod=hp_opin_pos_2#cxrecs_s

OPINION

The Supreme Court Restores a Constitutional Climate

A 6-3 ruling in *West Virginia v. EPA* sets guardrails on the administrative state.

By [The Editorial Board](#)



The American Electric Power Co. coal-fired John E. Amos Power Plant in Winfield, W. Va., July 18, 2018.

PHOTO: LUKE SHARRETT/BLOOMBERG NEWS

This has been an historic Supreme Court term, and the Justices kept it going to the end with a major 6-3 decision Thursday (*West Virginia v. EPA*) reining in the administrative state. The subject was climate regulation but the message should echo across the federal bureaucracy.

The question was whether the Environmental Protection Agency could invoke an obscure statutory provision to re-engineer the nation’s electric grid. Prior to the 2015 Obama rule, the EPA had used the provision only a handful of times to regulate pollutants from discrete sources.

The rule would have effectively required coal and gas-fired generators to subsidize renewables. It was stayed by the Court in 2016 but revived by the D.C. Circuit Court of Appeals last year. Now the Court is burying it for good, and its legal rationale is especially important.

[Writing for the majority](#), Chief Justice John Roberts relies on the Court’s “major questions” doctrine. This requires courts to look with skepticism when agencies claim “in a long-extant statute an unheralded power’ representing a ‘transformative expansion” in its power. That’s what the Obama EPA did.

The three liberal dissenters criticize the majority for announcing “the arrival” of the major questions doctrine. But the Court has often invoked it over two decades to block administrative overreach, including during the Bush Presidency. Lower courts, by contrast, have mostly relied on the Court’s *Chevron* precedent to defer to regulators.

The majority’s decision in effect diminishes *Chevron* by instructing lower courts to first consider whether regulators are seizing unheralded powers that Congress hasn’t authorized. The Chief cites the Centers for Disease Control and Prevention’s eviction ban and the Occupational Safety and Health Administration’s vaccine mandate, both of which the Court overturned.

Justice Elena Kagan’s dissent accuses the majority of abandoning textualism. “Some years ago, I remarked that ‘[w]e’re all textualists now,’” she writes. “It seems I was wrong. The current Court is textualist only when being so suits it.”

Textualism has become en vogue among liberal jurists because they can use it to bend statutory text to their policy preferences. First, they claim statutory language is ambiguous. Then they decide that under *Chevron* an agency’s statutory interpretation is reasonable. Or sometimes they interpret narrow text broadly to give agencies expansive powers to do something that Congress never explicitly authorized or contemplated. Such faux-textualism divests the text of meaning.

The Court is now placing guardrails on *Chevron* to prevent lower courts from going off the constitutional road. Justice Neil Gorsuch’s concurrence, joined by Samuel Alito, is especially helpful in lighting the way for lower courts grappling with when and how to apply the major questions doctrine.

First, he writes, the doctrine applies when “an agency claims the power to resolve a matter of great ‘political significance.’” Second, an agency “must point to clear congressional authorization when it seeks to regulate “a significant portion of the American economy.”” Third, it may apply when an agency seeks to intrude “into an area that is the particular domain of state law.”

Justice Gorsuch adds that courts must examine the legislative provisions on which the agency seeks to rely “with a view to their place in the overall statutory scheme” and “may examine the age and focus of the statute the agency invokes in relation to the problem the agency seeks to address” as well as its “past interpretations of the relevant statute.” Note his emphasis on statutory language. The majority’s decision reinforces textualism as properly understood and bolsters the Constitution’s separation of powers.

The dissenters bemoan that Congress lacks the expertise to regulate technical subjects such as climate change. In a footnote, Justice Gorsuch devilishly cites Woodrow Wilson, a progressive critic of the Constitution and a founder of the administrative state, as believing in government

by experts because the people are fools. The real beef of the dissenters is that the Constitution purposefully makes it hard to pass laws.

Contrary to their critics, the Justices aren't blocking climate regulation. They are merely saying that the decision on whether and how to do it rests with Congress. As with many other decisions this term, the Court is telling Congress and the executive to stay in their proper constitutional lane.

Congress must give clear commands before the executive branch can write costly rules that tell Americans how to live their lives. The Court is reinvigorating the separation of powers and enhancing liberty in the bargain.

2 juillet (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/07/02/433775-quand-les-experts-deviennent-militants>

Analyse

ENTREPRISE ET MANAGEMENT

2 juillet 2022

Quand les experts deviennent militants

Philippe Silberzahn

Il est urgent de revenir en arrière et de dépolitiser l'expertise, qu'elle soit celle de l'entreprise, de l'enseignement et de la recherche, de la musique et même de la météo.



expert source <https://unsplash.com/photos/MYbhN8KaaEc>

Le 15 juin dernier, alors que les Français se préparaient à [vivre une canicule](#), Marc Hay, présentateur météo de BFMTV, décidait de se montrer alarmiste.

Se disant fatigué du manque de réaction des spectateurs face aux dérèglements climatiques, il déclarait : « *Je pense qu'il faut qu'on change notre manière de parler de ça car ça n'imprime pas.* » Si nombre d'observateurs ont salué cette position face à un des grands enjeux de la planète, on ne peut s'empêcher d'y voir aussi une dérive possible aux conséquences dangereuses, celle de l'expert devenu militant.

Je fais régulièrement l'exercice dans mes séminaires de formation lorsque nous étudions comment les organisations et les États se font surprendre par des événements qu'ils auraient dû voir venir. J'affiche en grand sur l'écran la phrase suivante : « L'état de la macro-économie est bon. » Elle a été écrite dans un rapport officiel en août 2008 par Olivier Blanchard, économiste en chef du FMI, soit quelques jours avant le début de la pire crise économique que le monde ait connu depuis 1929.

Je demande alors aux participants d'expliquer cette phrase. À chaque fois, il se trouve des participants pour estimer que Blanchard connaissait en fait la situation mais a menti pour éviter que les marchés financiers ne paniquent, qu'il a menti pour la bonne cause en quelque sorte. Nous savons aujourd'hui que la réalité est plus prosaïque : il s'est totalement planté, et l'a reconnu ensuite, et cela constitue un cas typique d'erreur majeure de prévision, mais ce n'est pas ce qui est intéressant. Ce qui est intéressant est que l'idée qu'un expert mente « pour la bonne cause », c'est-à-dire que la fin justifie les moyens, ne semble pas déranger les participants.

Experts militants

Bienvenue dans l'ère des experts militants. Ils sont partout de nos jours.

L'enseignant est un militant. Le présentateur météo est un militant. Le vendeur de chez Jardiland est un militant bio. Mon assureur est militant (et le revendeur) et toute la publicité devient militante : pas une publicité de voiture sans une incitation à faire appel au covoiturage, ou pour des aliments sans nous rappeler qu'il ne faut pas manger trop sucré ni salé. Les experts de l'OMS sont militants qui mentent sur [l'origine de la covid](#) pour ne pas offenser la Chine. C'est la BBC qui est militante en juin 2020 qui juge une manifestation « essentiellement pacifique » alors que les voitures brûlent et que 27 policiers sont blessés, parce que [la manifestation est organisée par Black Lives Matter](#), et que BLM est du côté du bien. Ce sont les journaux qui choisissent leurs titres pour éviter de mentionner que [l'attaque d'un bar gay en Norvège en juin 2022](#) est l'œuvre d'un islamiste.

Ce militantisme généralisé, qu'au premier abord on pourrait saluer comme une prise de conscience bienvenue par les entreprises des problèmes que connaît notre planète, est cependant problématique à plusieurs égards.

Premièrement parce qu'il pervertit la notion d'expertise. Si tout le monde est militant, il n'y a plus de vérité, mais seulement un discours au service d'une cause. Plus personne ne fait confiance aux experts. Nous basculons dans une ère de post-vérité où les experts sont en fait des vendeurs de causes. Dès lors tout se vaut, et la vérité est la première victime.

Deuxièmement parce que le militantisme est celui d'une seule cause, celle du « bien ». Il ne s'agit pas d'avoir un paysage où s'affrontent des militants d'opinions différentes, comme dans une démocratie saine, mais bien de définir ce que l'on doit penser d'un sujet, et de considérer toute pensée divergente comme inacceptable. Les mêmes qui exigent des entreprises qu'elles prennent position sur des sujets politiques applaudissent [Twitter lorsqu'il interdit Donald Trump de s'y exprimer](#). Autrement dit, prenez position, mais seulement sur nos positions, sinon taisez-vous.

Troisièmement, parce que ce militantisme est sous-tendu par une arrogance épistémique du sachant (ou croyant savoir). Ayant formé son opinion, Hay ne supporte pas que ses auditeurs ne l'adoptent pas. Pas un instant ne lui vient l'idée qu'il pourrait avoir tort, ou que la situation est peut-être plus compliquée qu'il ne le pense. Pas un instant ne lui vient l'idée qu'il devrait se limiter à nous dire le temps qu'il fera demain et garder pour lui ses opinions pour ce qui concerne le reste ; que nous sommes assez grands pour nous former une opinion sans lui, et que si il y tient vraiment, il peut démarrer une carrière d'éditorialiste en parallèle de son métier de présentateur météo. La prochaine fois que Marc Hay vous présente la météo, vous saurez qu'en fait il ne vous présente pas la météo. Il fait en sorte de vous convaincre de quelque chose qu'il croit important. Ne soyez pas dupes.

Enfin quatrièmement, le militantisme généralisé mine non seulement la cause qu'il veut défendre, mais la société tout entière. Si effectivement Olivier Blanchard avait menti pour la « bonne cause », on voit que sa « cause » n'a pas été bien servie puisque les marchés se sont effondrés.

Plus généralement, si tout est politique, le politique perd toute légitimité et il finit par se passer ce qui s'est passé en Europe de l'Est et qui fut magnifiquement décrit par [Vaclav Havel](#) dans *Le Pouvoir des sans pouvoir* : un épuisement général. Car la vitalité d'un corps social ne peut venir que de la diversité de ses composantes. Tout ce qui unifie tue. Non seulement aucune cause ne peut être utilement défendue par le mensonge sur le long terme, mais s'il peut réussir à gagner du temps, un système basé sur le mensonge finit toujours par s'effondrer, et les dégâts qu'il laisse sont considérables car la confiance ainsi détruite est le ciment d'une société.

Tout est politique ?

« *Tout est politique* » me disait récemment cette responsable *Diversité et inclusion* d'une grande entreprise française. Or cette croyance est la marque même du totalitarisme. En URSS, les

mathématiques, le sport et l'art étaient politiques et la génétique y a été condamnée comme bourgeoise.

De son côté, Mussolini déclarait : « *Pour le fasciste, tout est dans l'État, et rien d'humain ni de spirituel n'existe et a fortiori n'a de valeur, en dehors de l'État. En ce sens, le fascisme est totalitaire, et l'État fasciste, synthèse et unité de toute valeur, interprète, développe et domine toute la vie du peuple.* »

À ce « tout est politique » totalitaire répond le « chacun son champ d'action » libéral. C'est ce que défendait notamment [Peter Drucker](#).

S'il est aujourd'hui considéré comme le père du management, son premier livre, *The end of economic man*, était en fait un ouvrage économique et philosophique. Paru à la fin des années 1930, c'était un avertissement contre le totalitarisme qui avait notamment beaucoup marqué Churchill.

Reprenant une idée de [Tocqueville](#), Drucker y observait qu'à partir du milieu du XIII^e siècle, l'histoire politique de l'Occident a été en grande partie celle du démantèlement du pluralisme hérité du Moyen-Âge. Il fut achevé vers le milieu du XIX^e siècle lorsqu'il n'y avait plus alors qu'un seul centre de pouvoir dans la société – l'État. Mais au moment où le pluralisme semblait avoir été aboli, la grande entreprise apparaissait comme un nouveau centre de pouvoir autonome au sein de la société, rapidement suivi par l'association non lucrative. Ce pouvoir a bien sûr toujours inquiété la clérésie, qui n'a eu de cesse que de le réduire. La politisation de l'espace économique, et de celui de l'expertise en général, pour les mettre au service de « nobles » causes, n'a d'autre objet que de poursuivre cet effort.

Dépolitiser l'expertise

Il est urgent de revenir en arrière et de dépolitiser l'expertise, qu'elle soit celle de l'entreprise, de l'enseignement et de la recherche, de la musique et même de la météo. Dans un monde complexe et incertain, nous ne pouvons pas nous permettre de mettre toutes les composantes de la société au service d'une seule cause, si noble soit-elle.

Non seulement cela nous rend incroyablement fragiles, mais cela nous détruit de l'intérieur sans pour autant servir la cause en question. Recréer des espaces d'autonomie fonctionnant avec des logiques différentes est indispensable. C'est la marque d'une société libre et dynamique. C'est aussi, incidemment, la seule façon de redonner son indispensable crédit à la politique.

2 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/maennlichkeit-virile-tugenden-werden-seit-50-jahren-untergraben-ld.1691315>

In der heutigen Zeit sind Stärke und Wehrhaftigkeit gefragt. Doch diese virilen Tugenden sind aus dem Leben von Knaben und Männern so gut wie verschwunden

Empathisch und fürsorglich sollen die Männer sein – dies wird seit 50 Jahren gefordert. Auch die Pädagogik hat den feministischen Trend schon lange übernommen. Das hat Folgen, über die man vor dem Hintergrund des Krieges neu nachdenken sollte.

Walter Hollstein

02.07.2022, 05.30 Uhr



Hier ist von «soft maleness» keine Spur: Arnold Schwarzenegger bei einer Performance im Whitney Museum in New York, 1976.

Elliott Erwitt / Magnum

Zum ersten Mal seit 1945 gibt es in Europa wieder einen grossen Krieg. Mit seinem Angriff gegen die Ukraine will Putin das europäische Gleichgewicht zerstören. Doch zerstört wird auch anderes: Perspektiven, bisherige Sicherheiten, Wertvorstellungen. Zu Letzteren gehört auch ein spezifisches Männerbild: Seit den 1970er Jahren war die Abrüstung der traditionellen Männlichkeit mit ihrem Set von Härte, Pokerface und Konkurrenz Programm. Angesagt war eine neue «soft maleness» – Empathie, Fürsorge und Gewaltlosigkeit.

Heute gerät dieses Männerbild ins Wanken. Seit in der Ukraine Krieg geführt wird, ist Wehrfähigkeit verlangt. Überall ist davon die Rede, dass es der Stärke bedürfe, um die eigenen Werte zu verteidigen. Nur: Wo soll die Wehrhaftigkeit herkommen, wenn ihre ethischen und sozialisatorischen Grundlagen einigermassen leichtfertig abgeschafft wurden?

Wesentliche Qualitäten der traditionellen Männlichkeit wie Virilität, Stärke, Führungsfähigkeit, Tatkraft, Verteidigungswille oder Risikobereitschaft sind aus den meisten Bereichen von Erziehung, Schule oder Bildungsarbeit verschwunden. Sie wurden ziemlich unreflektiert in den historischen Kontext von Patriarchat, Hegemonie und (Männer-)Gewalt gestellt. Dass sie dort auch hingehören und viel Unheil angerichtet haben, ist unbestritten; zugleich haben sie aber auch Zivilisation aufgebaut, Gefahren gebannt und Fortschritt gesichert.

Diese Männerrolle von Leistung und Härte hat durchaus auch Einschränkungen von den Männern selbst verlangt, zum Beispiel Gefühlsverzicht und Rücksichtslosigkeit in Bezug auf die eigene Gesundheit. Albert Camus beschreibt in seinem Roman «Die Pest», wie in den 1940er Jahren eine furchtbare Seuche in der nordafrikanischen Stadt Oran ausbricht. Angesichts der Epidemie sehen sich mehrere der ausschliesslich männlichen Hauptpersonen des Romans vor der existenziellen Alternative von Flucht oder Kampf. Diejenigen, die sich – wie Dr. Rieux, Tarrou oder Rambert – dafür entscheiden, der Pest Widerstand zu leisten, riskieren ihr Leben zugunsten des kollektiven Wertes der Rettung menschlicher Ordnung, Kultur und Gemeinschaft.

Kein Sinn für Misandrie

In diesem Roman wird das männliche Prinzip plastisch zusammengefasst in den Qualitäten von Mut, Fürsorge, Willenskraft, Verantwortung, Güte, Risikobereitschaft, Grenzüberschreitung, Verzicht, Altruismus, Ritterlichkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit in Form der Zurückstellung eigener Bedürfnisse.

Der Bruch mit diesem differenzierten Bild ist Anfang der 1970er Jahre zu registrieren, als der Feminismus – vor allem in seiner vulgären Ausdrucksform – beim Kampf gegen das Patriarchat das männliche Subjekt gnadenlos zerlegte. Plötzlich wurden Männer nur noch als Verbrecher, Vergewaltiger und Missbraucher vorgestellt. Als Marilyn French, eine zeitgenössische Ikone des Feminismus, in die Welt schaute, erblickte sie einzig «verrottete Männer» und «grossartige Frauen».

Dieser tiefgreifende Wandel im Männerbild unserer Kultur ist im deutschsprachigen Raum bisher weder zureichend wahrgenommen noch untersucht worden. Misogynie und Frauenfeindlichkeit sind seit langem anerkannte Themen, für welche die Öffentlichkeit stets aufs Neue sensibilisiert wird; für Misandrie und Männerfeindlichkeit gilt das nicht.

Die zeitgenössische Pädagogik hat den feministischen Trend mit seiner Dichotomie von ausschliesslich weiblichen Opfern und ebenso ausschliesslich männlichen Tätern unkritisch übernommen. Vor einiger Zeit war in einer grossen deutschen Sonntagszeitung die Klage einer Berliner Mutter über die Schulerfahrungen ihres sechsjährigen Sohnes zu lesen. Sie hat beschrieben, dass die Jungen «im Fach Deutsch Bienengeschichten lesen, im Kunstunterricht Schmetterlinge malen und beim Sport Schleiertänze aufführen». Da die Jungen dann ihren Unmut im Unterricht kundtaten, seien sie ständig im Sozialraum gelandet bzw. mit Schulverweisen nach Hause gekommen.

Dazu passt die Verfügung einer Rektorin im basellandschaftlichen Allschwil, den Pausenhof umzugestalten. Der Bereich, der bisher Jungen zum Fussballspielen und Toben zur Verfügung stand, wurde in eine «Kommunikationsfläche» umgewandelt, weil Reden für Jungen «gesünder» sei als Toben. Das sind keine exotischen, sondern durchaus repräsentative Beispiele.

Offene Umerziehung

Vorbilder, die für die Entwicklung und Orientierung von Jungen wichtig sind, werden systematisch diskreditiert – dazu zählen Helden, Pioniere, Eroberer und Abenteurer. Lebens- und Arbeitsbereiche, die als männlich etikettiert sind, werden sukzessive abgewertet, obwohl sie – wie

vor allem die technischen Berufe – für die Gesellschaft zentral sind. Buben werden inzwischen diskret oder auch ganz offen umerzogen.

Der Kindergärtler, der sein kleines Holzschwert in den Hort mitbringt, wird wegen seines «gefährlichen» Spielzeugs wieder nach Hause geschickt: auch dies ein reales Beispiel aus dem Erziehungsleben der Schweiz. Alles, was mit bubenhaftem Kräftemessen zu tun hat, wird von weiblichem Erziehungspersonal misstrauisch beäugt, verboten oder sogar bestraft. Wenn die Mädchen am «Töchertag» ausziehen, um sich «richtige» Männer in den traditionellen Männerberufen, etwa in der Autowerkstatt, zum weiblichen Vorbild zu nehmen, werden Buben angehalten, Wäsche zu sortieren oder Putzmittel zu unterscheiden.

Dass Jungen solche Fertigkeiten erlernen, ist gut, hilft ihnen bei der Bewältigung des Alltags und ist eine gute Voraussetzung für eine geschlechterdemokratische Arbeitsteilung in der späteren Partnerschaft. Doch diese Übungen finden im Kontext einer sukzessiven Entmännlichung der Jungen statt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin dekretierte Anfang des Jahrtausends in einer Studie, dass «nicht die stabile männliche Identität (. . .) das erste Ziel von Jungen- und Männerarbeit» sein könne. Eine weitere Institution der Hauptstadt, «Dissens», empfiehlt den Jungs in ihrer Schulbroschüre, sich am Verhalten der Mädchen zu orientieren. Auch Erziehungsdirektiven aus Schulministerien folgen diesem Beispiel.

Verängstigt und desorientiert

Wenn Jungen und Männern als ausdrücklicher Gegenentwurf «nur» weibliche Eigenschaften und Tugenden angepriesen werden, hat das Folgen. Die systematische Einseitigkeit generiert Verunsicherung, Desorientierung und Ängstlichkeit. Männer wagen sich zum Beispiel immer später in die Welt hinaus; die Hälfte der 25-Jährigen wohnt noch zu Hause; von den über 30-Jährigen leben noch 14 Prozent bei den Eltern.

Die grosse Sinus-Studie von 2007 über Lebensentwürfe, Rollenbilder und Haltungen zur Gleichstellung 20-jähriger Frauen und Männer belegt die Zukunftsängste der jungen Männer. Der Bericht hält fest: «Den Männern fehlen in Bezug auf ihre eigene neue Geschlechtsidentität die positiven Vorbilder zur Orientierung.» Und weiter: «Die Männer leiden in ihrer subjektiven Befindlichkeit und fühlen sich in der Defensive: Die Frauen schreiben heute das Drehbuch.» Von daher schauen sie der Zukunft voller Zweifel entgegen, sind bindungsscheu und heiratsunwillig.

So drohen mit der Dekonstruktion der traditionellen Männlichkeit eben auch jene Qualitäten verlorenzugehen, die für die Aufrechterhaltung und Verteidigung unseres Gemeinwesens unerlässlich sind: Risikobereitschaft, Kampfeswillen, Wehrhaftigkeit und die Zurückstellung eigener Bedürfnisse zugunsten gesellschaftlicher Notwendigkeiten. An diese männlichen Tugenden zu erinnern, bedeutet nicht, die Rückkehr zu einer furchtbaren Männlichkeit zu fordern, zu einer Männlichkeit, wie sie im 19. Jahrhundert verbindlich gelebt werden musste oder wie sie derzeit Wladimir Putin vorexerziert – auch in aller Peinlichkeit in Posen mit nacktem Oberkörper in der Taiga.

Doch bei der zeitgeistigen Abrüstung der Männlichkeit wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Es gibt eine Männlichkeit jenseits von Putins Peinlichkeiten, und diese gilt es wieder zu anerkennen. Denn Aggressoren kann man nicht mit Friedensliebe bekehren, und für die Freiheit des eigenen Gemeinwesens muss man auch eintreten. Und zwar mit Entschiedenheit – und also auch mit den harten Qualitäten der traditionellen Männlichkeit. Andernfalls werden Männer à la Putin bald überall die Vormacht erringen.

Walter Hollstein ist emeritierter Professor für politische Soziologie.

2 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/klimaschutz-usa-supreme-court-fordert-den-kongress-statt-beamte-ld.1691691>

KOMMENTAR

Joe Bidens Umweltbehörde wird entmachtet – das ist schlecht für das Klima und gut für die Demokratie

Der Supreme Court schränkt die klimapolitischen Kompetenzen der Administration Biden empfindlich ein. Das ist ein Rückschlag für den weltweiten Klimaschutz, aber dennoch richtig. Klimapolitik braucht politische Mehrheiten.

Peter Rásonyi

02.07.2022, 05.30 Uhr



Aus den Schloten amerikanischer Kohlekraftwerke dürften nun erheblich grössere Mengen von CO₂ in die Atmosphäre entweichen. Chris Ratcliffe / Bloomberg

Gross war der Jubel unter Klimaaktivisten auf der ganzen Welt, als am 3. November 2020 Joe Biden zum neuen amerikanischen Präsidenten gewählt wurde. Biden hatte unter anderem mit weitreichenden Versprechen zum Klimaschutz für seine Kandidatur geworben und gewonnen. Der Wiedereintritt der USA in das wesentlich vom demokratischen Präsidenten Obama verhandelte Pariser Klimaabkommen von 2015 stand damit unmittelbar bevor. Die klimapolitischen Rückschritte der Ära Trump schienen wie eine kurze Periode der Verirrung rasch korrigiert zu werden.

Bidens Klimapolitik liegt in Scherben

Heute sieht die Realität ganz anders aus. Die USA sind zwar wieder Vertragsstaat des Pariser Klimaschutzabkommens, sie arbeiten wieder konstruktiv im Weltklimarat mit und haben sich verpflichtet, ab 2050 die Atmosphäre nicht mehr mit Emissionen zu belasten. Doch Bidens Klimaschutzprogramme, die neue Windparks, Solarfelder oder Ladestationen für Elektroautos mit etlichen Milliarden subventionieren sollten, sind an den fehlenden Stimmen im Senat weitgehend gescheitert.

Und nun auch noch dies: Der Supreme Court hat am Donnerstag mit einer historischen Entscheidung die Kompetenzen der nationalen Umweltschutzbehörde EPA zur klimafreundlichen Regulierung des Stromsektors scharf beschnitten. Der Stromsektor ist mit einem Viertel der amerikanischen Emissionen nach dem Verkehr der zweitgrösste Emittent des Landes.

Die Klimapolitik Bidens und auch seines demokratischen Vorgängers Obama liegt nach diesen Rückschlägen in Scherben. Das ist schlecht für die Perspektiven des Weltklimas. Die USA sind nach China der weltweit zweitgrösste Emittent von Treibhausgasen. Ohne ein deutlich verstärktes Engagement der Amerikaner besteht keine realistische Hoffnung, die Erwärmung des Weltklimas in diesem Jahrhundert auf die von den Uno-Mitgliedstaaten offiziell angestrebten 1,5 Grad zu begrenzen.

Die grössten Emittenten von Treibhausgasen in absoluten Zahlen sind China, die USA, die EU und Indien

Emissionen in Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten, 2018*

0246810ChinaUSAEuropäische UnionIndienRusslandJapanSüdkoreaIranIndonesienKanadaSaudiArabienMexikoSüdafrikaBrasilienTürkei

* Gemessen an den Pro-Kopf-Emissionen sind die grössten Emittenten arabische Staaten wie Katar, Kuwait und SaudiArabien sowie Kanada, Australien und die USA.

Quelle: [Weltbank / Climate Watch Data](#)

NZZ / koa.

Anonyme Beamte dürfen nicht zu viel Macht ausüben

Dennoch ist die Entscheidung des Supreme Court richtig. Konkret geht es in dem Fall West Virginia gegen die nationale Umweltschutzbehörde EPA um deren Kompetenz, den Stromproduzenten vorzuschreiben, mit welchen Brennstoffen und Technologien sie arbeiten dürfen. Ohne einen künftigen Verzicht auf Kohle und Gas sind die amerikanischen Verpflichtungen zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens nicht zu erreichen.

Doch für ein entsprechendes Gesetz fehlten der Regierung Obamas wie auch jener Bidens die nötigen Mehrheiten im Kongress. Stattdessen gingen beide Administrationen den Umweg über die von ihnen kontrollierte Umweltbehörde. Unter Obama entwickelte die EPA den sogenannten Clean Power Plan, durch den sie die Stromproduzenten zum beschleunigten Technologiewechsel von Kohle auf emissionsarme Gas-, Wind- oder Solarkraft zwingen sollte – ein dramatischer Eingriff in die Unternehmen wie auch die wirtschaftlichen Strukturen der Einzelstaaten.

Mit der am Donnerstag veröffentlichten Entscheidung zur Klage von West Virginia gegen die EPA hat das Oberste Gericht ein solches beliebtes Schlupfloch geschlossen, durch das Administrationen immer wieder versuchen, politische Ziele durchzusetzen, für die sie keine Mehrheit im Kongress haben. Der Clean Power Plan war noch in Obamas Amtszeit von einem Gericht gestoppt worden, eine von Biden angekündigte Ersatzlösung wurde nun durch den Supreme Court definitiv blockiert. Das Urteil gilt als exemplarisch für diverse ähnliche Konstruktionen und Umgehungsversuche.

Die konservative Mehrheit von sechs Richtern argumentiert nachvollziehbar, dass derart weitreichende Eingriffe («major questions») von einer nationalen Behörde nur vorgenommen werden dürfen, wenn sie dafür eine klare Ermächtigung durch den Kongress erhalten hat. Dies sei bei der Clean Air Act von 1970, die als gesetzliche Grundlage für die EPA erhalten muss, eindeutig nicht der Fall. In den Folgejahren habe der Kongress gar in wiederholten Fällen deutlich gemacht, dass er solche Eingriffe mehrheitlich nicht wünsche. Darüber dürfe sich die Administration in Washington nicht einfach hinwegsetzen.

Klimaschutz bleibt möglich – mit dem Segen des Kongresses

Eine griffige klimapolitische Regulierung der amerikanischen Strombranche ist also durchaus möglich. Der Supreme Court stellt sich nicht gegen den Klimaschutz. Bloss verlangt er dafür ein vom Kongress ordnungsgemäss erlassenes Gesetz. Dieser Grundsatz ist richtig. Über weitreichende Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft müssen die gewählten Volksvertreter entscheiden, nicht anonyme Beamte in Washingtoner Amtsstuben.

Dies bedeutet allerdings, dass der Kongress auch seiner ureigenen Aufgabe nachkommt, den Bürgerwillen umsetzt und einen Beitrag zur Lösung der grossen Probleme unserer Zeit leistet. In den letzten Jahren hat er dabei regelmässig keine gute Figur gemacht. Statt der Kompromissuche und pragmatischen Lösungsansätzen gefallen sich die beiden grossen Parteien in ideologischen Kulturkämpfen und gegenseitigen Blockaden. Wenn nun der Supreme Court die Möglichkeiten der Administration einschränkt, Blockaden im Kongress auf dem Umweg über die eigene Bürokratie zu umgehen, nimmt er gleichzeitig die Gesetzgeber in die Pflicht.

Ob die Abgeordneten und Senatoren ihren Aufgaben gewachsen sind, ist keineswegs sicher. Immerhin erhöht der Supreme Court mit seinem klärenden Urteil den Druck auf die Verantwortlichen, die ihnen in der Demokratie zugedachten Rollen zu erfüllen. Dafür gibt es keine gute Alternative.

•

2 juillet (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/turbulente-weltwirtschaft-jetzt-platzen-die-illusionen-ld.1691250>

KOMMENTAR

Turbulente Weltwirtschaft: Jetzt platzen die Illusionen – das ist gut so

Die Kurseinbrüche an den Börsen sorgen für Verunsicherung. Spielt die Weltwirtschaft verrückt? Nein, verrückt und abgehoben war nur die Vergangenheit. Nun melden sich die Gesetze der Schwerkraft zurück.

Thomas Fuster

01.07.2022, 05.30 Uhr



Kaputte Lieferketten erhöhen die Inflation.

Andrew Harrer / Bloomberg

Die Finanzmärkte schlagen auf den Magen. Wer frühmorgens als Erstes auf die [Börsen in Übersee](#) blickt, hat dieser Tage kaum noch Appetit aufs Frühstück. Allzu rot präsentieren sich die Kurstableaus, allzu rasch schmilzt das investierte Geld. Einmal mehr zeigt sich, dass Buchgewinne auf Kontoauszügen immer nur Luftgewinne sind. Sämtliche Kurssteigerungen, über die man sich nach dem Börsenjahr 2021 gefreut hatte, haben sich dieses Jahr bereits wieder verflüchtigt.

Die Rückkehr der Rationalität

Zurück an den Start, lautet die Spielanweisung. Ob man sein Geld in Aktien oder Anleihen angelegt hat, spielt keine Rolle. Beide Anlageklassen verbuchen massive Verluste. Das Versprechen der Bankberater, die Kurse von Aktien und Anleihen würden sich gegenläufig entwickeln, weshalb eine kluge Aufteilung grosse Verluste verhindere, stimmt zwar ab und zu, aber eben nicht immer. Dieser Tage ist es Wunschdenken – wobei man auch mit Cash und [erst recht mit Kryptowährungen](#) viel Geld verloren hat.

Zeigen die Kurseinbrüche, dass die Wirtschaft aus den Fugen und das Finanzsystem in Schiefelage geraten ist? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Das System beginnt sich wieder aufzurichten. Nach einer viel zu langen Phase der finanztechnischen Zauberei setzt sich die Schwerkraft durch. So gleichen die Jahre nach der Finanzkrise ab 2008 einem Illusionstheater. Aufgeführt wurde die grosse Unbekümmertheit. Dank grenzenlosem Gelddrucken und Krediten zum Nulltarif schien alles finanzierbar, was das Herz begehrte. Damit ist es nun vorbei.

Das Publikum dürfte zwar schon lange geahnt haben, dass bei diesem Theater nicht alles mit rechten Dingen zu und her geht, dass viel Hokuspokus im Spiel ist. Aber für Politiker, Notenbanker und Anleger war es bequem, sich der Täuschung hinzugeben. Heute muss man feststellen: Wenn etwas zu schön ist, um wahr zu sein, ist es meistens auch nicht wahr. Was derzeit stattfindet, ist daher nicht eine irrationale Laune der Märkte. Zu beobachten sind vielmehr die Rückkehr der Rationalität und das Platzen diverser Illusionen.

Viel Geld, viel Inflation

Die grösste Illusion der vergangenen Jahre war wohl die Idee, man könne die Geldmenge beliebig ausdehnen, ohne Inflation auszulösen. Lange Zeit schien die wundersame Geldvermehrung tatsächlich keinen Preisauftrieb zu bewirken. Das verdankte sich jedoch vor allem dem Umstand, dass das viele neue Geld ausschliesslich innerhalb des Bankensystems zirkulierte. Irgendwann fand es aber den Weg hinaus in die reale Welt, zu den Firmen und Haushalten. Und [ab diesem Moment begannen die Preise zu steigen](#).

Inflation ist in langer Frist eben stets auch [ein monetäres Phänomen](#). Dieses Credo des Monetarismus galt jahrelang als Tabu. Wer es erwähnte, galt als Ewiggestriger, als einer, der die Regeln der modernen Finanzwelt nicht begriffen hatte. Heute zeigt sich: Die Geldmenge ist doch nicht so unschuldig, wie dies bis vor kurzem angenommen wurde. Weil die Notenbanken der Euro-Zone, der USA und auch der Schweiz ihre Bilanzsummen seit 2008 um mehr als das Siebenfache aufgebläht haben, hat dies langfristige Folgen.

Schulden sind nicht unschuldig

Die zweite Illusion bestand im Glauben, Staaten, Firmen und Private könnten ihre Schulden stetig erhöhen, ohne richtig zur Kasse gebeten zu werden. Auch diese Anomalie ist vorbei. Die Inflation zwingt zur Verknappung des Geldes. Beim Anlegen wird wieder genauer hingeschaut. Investoren wollen für höhere Risiken höhere Entschädigungen, wie die steigenden Anleihezinsen zeigen. Das ist ein willkommener Trend. Denn ein Kreditsystem, das zwischen maroden und soliden Bittstellern kaum noch unterscheidet, liefert falsche Anreize, untergräbt die Marktdisziplin und führt zu Verschwendung.

Die Rückbesinnung auf das Einmaleins der Kreditvergabe stellt vor allem die EU vor Probleme. Zwar lobt man in Brüssel und Frankfurt gern die Vielfalt des Kontinents. Bei den Finanzierungskosten hat man es aber lieber schön einheitlich. Eine [«Fragmentierung» der Zinskosten](#), so das begriffliche Framing der Berufseuropäer, ist unerwünscht. Hochverschuldete Mittelmeerstaaten sollen für ihre Schuldenberge ähnlich wenig bezahlen wie EU-Mitglieder mit soliden Finanzen.

Diese finanzpolitische Verflachung gelang in Zeiten der Geldschwemme recht gut. So finanzierten Europas Notenbanken ihre Staaten gleich selbst mit frisch gedrucktem Geld. Das ritzte zwar das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Doch kaschierte man den Regelbruch mit dem Taschenspielertrick, neue Schuldpapiere kurzzeitig und pro forma auch anderen Anlegern anzubieten, ehe dann – welche Überraschung – stets die Notenbanken zugriffen. Nun war die Staatsfinanzierung «nur» noch indirekter Art und somit halbwegs legal.

Euro mit ungelösten Problemen

Das Versiegen des Geldstroms erschwert solche Trickserien. Das hat der Finanzmarkt rasch durchschaut. Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) nach quälend langer Realitätsverweigerung endlich die Inflation anerkannt und eine Straffung ihrer Politik angekündigt hatte, kletterten die Zinskosten für Italien steil nach oben. Aufgeschreckt ob dieser Reaktion, schnürte die [EZB an einer Krisensitzung](#) flugs ein Anti-Fragmentierungs-Paket. Dessen Ziel: weiterhin viel billiges Geld nach Italien und Griechenland fliessen lassen.

Doch man kann nicht gleichzeitig auf die Bremse treten, um die Inflation zu senken, und Gas geben, um eine neue Euro-Schulden-Krise zu verhindern. Wenn es die EZB trotzdem versucht, schadet dies der Glaubwürdigkeit ihrer Inflationsbekämpfung. Von Warren Buffett stammt das Zitat, dass man erst in der Ebbe sehe, wer nackt schwimmen gegangen sei. Die EZB steht heute nackt da. Sie muss sich eingestehen, dass die Geldflut der vergangenen Jahre die Konstruktionsfehler des Euro-Projekts nur kurz zugedeckt, aber in keiner Weise behoben hat.

Die Kräfte der Gravitation melden sich aber nicht nur in Europa zurück. Nach Jahren sorgenfreien Schwebens könnte der Aufprall auch in den USA hart werden. Eine [Rezession wird dort zusehends wahrscheinlicher](#). Schuld sind nicht in erster Linie der Ukraine-Krieg oder die Corona-Pandemie. In der Verantwortung stehen vielmehr die Notenbank und die Regierung. Sie haben die Wirtschaft mit ihren Stimulierungen stark überhitzt. Um jetzt die Temperatur wieder zu senken und die Inflation unter Kontrolle zu bringen, ist so etwas wie eine Gefrierstarre nötig.

Am Rande der Rezession

Fein steuern – dies eine weitere Illusion – lässt sich eine solche Abkühlung nicht. Ab den 1950er Jahren gab es in den USA sieben Phasen, in denen die Zinsen ähnlich stark stiegen wie heute. In sechs Fällen führte das zu einer Rezession. Nur Mitte der 1990er Jahre gelang eine «sanfte Landung»; damals war die Inflation aber weit geringer und der Arbeitsmarkt weniger ausgetrocknet als heute. Man muss daher kein Schwarzmalerei sein, um den USA, wo sich die [Stimmungsindikatoren stark eingetrübt](#) haben, eine Konjunkturflaute zu prognostizieren. Betrübt sind die Aussichten auch deshalb, weil die Globalisierung in einer Sinnkrise steckt. Bereits die Pandemie zeigte die Verletzlichkeit einer allein auf Kostensenkung getrimmten Just-in-time-Produktion. Der Ukraine-Krieg hat diese Erkenntnis noch verstärkt. Wenn China seine Wirtschaft entgegen aller Vernunft radikal hinunterfährt oder Russland aus militärischen Motiven die Handelswege blockiert, fehlt es rund um den Globus an Gütern. Fließbänder stehen still. Was Kosten sparen sollte, verursacht nun Zusatzkosten.

Kaputte Lieferketten erhöhen nicht nur die Inflation. Sie zeigen auch, dass eine engmaschige Hyperglobalisierung, die ohne Lagerhaltung und Diversifikation auszukommen glaubt, ein Schönwetterkonstrukt ist. Sie funktioniert nur, wenn alle Rädchen reibungslos ineinandergreifen und sich alle Beteiligten an die Regeln halten. Das stillschweigend vorauszusetzen, ist reichlich naiv in einer Welt, in der nur [46 Prozent der Bevölkerung in Demokratien](#) leben. Europas Energiekrise zeigt exemplarisch, dass Despoten wie Putin stets bereit sind, ihre Exportgüter auch als Waffe einzusetzen.

Übergang zu einer neuen Ordnung

Die künftige Weltwirtschaft dürfte daher lokaler organisiert sein und stärker auf Kooperation unter Gleichgesinnten – Stichwort: Friend-Shoring – setzen. Das bedeutet nicht das Ende des Multilateralismus, aber den Abschied von einer Globalisierung, die nur auf kurzfristige Effizienz setzt, nicht aber auf langfristige Resilienz. Befreien muss man sich zudem vom Irrglauben, man könne dauerhaft die Gesetze ökonomischer Vernunft ignorieren, ohne dafür bezahlen zu müssen. Wohin solche Hybris führt, zeigt sich derzeit an den Märkten. Dort weichen Traumwelten wieder

2 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/iqb-bildungstrend-deutschland-ist-rueckstaendig-18143895.html>

IQB-BILDUNGSTREND:

Deutschland ist rückständig

EIN KOMMENTAR VON [HEIKE SCHMOLL](#)

-AKTUALISIERT AM 01.07.2022-21:23



Grundschüler beherrschen nicht einmal die Basiskompetenzen. Das Recht auf Bildung wird damit verfehlt.

Die Ergebnisse der in Deutschland überdurchschnittlich langen Schulschließungen sind noch weit schlimmer als erwartet: Die Lernrückstände der deutschen Grundschüler sind ausweislich des IQB-Bildungstrends 2021 im Lesen, in der Orthographie, im Zuhören, aber auch in der Mathematik riesig. Jedes fünfte Kind erreicht nicht einmal die ohnehin schon tief angesetzten Mindeststandards, also die unterste Stufe der Lernziele, und besitzt damit auch nicht die Voraussetzungen, eine weiterführende Schule erfolgreich zu durchlaufen.

Die Corona-Pandemie hat die Schüler ins vorige Jahrhundert katapultiert, weil nur diejenigen einigermaßen gut abschnitten, deren Eltern sie wirksam unterstützen konnten. Bildungsferne Familien und eingewanderte Schüler konnten die coronabedingten Unterrichtsausfälle auch nicht annähernd ausgleichen.

Die Kultusminister rufen als erstes nach Bundesmitteln

Das vom Bundesverfassungsgericht neu etablierte Recht auf Bildung wird damit verfehlt. Denn das Recht auf Bildung zielt auf die Schulbildung als Ganzes und nicht nur auf die Vermittlung von Basiskompetenzen. Dazu gehören Lehrer, die sich durch eine hohe Professionalisierung auszeichnen, und eine gesicherte Qualität von Schulen.

Dafür sind die Kultusminister der Länder verantwortlich, die jedoch als Erstes wieder nach Bundesmitteln riefen. Doch auch das beste Aufholprogramm ändert nichts daran, dass **die Grundschulen weit davon entfernt sind, das Recht auf Bildung einzulösen.**

2 juillet (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/pierre-antoine-delhommais/delhommais-vivement-le-chaos-01-07-2022-2481779_493.php

Delhommais – Vivement le chaos !

ÉDITO. Les nuages économiques s'amoncellent sur une France bloquée politiquement. Paradoxalement, cela peut être une chance pour stopper les dépenses.



La France se trouve extrêmement vulnérable et fragile pour faire face aux orages qui s'annoncent dans le ciel économique mondial. © AURELIEN BREAU / MAXPPP / LE COURRIER DE L'OUEST

Par Pierre-Antoine Delhommais

Publié le 01/07/2022 à 17h00

Le pire n'est jamais certain en économie, mais il est toujours sage et utile de l'envisager afin de pouvoir s'y préparer. C'est ce que vient de faire la Banque de France en présentant dans ses dernières prévisions un scénario qualifié par euphémisme de « défavorable », reposant sur l'hypothèse d'une prolongation de la guerre en Ukraine. Avec entre autres conséquences une envolée supplémentaire et durable des prix de l'énergie et de l'inflation globale (7 % en 2023), mais aussi une récession qui commencerait dès l'automne et se poursuivrait l'année prochaine (-1,3 % de recul du PIB). Des perspectives d'autant plus inquiétantes que la plupart des experts militaires anticipent un conflit s'installant dans la durée.

Si l'on ajoute à cette menace géopolitique celles d'une éventuelle résurgence de la pandémie de Covid-19 mais également d'un resserrement brutal de la politique monétaire américaine, entraînant jusqu'en Europe une forte hausse des taux d'intérêt, ce sont de très gros nuages noirs qui s'accumulent dans le ciel économique mondial.

Une campagne aux allures de lavage de cerveau

La France se trouve extrêmement vulnérable et fragile pour faire face à ces temps orageux annoncés. D'abord parce que les Français ne sont pas prêts psychologiquement à les affronter après des mois de campagne électorale ayant pris des allures de lavage de cerveau. Avec des candidats de tous bords politiques passant soigneusement sous silence la détérioration de la conjoncture internationale et promettant en revanche des lendemains économiques radieux grâce à des programmes plus magiques et délirants financièrement les uns que les autres.

Ensuite parce que notre pays aborde cette période économique à très hauts risques dans une situation de grande faiblesse. Le portrait dressé à l'Élysée et à Bercy d'une économie française rayonnante et dynamique, attractive et compétitive, est à peu près aussi proche de la vérité que le récit fait par Gérard Darmanin des incidents survenus au Stade de France lors de la finale de la ligue des Champions. La réalité factuelle est qu'avec une dette atteignant 2 901,8 milliards d'euros, nos finances publiques n'ont jamais été dans un état aussi catastrophique et qu'avec un déficit annuel dépassant les 100 milliards d'euros, nos échanges commerciaux n'ont jamais présenté un tel déséquilibre. Quant aux commentaires triomphants sur la baisse du chômage, ils doivent être sérieusement relativisés quand on sait que celui-ci a fortement reculé partout en Europe depuis l'automne 2020 et que la France détient encore le quatrième taux de chômage le plus élevé (7,3 %) parmi les 27 pays de l'Union européenne, devancée seulement par la Grèce, l'Espagne et l'Italie.

Remèdes miracles, mensonges et carabistouilles

Les résultats des élections présidentielle et législatives ont de surcroît indiqué que la rationalité économique reste nettement minoritaire dans notre pays. Mais qu'environ 60 % des Français sont convaincus qu'il existe des remèdes miracles pour augmenter le pouvoir d'achat et qu'accroître encore les dépenses publiques dans un pays qui détient le record du monde dans ce domaine est le meilleur moyen de résoudre tous les problèmes économiques et sociaux. Ou qu'enfin il est possible et souhaitable de ramener l'âge de départ à la retraite à 60 ans quand en Allemagne, où il a été porté à 67 ans, l'idée même de l'abaisser est jugée tellement insensée financièrement qu'aucun parti politique ne songerait un seul instant à la proposer.

Même si, ce qui est en soi plutôt une bonne nouvelle, un gouvernement empêché d'agir est aussi un gouvernement empêché de dépenser toujours plus un argent public qu'il n'a pas, la situation actuelle de blocage parlementaire n'arrange évidemment rien. Au point qu'on finirait presque par souhaiter que le scénario catastrophe évoqué par la Banque de France se réalise. Et que confronté au chaos économique, financier et social, le pays n'ait plus d'autre choix, sous la pression conjuguée de nos partenaires européens et des marchés, que de se réformer enfin et que les Français cessent de croire si naïvement à tous les mensonges et carabistouilles économiques qu'on leur raconte depuis tellement longtemps.

2 juillet (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-krieg-eine-russische-lehrerin-flieht-nach-deutschland-18140135.html?premium>

RUSSISCHE LEHRERIN ERZÄHLT:

„Die ganze junge Generation wird zum Krieg erzogen“

VON MARKUS WEHNER, BERLIN

-AKTUALISIERT AM 01.07.2022-15:22



Ihre Schüler nahmen sie mit dem Handy auf. Nun lebt die russische Lehrerin Maria Kalinitschewa in Berlin. Bild: Julia Zimmermann

Eine russische Lehrerin sagt in der Schule die Wahrheit über den Krieg gegen die Ukraine. Sie wird dafür von Schülern, Eltern und Kollegen angefeindet, vom Geheimdienst verhört. Dann flieht sie nach Berlin.

Seit etwa drei Wochen ist Maria Kalinitschewa in Berlin. Es ist das erste Mal, dass die 33 Jahre alte, zierliche Russin im Ausland ist. Ein Zurück in ihre Heimat wird es wohl nicht geben. Der Ausgangspunkt ihrer Reise liegt mehr als 8000 Kilometer entfernt. Es ist Cholbon, ein kleiner Ort mit rund zweieinhalbtausend Einwohnern in der Region Transbaikalien im Fernen Osten [Russlands](#). Kalinitschewa ist dort aufgewachsen, bis sie 17 war, erst vor zwei Jahren ist sie dorthin zurückgekehrt. Seitdem hat sie als Englischlehrerin in der örtlichen Schule gearbeitet. Die wird von 290 Schülerinnen und Schülern besucht, rund 150 lernten Englisch bei Kalinitschewa. Ihre Mutter arbeitet schon lange an der Schule, sie unterrichtet russische Sprache und Literatur.

Am 24. Februar schauen sich Tochter und Mutter im unabhängigen, mittlerweile verbotenen Fernsehsender Doschd an, wie Russland die [Ukraine](#) angreift. Maria Kalinitschewa durchforstet in den nächsten Tagen die sozialen Medien, um sich ein eigenes Bild vom Krieg zu machen. Und kommt zu dem Schluss, dass Russland das Nachbarland überfallen hat, weil es ihm einen unabhängigen Weg in Richtung Europa nicht zugesteht.

Als ihre Schüler aus der achten Klasse sie fragen, was sie von der sogenannten Spezialoperation der russischen Armee hält, sagt die Lehrerin den 14 oder 15 Jahre alten Jugendlichen offen ihre Meinung. „Ich habe gesagt, dass dort friedliche Menschen umgebracht werden“, berichtet sie bei einem Treffen mit der F.A.Z.

Kalinitschewa muss zur Direktorin

Die Aussagen ihrer Lehrerin nehmen einige Schüler mit dem Handy auf, leiten sie an ihre Väter oder Mütter weiter. Einige Eltern senden sie weiter an die zuständige Schulaufsicht im 190 Kilometer entfernten Regionalzentrum Tschita. Kalinitschewa wird kurz darauf zur Schuldirektorin gerufen, sie erhält eine Verwarnung wegen ihrer Aussagen. Entlassen wird sie nicht, es sei auch nicht so einfach,

eine neue Englischlehrerin zu finden, meint Kalinitschewa dazu. Doch verbietet ihr die Direktorin, sich weiter zu dem Krieg zu äußern.

Manche Kollegen – es sind 22 Lehrerinnen und zwei Lehrer – schweigen, wenn es um das Thema geht, die Mehrheit unterstützt offen den Angriff auf das Nachbarland. Ein Sportlehrer schreibt über einen Chat an Kalinitschewa, sie solle besser die Schnauze halten, solange die Staatsanwaltschaft sich noch nicht mit ihr befasst habe.

Doch Kalinitschewa hält sich nicht an das ihr auferlegte Verbot. Als die Schüler der achten Klasse, in der sie Klassenlehrerin ist, sie nach den Vorgängen in der Ukraine fragen, sagt sie weiter ihre Meinung, auch wenn die Schulbehörden längst Instruktionen geschickt haben, wie über die Spezialoperation gesprochen werden muss. Dazu gehört etwa, dass die Ukraine die Krim zurückerobern wollte, dass russische Soldaten niemals zivile Objekte angreifen würden, dass in Kiew die Faschisten an der Regierung seien und die Ukraine deshalb entnazifiziert werden müsse.

Die Propaganda wirkt. Viele Schüler, so berichtet Kalinitschewa, hätten ihr gesagt, dass man die Ukrainer hassen, vernichten oder töten müsse. Sie wiederholten das, was sie zu Hause von ihren Eltern hörten. Schon zuvor habe sie wie alle anderen Lehrer Anweisungen bekommen, in welchem Rahmen der Krieg den Schülern zu erklären sei. Man solle erklären, dass Putin die russischen Länder sammle und der Präsident ein großer militärischer Führer sei. Dass der Westen entschlossen sei, die russische Heimat anzugreifen und zu erobern. Lehrer in Russland seien heute Teil der Propagandamaschinerie, statt der Wahrheit müssten sie die offizielle Agenda des Kremls verbreiten, sagt Kalinitschewa.

Offen darüber reden, was sie wirklich denkt, kann die Lehrerin in den nächsten Wochen nur mit ihrer Mutter. Sie stammt aus der Ukraine, hat ihre Kindheit und Jugend im Gebiet Sumy nahe der Grenze zu Russland verbracht. Noch eine weitere Kollegin vertraut sich ihnen als Gegnerin des Krieges an. Doch die Gespräche zu dritt sind nur in den eigenen vier Wänden möglich oder an Orten, an denen keine weiteren Zuhörer dabei sind.

Furcht davor, abgeholt zu werden

Im Mai kommen Leute vom Inlandsgeheimdienst [FSB](#) an die Schule. Sie befragen Kalinitschewa. Die Lehrerin will das Verhör mit dem Handy aufnehmen oder ein Protokoll anfertigen lassen, doch das lehnen die Geheimdienstleute ab. Es gehe ja nur um ein Gespräch. Es stellt sich heraus, dass zwei Frauen im Ort die Parole „Net wojne“ („Nein zum Krieg“) an die Türen der örtlichen Verwaltung geschrieben haben. Sie wurden dabei gefilmt, und einige Bewohner wollen Kalinitschewa und ihre Mutter erkannt haben.

Die Herren vom Geheimdienst erklären, dass beide – unabhängig von der Losung – wegen Vandalismus verurteilt werden könnten. Sie fragen danach, wie ihre Haltung zum Krieg ist und mit wem sie darüber geredet haben. Kalinitschewa sagt, dass sie gegen Krieg sei. Später erfährt sie, dass die Leute vom FSB schon einmal in der Schule waren, Lehrer und auch Schüler über sie befragt haben. Nach dem Besuch der Geheimdienstleute habe ihre Mutter große Angst gehabt und lange geweint, sagt sie. Sie hätten sich gefragt, ob die Geheimdienstleute wiederkommen, ob sie irgendwann abgeholt und verhaftet würden.

Im Ort gehen Gerüchte um. Kalinitschewa wird gefragt, ob sie in die Ukraine fahren wolle zu den Faschisten, ob sie dort gegen Russland kämpfen wolle. In der Schule beginnen einzelne Schüler, sich gegen sie aufzulehnen. Einige weigern sich, an ihrem Unterricht teilzunehmen, weil sie nicht von einer Faschistin unterrichtet werden wollen. Immer wieder malen Schüler den Buchstaben Z auf die Tafel, das Zeichen, mit dem in Russland der Krieg gegen die Ukraine unterstützt wird. Mehrere Schüler weigern sich, der Aufforderung der Lehrerin zu folgen, die Tafel zu säubern, oder berichten den Eltern, dass die Lehrerin sie dazu gezwungen habe.

Ein Junge sagt, er brauche kein Englisch, weil er sowieso nie nach Amerika reisen werde. Als Kalinitschewa ihm antwortet, dass er irgendwann vielleicht doch einmal dorthin fahren werde, antwortet er: „Nur, um den (Präsident) Biden zu töten.“

Am 25. Mai findet Kalinitschewa auf ihren Lehrerpult unter dem Klassenbuch eine tote Maus. Ein Mädchen aus der sechsten Klasse gesteht die Tat. Von ihrer Freundin habe sie gehört, dass die Lehrerin eine Faschistin und Terroristin und gegen Russland sei, deswegen habe sie das getan.

Kalinitschewa trägt sich mit dem Gedanken, den Ort und auch Russland zu verlassen. Sie hat über das Internet Kontakt zu dem russischen Aktivistin und Blogger Sergej Pinjagin aufgenommen, der wegen seiner politischen Aktivitäten in Russland verfolgt wurde und seit fünf Jahren als anerkannter Asylbewerber in Berlin lebt. Pinjagin schreibt ihr, sie stehe vor der Wahl, entweder zu schweigen oder aber das Land zu verlassen. Er ist bereit, ihr zu helfen, seine Frau und er würden Kalinitschewa vorübergehend in Berlin aufnehmen.

Die Lehrerin verkauft ihre Wohnung in Cholbon. Sie reist in die etwa 1000 Kilometer entfernte Stadt Irkutsk. Dort gibt es ein Visazentrum, das Auslandsvisa organisiert. Sie gibt an, als Touristin nach Griechenland reisen zu wollen. All ihre Dokumente hat sie zuvor an einem sicheren Ort versteckt, damit sie nicht vor der Ausreise konfisziert werden. Am 5. Juni fährt sie mit dem Zug nach Tschita, von dort fliegt sie in die sibirische Millionenstadt Nowosibirsk, von dort weiter nach Moskau. Die russischen Grenzer fragen sie, ob sie wirklich Urlaub machen wolle, wann sie zurückkehren wolle, sie untersuchen auch das Mobiltelefon Kalinitschewas, das sie nach eigenen Angaben zuvor von allem bereinigt hat, was einen Verdacht auf sie lenken könnte. Sie kann passieren, fliegt von Moskau nach Istanbul, dann weiter nach Athen und schließlich von der griechischen Hauptstadt nach Berlin. Nach vier Tagen kommt sie am 9. Juni an.

Die Kollegen haben weiter Angst

In Cholbon wüssten die Leute mittlerweile, dass sie geflohen sei, sagt Kalinitschewa. Manche schreiben ihr, dass sie eine Verräterin sei. Andere bedanken sich dafür, dass sie sich nicht habe einschüchtern lassen, dass sie die Wahrheit gesagt habe. „Ich habe im Nachhinein festgestellt, dass es auch an meiner Schule Kollegen gab, die so gedacht haben wie ich. Aber sie wussten nicht, mit wem sie darüber reden sollten“, sagt die Lehrerin. Wie es ihnen gehe, darüber berichteten die Kollegen nicht. „Du bist dort, aber wir sind immer noch hier“, schreiben sie. Sie hätten weiter Angst. Pinjagin sagt, als sie in Berlin angekommen sei, habe sie noch tagelang leise geredet, wenn die Sprache auf den Krieg in der Ukraine gekommen sei. „Das hat einfach noch in ihr dringesteckt.“

Wie ihr Leben weitergehen wird, das weiß Kalinitschewa noch nicht. Sie spricht davon, dass sie den Flüchtlingen aus der Ukraine helfen wolle. Vielleicht könne sie auch die ukrainische Staatsbürgerschaft annehmen, weil ihre Mutter aus der Ukraine stamme. Sicher ist für sie nur, dass sie nicht nach Russland zurückkehren kann. Weil sie offen den Krieg kritisiert und das nun auch im Ausland weiter tut, kann sie nach einem kürzlich erlassenen Gesetz wegen Diskreditierung der russischen Streitkräfte zu bis zu 15 Jahren Haft verurteilt werden. Kalinitschewa hat sich deshalb entschlossen, politisches Asyl in Deutschland zu beantragen.

Reden will sie vor allem darüber, wie Kindern und Jugendlichen in Russland systematisch Hass eingetrichtert wird. Der Westen müsse wissen, dass, selbst wenn man Putin besiege, es nicht einfach Frieden mit Russland geben werde. „In Russland wird die ganze junge Generation zum Krieg erzogen“, sagt Kalinitschewa. Nicht Teil dieser Erziehung zum Hass zu werden, das sei für die Lehrerinnen und Lehrer kaum möglich. „Die Lehrer sind einfach Geiseln des Regimes.“